Sitzungsunterlagen

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung öffentl. 5

Vorlagendokumente

TOP Ö 3 Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I "Innenstadt"

Vorlage mit Sitzungsdaten StR 27.10.2020 2243/2020 7

Anlage 1 Jahresantrag Städtebauförderung I 2021 Aktive Ortszentren Anschreiben Entwurf 2243/2020 11

Anlage 2a Jahresantrag I 2021 Aktive Ortszentren Innenstadt Entwurf S.1 2243/2020 21

Anlage 2b Jahresantrag I 2021 Aktive Ortszentren Innenstadt Entwurf S.2 2243/2020 23

zz Lageplan Jahresantrag I Städtebauförderung 2021 2243/2020 25

TOP Ö 4 Sportbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBS)

Vorlage mit Sitzungsdaten 2203/2020 27

Anlage 1_Sportbeirat_Satzung_geschlechterneutral 2203/2020 31

Anlage 2_Vorabauszug_STR_29.09.2020_TOP 7_Beiratssatzungen 2203/2020 37

TOP Ö 5 Umweltbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Umweltbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (UBS)

Vorlage mit Sitzungsdaten 2207/2020 41

Anlage 1_Umweltbeirat_geschlechterneutral 2207/2020 45

Anlage 2_Vorabauszug_STR_29.09.2020_TOP 7_Beiratssatzungen 2207/2020 51

TOP Ö 6 Beirat für Menschen mit Behinderung; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBMB)

Vorlage mit Sitzungsdaten 2202/2020 55

Anlage 1_Beirat für Menschen mit Behinderung_Satzung_genderneutral 2202/2020 59

Anlage 2_Vorabauszug_STR_29.09.2020_TOP 7_Beiratssatzungen 2202/2020 65

TOP Ö 7 Seniorenbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Seniorenbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SenBS)

Vorlage mit Sitzungsdaten 2204/2020 69

Anlage 1_Seniorenbeirat_Satzung_geschlechterneutral 2204/2020 73

Anlage 2_Vorabauszug_STR_29.09.2020_TOP 7_Beiratssatzungen 2204/2020 79

TOP Ö 8 Wirtschaftsbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Wirtschaftsbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (WBS)

Vorlage mit Sitzungsdaten 2206/2020 83

Anlage 1_Wirtschaftsbeirat_Satzung_genderneutral 2206/2020 87

Anlage 2_Vorabauszug_STR_29.09.2020_TOP 7_Beiratssatzungen 2206/2020 93

TOP Ö 9 Stadtjugendrat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Stadtjugendrat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (StjS)

Vorlage mit Sitzungsdaten 2208/2020 97

Anlage 1_Stadtjugendrat_Satzung_geschlechterneutral 2208/2020 101

Anlage 2_Vorabauszug_STR_29.09.2020_TOP 7_Beiratssatzungen 2208/2020 107

Anlage 3_Auszug Kommentar Bauer-Böhle-Ecker zu Art. 29 GO 2208/2020 111

Anlage 4_Auszug Kommentar Prandl-Zimmermann-Büchner-Pahlke zu Art. 29 GO 2208/2020 113

TOP Ö 10 Erholungsgebiet Pucher Meer, Vorstellung des Sicherheitskonzeptes (Vorabempfehlung)

Stadtrat 24.11.2020

Vorlage mit Sitzungsdaten- STR 2274/2020 115
Anlage 1: Sicherheitskonzept Pucher Meer vom 06.08.2020 2274/2020 119
TOP Ö 11 Erlass einer Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Fürstenfeldbruck über die Benutzung des Erholungsgebietes "Pucher Meer" (Pucher-Meer-Satzung - PMS)
Vorlage mit Sitzungsdaten STR 2217/2020 185
Anlage 1 2217/2020 189
Anlage 2 2217/2020 191
TOP Ö 12 Grundschule West II, Geschäftsordnung der Lenkungsgruppe
Vorlage mit Sitzungsdaten 2290/2020 197
GSW II, Geschäftsordnung Lenkungsgruppe 2290/2020 203
TOP Ö 13 Vergabe - Barrierefreier Ausbau von 2 Bushaltestellen im Stadtgebiet
Vorlage mit Sitzungsdaten 2289/2020 209
TOP Ö 14 Sachantrag Nr. 193/2020-2026 ÖDP ZIERL Antrag auf Klimaneutralität bis 2035
Vorlage mit Sitzungsdaten STR 2231/2020 213
Anlage 1 Sachantrag Nr. 193 Klimaneutralität 2035 ZIERL ÖDP 2231/2020 219

Stadtrat
24.11.2020

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

An die/ das/ den
Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung
Behindertenbeirat/ Seniorenbeirat/
Sportbeirat/ Stadtjugendrat/ Umweltbeirat/
Wirtschaftsbeirat
Stadtwerke Fürstenfeldbruck
Veranstaltungsforum Fürstenfeld
Vertreter der Presse

Amt 1 / Allgemeine Verwaltung
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
Info@fuerstenfeldbruck.de

Fürstenfeldbruck, 11.11.2020

Einladung zur
10. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates

Stadtrat 24.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu der am **Dienstag, 24.11.2020, 19:00 Uhr**, im Veranstaltungsforum Fürstenfeld, Stadtsaal stattfindenden Sitzung **des Stadtrates** ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

2. Bürgerfragestunde gem. § 36 der Geschäftsordnung (GeschO); Anfragen an den Oberbürgermeister

3. Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I "Innenstadt"

4. Sportbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBS)

5. Umweltbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Umweltbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (UBS)

6. Beirat für Menschen mit Behinderung; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBMB)

7. Seniorenbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Seniorenbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SenBS)

8. Wirtschaftsbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Wirtschaftsbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (WBS)

9. Stadtjugendrat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Stadtjugendrat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (StjS)

10. Erholungsgebiet Pucher Meer, Vorstellung des Sicherheitskonzeptes (Vorabempfehlung)

11. Erlass einer Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Fürstenfeldbruck über die Benutzung des Erholungsgebietes "Pucher Meer" (Pucher-Meer-Satzung - PMS)

12. Grundschule West II, Geschäftsordnung der Lenkungsgruppe

13. Vergabe - Barrierefreier Ausbau von 2 Bushaltestellen im Stadtgebiet

14. Sachantrag Nr. 193/2020-2026 ÖDP ZIERL Antrag auf Klimaneutralität bis 2035

15. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

1. Personalangelegenheiten

2. Angelegenheit im Vergabewesen

3. Grundstücksangelegenheiten

4. Verschiedenes

Stadtrat 24.11.2020

Freundliche Grüße

Erich Raff
Oberbürgermeister

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2243/2020

9. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I "Innenstadt"		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	41-Rz	Erstelldatum	28.09.2020
Verfasser	Reize, Markus	Zuständiges Amt	Amt 4 Amt 2
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Planungs- und Bauausschuss	Vorberatung	19.10.2020	Ö
2	Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	19.10.2020	Ö
3	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**27.10.2020**	**Ö**

Anlagen:	Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I „Innenstadt“

Stadtrat 27.10.2020

Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Bauausschuss bzw. der Hauptausschuss empfehlen dem Stadtrat:

Der Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I „Innenstadt“ wird in der beiliegenden Fassung beschlossen.

Referent/in	Götz / BBV		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in		Wollenberg, Prof. Dr. / FDP	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz			gering	
Umweltauswirkungen			gering	
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen der Stadt Fürstenfeldbruck sind seit längerem in das Bund-Länder-Programm (bis 1991) bzw. das Bayerische Städtebauförderungsprogramm aufgenommen, das **jährlich fortgeschrieben** wird.

Als Grundlage für die Aufstellung des jährlichen Städtebauförderungsprogrammes dienen der Regierung die Programmanmeldungen der einzelnen Städte und Gemeinden.

Die Regierung von Oberbayern prüft die Programmanmeldungen der Städte und Gemeinden zuerst auf Förderfähigkeit und schlägt die Maßnahmen dann nach sachlichen oder räumlichen Schwerpunkten, ihrer Bedeutung und Dringlichkeit dem Innenministerium vor.
Dieses stellt dann das **jährliche Förderprogramm** auf und die entsprechenden Mittel im **Landeshaushalt** zur Verfügung.

Da wie in vielen Bereichen auch für das Städtebauförderprogramm jährlich weniger Mittel zur Verfügung stehen als von den Städten und Gemeinden zur Förderung beantragt werden, legt die Regierung besonderen Wert darauf, dass **nur solche Maßnahmen** angemeldet werden, **die im jeweiligen Haushaltsjahr** auch **realisierbar** sind.
Damit soll vermieden werden, dass die wenigen verfügbaren Landesmittel teilweise wegen überhöhter oder nicht realisierbarer Programmanmeldungen blockiert werden.

Die **Regierung fordert** aus diesem Grund seit 1995 **den verbindlichen Beschluss des Stadt-** bzw. Gemeinderates über die Jahresanträge.
Weiterhin müssen die Anträge vorab mit der Regierung von Oberbayern vorbesprochen und abgestimmt werden. Dies ist erfolgt.

Stadtrat 26.11.2020

Der anliegende Antrag basiert auf der **Fortschreibung des Vorjahresantrages.** Im Antrag können nur solche Maßnahmen aufgenommen werden, die sowohl von der Finanzierung als auch von der zeitlichen Umsetzung in 2021 realistisch und realisierbar sind. Gleiches gilt für die Folgejahre.
Seitens der Regierung wurde vor kurzem darauf hingewiesen, dass seit dem Jahr 2016 im Programm Aktive Zentren keine neuen investiven Maßnahmen mehr begonnen worden sind. Die ROB weist ausdrücklich darauf hin, dass die Sanierungsmaßnahme nach §136 BauGB zügig durchzuführen ist. Es wird deshalb dringend empfohlen, die städtebaulichen Missstände kontinuierlich zu beheben. Ein Pausieren ist in der Städtebauförderung nicht vorgesehen, unter Umständen muss die Gesamtmaßnahme abgerechnet werden, was nicht im Sinne der Stadt Fürstenfeldbruck sein kann.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurde für das **Jahr 2021 und die folgenden Finanzplanungsjahre bis 2024** beiliegender Antrag erarbeitet. Der Jahresantrag umfasst aus methodischen Gründen einen Realisierungszeitraum bis zum Jahr 2024. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass einzelne Maßnahmen, die im Jahr 2024 aufgeführt sind, wie die Realisierung verschiedener Amperbrücken (Nr. 3.10, 3.11 und 3.12), erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Stadtrat
24.11.2020

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

Stadtplanung
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck
Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
markus.reize@fuerstenfeldbruck.de

Regierung von Oberbayern
- Sachgebiet 34.1 -
Postfach
80534 München

E N T W U R F

Fürstenfeldbruck, 29.11.2020

Ihr Zeichen/ Ihr Schreiben vom:	Unser Zeichen (Bitte bei Antwort angeben)	Sachbearbeiter/ Ansprechpartner:	Telefon:	Fax:
	41/ Rz	Herr Kornacher	08141 281-4000	08141 282-4000
		Herr Reize	08141 281-4100	08141 282-4100
		Frau Klein	08141 281-2100	08141 282-2100

Stadtrat 24.11.2020

Städtebauförderung;
Jahresantrag im Bund / Länder - Städtebauförderungsprogramm 2021 / Innenstadt I
Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Fortschreibung der Anträge der Vorjahre - die Sanierungsziele sind seitdem unverändert - möchten wir Ihnen den Stand des Verfahrens mitteilen und den beigefügten Jahresantrag 2021 erläutern.

I. Maßnahmen nach dem Bund- Länder- Programm

Die Maßnahmen:

- Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)
- Feinuntersuchung Augsburger Straße im Bereich zwischen Marktplatz und Marthabräustraße
- Plangutachten Viehmarktplatz
- Wegeverbindung Hauptstraße – Ludwigstraße
- Umgestaltung Niederbronnerplatz mit Umfeld Knabenschule
- Mehrgenerationenhaus Alte Knabenschule
- Umfeld Schule Mitte (Promenade, Theresianumweg, Vorfeld Doppelturnhalle)
- Umgestaltung Vorplatz Post Bahnhofstraße 2

sind durchgeführt und wurden bereits abgeschlossen.

II. Darstellung des Verfahrensstandes der Einzelmaßnahmen:

1. VORBEREITUNGEN

zu 1.1 Fortschreibung Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK);

Im Jahr Oktober 2015 wurde das ISEK für den Innenstadtbereich / Marktplatz-West beschlossen. Dieses soll ab dem Jahr 2021 für einen größeren Umgriff, der auch Bereiche außerhalb des Sanierungsgebiet umfasst, fortgeschrieben werden.

zu 1.2 Vorbereitende Untersuchungen „Künstlervillen“

Im Jahr 2022 ist vorgesehen, die vorbereitenden Untersuchungen „Künstlervillen“ an ein externes Büro zu vergeben. Die Kosten betragen ungefähr 7.500.- €.

zu 1.3 Fortschreibung Einzelhandelsgutachten für die Gesamtstadt

Für die Gesamtstadt wurde im Jahr 2010 das bisherige Einzelhandelsgutachten fortgeschrieben, als Grundlage für weitere Ansiedlungen unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Innenstadt. Dieses soll nunmehr im Jahr 2021 im Rahmen um Zusammenhang mit einem Gewerbeflächenentwicklungskonzept für die Gesamtstadt im Rahmen des Förderprogramms zur Konversion des Fliegerhorstes fortgeschrieben werden. Mittelfristig ist (Kosten: ca. 10.000.- €) der Aufbau eines internetbasierten Standortinformationssystems als Grundlage für ein aktives Flächenmanagement angedacht (Kosten: ca. 10.000.- €).

zu 1.4 Wettbewerb „Aumühle und Lände“

Im Bereich der Aumühle und Lände soll im Jahr 2019 bezüglich der konkreten Gestaltung ein städtebaulicher und landschaftsplanerischer Ideen- und Realisierungswettbewerb durchgeführt werden. Die förderfähigen Kosten belaufen sich auf ca. 250.000.- €.
Diese Maßnahme wird nunmehr über das neue Bayerische Städtebauförderungsprogramm „Innen statt Außen“ beantragt. Eine Rahmenbewilligung für das Jahr 2018 in Höhe von 250.000.- € sowie ein Förderbescheid aus dem Jahr 2019 liegen vor.

zu 1.5 Feinuntersuchung Augsburger Straße im Bereich zwischen Marktplatz und Marthabräustraße

Die Feinuntersuchung durch das Büro SEP (ohne Kreisverkehr) ist zunächst abgeschlossen und wird ggf. mit Kreisverkehr weitergeführt.

zu 1.6 Plangutachten „Viehmarktplatz“

Im Bereich Viehmarktplatz wurde in den Jahren 2016 und 2017 aufbauend auf den Ergebnissen des Moderationsverfahrens (s. Punkt 1.1) bezüglich der konkreten Gestaltung ein Plangutachten (Mehrfachbeauftragung) mit drei Planungsbüros durchgeführt. Der Beschluss zum weiteren Vorgehen ist im Jahr 2020 geplant. Die Kosten wurden auf ungefähr 340.000.- € geschätzt. Seitens der Regierung von Oberbayern wurden förderfähige Kosten in Höhe von 210.000.- anerkannt. Das Projekt ist mittlerweile fördertechnisch abgeschlossen.

Stadtrat 24.11.2020

zu 1.7 Feinuntersuchung Taubenhaus (s. Pkt. 3.20)

Im Jahr 2021 soll auf Grundlage des Wettbewerbsergebnisses des Wettbewerbs Aumühle und Lände (s. Punkt 1.4) eine Machbarkeitsstudie erfolgen. Die Realisierung ist nach Abschluss des o. g. Wettbewerbs stufenweise ab dem Jahr 2023 vorgesehen.

zu 1.8 Feinuntersuchung Fußgängerbrücke östlich der Amperbrücke B2

Seitens der Stadt bestand vor längerer Zeit die Absicht, zwischen dem Bereich Pruggmayrstraße / Kirche St. Magdalena und der Münchner Straße auf Höhe des Stockmeierwegs eine Brückenverbindung für Fußgänger und Radfahrer zu errichten. Dies wurde jedoch mangels Verfügbarkeit eines hierfür erforderlichen Grundstücks nicht weiter verfolgt. Mittlerweile wurde das hierfür erforderliche Grundstück an eine Stiftung vererbt, die sich eine derartige Verbindung grundsätzlich vorstellen kann. Die Stadt beabsichtigt, hierfür im Jahr 2023 eine Feinuntersuchung im Sinne einer Machbarkeitsstudie zu beauftragen.

2. GRUNDERWERB

Für etwaige Grunderwerbskosten werden keine Fördermittel beantragt.

3. BAU-/ ORDNUNGSMASSNAHMEN

zu 3.1.1 Ausbau Wegeverbindung Niederbronnerplatz - Park am Marthabräuweiher

Im Jahr 2014 wurde die gestalterische Aufwertung der Wegeverbindung vom Niederbronnerplatz zum Park am Marthabräuweiher (sog. Promenade) durchgeführt. Die Kosten betrugen insgesamt ungefähr 290.000 €.

zu 3.1.2 Vorfeld Doppelturnhalle (Erweiterung Parkplatz)

Im Zuge der Umgestaltung des Ausbaus Wegeverbindung Niederbronnerplatz - Park am Marthabräuweiher (Maßnahme 3.1.1, s. o.) wurde im Jahr 2014 der Parkplatz vor der Doppelturnhalle erweitert. Die Kosten betrugen ungefähr 122.000 €.

zu 3.2 Ausbau Theresianumweg

Im Zusammenhang mit dem im Jahr 2014 abgeschlossenen Umbau des ehemaligen Graf-Rasso-Gymnasiums zu einer Grundschule, wurde der Theresianumweg zusammen mit dem Schulvorfeld umgestaltet. Die Kosten betragen insgesamt ungefähr 375.000 €. Es sind nach Abzug von Ausbaubeiträgen förderfähige Kosten in Höhe von ca. 224.000 € angefallen.

zu 3.3 Ausbau Kirchstraße (Abschnitt Marktplatz – Schulweg)

In Fortführung des abgeschlossenen Umbaus „Marktplatz“, der in Stadtrat und Bevölkerung eine überwiegend positive Resonanz gefunden hat, ist die Umgestaltung der Kirchstraße einschließlich des Kirchvorplatzes bei St. Magdalena vorgesehen. Dazu soll dieser Bereich mit seiner historischen Bausubstanz gestalterisch aufgewertet und umfassend verkehrsberuhigt werden, wobei die Erschließungsfunktion gesichert sein soll.

Stadtrat 24.11.2020

Die Gestaltung erfolgt durch einen niveaugleichen Ausbau, die platzartigen Aufweitungen vor der ehemaligen Stadtapotheke und der Kirche St. Magdalena sollen durch die Gliederung des Bodenbelages und der Baumpflanzungen betont werden. Auf Grund der beengten Straßenquerschnitte wird durch die Ausweisung als verkehrsberuhigter Bereich die Sicherheit der Fußgänger, insbesondere der Schüler und Älteren, gewährleistet. Soweit möglich, werden im Straßenraum Stellplätze für Anlieferung und Parken ausgewiesen. Die Gesamtkosten belaufen sich nach Schätzung durch das Büro SEP auf ca. 515.000 €. Die Realisierung ist ab dem Jahr 2024 vorgesehen.

zu 3.4.1 Wegeverbindung Hauptstraße – Ludwigstraße

Diese Verbindung ist im Teilbebauungsplanentwurf 1/1a (Bereich Innenstadt West) enthalten. Der hauptsächlich betroffene Grundstückseigentümer hat mittlerweile das Grundstück an den Investor des südlich angrenzenden Bereichs verkauft, dessen Bauvorhaben bereits entsprechend dem o. g. Bebauungsplan realisiert wird. Die Realisierung des ersten Abschnitts ist im Jahr 2016 erfolgt. Die Planung des zweiten Abschnitts bis zur Ludwigstraße soll im Jahr 2021, die Realisierung soll nach Abschluss der geplanten Hochbaumaßnahme erfolgen.

zu 3.4.2 Wegeverbindungen Volksfestplatz – Viehmarkt bzw. Innenstadt

Im Zuge des Moderationsverfahrens Viehmarkt hat sich herauskristallisiert, dass eine Aufwertung der Wegeverbindungen zwischen dem Parkplatz auf dem Volksfestplatz und dem Viehmarktplatz entlang des sog. Telekom-Areals eine große Bedeutung zukommt, um zukünftig die Zahl der Parkplätze auf dem Viehmarktplatz reduzieren zu können. Als erste Maßnahme soll deshalb bereits ab dem Jahr 2022 die Querungen der Unfaltstraße gestalterisch aufgewertet werden. Ab dem Jahr 2024 soll im Zuge einer geplanten städtebaulichen Entwicklung des Telekom-Areals der mittlere Abschnitt aufgewertet werden. Die Baukosten betragen hierfür insgesamt ca. 70.000 €.
Ab dem Jahr 2023 sollen dann planerisch die parallel verlaufenden Wegeverbindungen zum Viehmarktplatz sowie zur Hauptstraße (Marktplatz) im Bereich der Jakob-Groß-Straße und der Aumillerstraße überplant werden (Kosten: ca. 80.000 €).

Stadtrat 24.1.2020

zu 3.5.1 Verkehrsberuhigung Ludwigstraße / Viehmarktplatz

Nach Abschluss des Plangutachtens (s. Punkt 1.6) soll nach dem Bau der geplanten Tiefgarage (s. Punkt 3.6) ab dem Jahr 2022 die Umgestaltung des Viehmarktplatzes sowie die Anschlüsse im Bereich der Viehmarkt- und der Ludwigstraße erfolgen. Die Planung soll im Jahr 2021 beginnen. Die Gesamtkosten für die Umgestaltung aller zukünftig öffentlich zugänglichen Flächen betragen nach derzeitigen Schätzungen ca. 5,6 Mio. €.

zu 3.5.2 Marktgebäude mit Überdachung/ Viehmarktplatz

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Viehmarktplatzes soll ab dem Jahr 2022 die Errichtung eines Marktgebäudes mit einer Teilüberdachung des Viehmarktplatzes erfolgen. Die Gesamtkosten betragen nach derzeitigen Schätzungen zwischen ca. 1,5 und 4,5 Mio. €, wobei davon ausgegangen wird, dass ein Großteil der Kosten durch einen privaten Investor getragen wird.

zu 3.6 Öffentliche Tiefgarage / Viehmarktplatz

Im Zuge der Umgestaltung des Viehmarktplatzes soll eine öffentliche Tiefgarage errichtet werden, die durch die Stadt finanziert wird. Die genaue Größe wird im Zuge des Plangutachtens festgelegt (s. Punkt 1.6). Bei 145 Stellplätzen ergäben sich nach den aus der bisherigen Planung bekannten Kosten, Gesamtkosten in Höhe von ca. 6,1 Mio. €. Seitens der Regierung von Oberbayern wurde signalisiert, dass für dieses Projekt wie in vergleichbaren Fällen die bisherige Grenze an förderfähigen Kosten (max. 10.000 € / Stellplatz) aufgehoben werden kann, so dass sich die Förderung deutlich erhöht. Die Planung wird voraussichtlich im Jahr 2021 beginnen, der Bau ab dem Jahr 2022. Der rechnerische Abschluss der Realisierung könnte im Jahr 2024 erfolgen.

zu 3.7, 3.8, 3.9 Verkehrsberuhigung und Neugestaltung der Zufahrt zur Aumühle (Bullachstraße und Leonhardsplatz):

Für den Bereich der Aumühle / Stadtwerke mit dem historischen Bereich der Bullachstraße bis zum Leonhardsplatz wurde im Rahmen einer Feinuntersuchung geklärt, wie die derzeit stark versiegelten Freiflächen um die Aumühle im Rahmen einer Nachfolgenutzung verbessert und gesichert werden können. Die Feinuntersuchung wurde durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass ein Ausbau der Bullachstraße möglich ist. Im Bereich der Aumühle soll nunmehr seitens der Stadt lediglich der Vorbereich zwischen Stadtbibliothek und dem ehemaligen Stadtwerkeareal in Verlängerung der Bullachstraße umgestaltet werden.
Der Stadtrat hat in der Sitzung am 24.06.2008 abgelehnt, die Planung einer Straßenverbindung zwischen Fürstenfelder Straße und Bullachstraße (Durchstich) weiter zu führen. Die Umgestaltung soll, ohne Durchstich, wie bisher über den Leonhardsplatz erfolgen. Hierzu werden Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung geprüft, die eine niveaugleiche Umgestaltung (verkehrsberuhigter Bereich) zulässt. Die Umgestaltung des Leonhardsplatzes ist im Jahr 2023 vorgesehen .Die Umgestaltung der Bullachstraße und des Bereichs vor der Stadtbibliothek ist im Jahr 2024 vorgesehen.

Stadtrat 24.11.2020

zu 3.10 Fortführung der Wegeverbindung Kneipp-Insel/Amperbrücke

Mit den von dieser Wegeverbindung betroffenen Grundstückseigentümern ist eine kurzfristige Einigung leider immer noch nicht zu erwarten. Eine Realisierung wird daher voraussichtlich frühestens ab 2024 möglich sein.

zu 3.11 Amperstege (Kanalsteg, Ampersteg)

Gemäß Sanierungskonzept und Feinuntersuchung Bullachstraße ist die Schaffung einer zusätzlichen Brückenverbindung von der Aumühle über die Kneippinsel zur Ledererstraße vorgesehen. Die Planung und Realisierung sind frühestens ab 2024 geplant.

zu 3.12 Wegeverbindung von der Schöngeisinger Straße auf der Höhe des City-Points zur Lände

Für diese Wegeverbindung hat sich die Stadt auf dem Areal Schöngeisinger Straße 47 ein Wegerecht gesichert. Die Umsetzung dieser Maßnahme inklusive dem hierfür geplanten Brückenbau hängt im Wesentlichen vom erfolgreichen Abschluss der Grunderwerbsverhandlungen ab. Es besteht seitens der Stadt die Zielvorstellung, die Maßnahme spätestens im Jahr 2023 realisieren zu können.

zu 3.13 Kommunales Förderprogramm zur Innenhofbegrünung

Wie bereits in den letzten Jahren soll im Sanierungsgebiet Innenstadt neben der Erhöhung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum auch eine Verbesserung der Freiflächenqualität im privaten Bereich angestrebt werden. Hierzu sollen Privatpersonen im Rahmen eines kommunalen Förderprogramms Fördermittel von der Regierung von Oberbayern und von der Stadt Fürstenfeldbruck erhalten. Entsprechende Förderrichtlinien wurden erarbeitet und sind seit dem 01.06.2004 in Kraft. Nach derzeitigem Stand ist jährlich ein Fördertopf (förderfähige Kosten) von 20.000 € vorgesehen.
Mittelfristig ist beabsichtigt, dieses Programm auf Maßnahmen zur Fassadengestaltung sowie zur Schaffung von barrierefreien Zugängen auszuweiten.

zu 3.14 Fußgängersteg entlang der Amper

Zwischen Amperbrücke und der Kirche St. Magdalena soll entlang des Nordufers ein Fußgängersteg errichtet werden, um eine attraktive Fußwegverbindung in das Quartier östlich des Marktplatzes zu schaffen, ergänzt durch einen Zugang zum Wasser (Slipstelle für Boote). Die Wegeverbindung ist bereits im Sanierungskonzept enthalten und soll nach Osten hin entlang des Friedhofs fortgesetzt werden. Für den ersten Bauabschnitt (Gesamtkosten: ca. 65.000 €) wurden förderfähige Kosten von ca. 55.000 € anerkannt. Die Planung und Realisierung sind frühestens ab 2024 geplant. Langfristig ist angedacht, von diesem Fußgängersteg aus in Verlängerung der Schulstraße eine Brückenverbindung über die Amper zu schaffen.

zu 3.15 Umgestaltung Pruggmayerstraße und Umfeld St. Magdalena

Zur Aufwertung des öffentlichen Raumes soll der o. g. Bereich umgestaltet werden. Die Aufwertung ist bereits im Sanierungskonzept enthalten. Die Planung soll im Jahr 2023 erfolgen und im Jahr 2024 umgesetzt werden.

zu 3.16 Neugestaltung Querung Dachauer Straße

Die barrierefreie Umgestaltung der Fußgängerquerung im Bereich der Unterführung unter der Dachauer Straße soll die Anbindung des Quartiers an die nördlich angrenzenden Quartiere verbessern. Seit der Umnutzung des ehemaligen Graf-Rasso-Gymnasiums zu einer Grundschule im Jahr 2014, stellt diese Unterführung wieder eine wichtige Schulwegeverbindung dar. Eine Voruntersuchung durch die Verwaltung sowie eine erste politische Behandlung ist erfolgt. Nach erfolgter endgültiger politischer Entscheidung sollen die Planung und Umsetzung im Jahr 2021 erfolgen. Gegenwärtig wird von Baukosten für den ersten Bauabschnitt in Höhe von ca. 210.000 € ausgegangen.

zu 3.17 Umgestaltung Augsburger Straße im Bereich zwischen Marktplatz und Marthabräustraße

Im Zusammenhang mit einer geplanten Straßensanierung durch das staatliche Hochbauamt Freising soll dieser Bereich in den nächsten Jahren städtebaulich aufgewertet werden (s. Pkt. 1.5). Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 600.000 €. Davon fallen ca. 60.000 € an Planungskosten im Jahr 2023 an. Die Realisierung ist dann ab dem Jahr 2024 vorgesehen.

Stadtrat 24.11.2020

zu 3.18 Umbau Münchner Straße im Bereich zwischen Amperbrücke Stockmeier weg

Im Zusammenhang mit einer geplanten Straßensanierung durch das staatliche Bauamt Freising soll dieser Bereich voraussichtlich im Jahr 2022 umgestaltet werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 600.000 €. Davon fallen ca. 100.000 € Planungskosten an.

zu 3.19 Umbau ehemaliges Lichtspielhaus

Die Stadt hat beschlossen, das ehemalige Lichtspielhaus in der Maisacher Straße 2014 zu erwerben und zu einer kommunalen Kultureinrichtung umzugestalten.
Die Gesamtkosten belaufen sich nach einer ersten Kostenschätzung inkl. Sicherheit auf ca. 700.000 €. Ein Beschluss über das Nutzungskonzept ist im Jahr 2017 erfolgt. Der Abschluss der Maßnahme ist im Jahr 2019 vorgesehen. Seitens der Regierung von Oberbayern wurden ausgehend von Gesamtkosten in Höhe von ca. 498.000 € in einem vorläufigen Förderbescheid 430.000 € als förderfähig anerkannt.

zu 3.20 Umbau Taubenhaus

Im Anschluss an die Verlagerung der Stadtwerke soll im Bereich der ehemaligen Aumühle (Bullachstr. 27) der derzeit leer stehende westliche Gebäudeteil (sog. Taubenhaus; Baudenkmal; Eigentümer Stadtwerke) umgenutzt werden. Die Stadt hat mittlerweile das Areal von den Stadtwerken erworben. Im Anschluss soll auf Grundlage des Wettbewerbsergebnisses des Wettbewerbs Aumühle und Lände ein privater Investor gesucht werden. Die Stadt ist bereit, sich an förderfähigen Kosten in Höhe von ca. 600.000 € (incl. Feinuntersuchung, s. Punkt 1.8) zu beteiligen. Im Zuge des weiteren Projektverlaufs wird geprüft, ob eine höhere Beteiligung möglich und sinnvoll ist.

Sitzung 24.11.2020

zu 3.21 Umgestaltung Vorplatz Post Bahnhofstraße 2

Die Realisierung und fördertechnische Abwicklung ist im Jahr 2016 erfolgt.

zu 3.22 Umgestaltung Wegeverbindung Silbersteg

Die Wegeverbindung von der Schöngeisinger Straße über den Silbersteg zur Bullachstraße soll analog zur Wegeverbindung Hauptstraße - Ludwigstraße (Brezngasserl; s. Punkt 3.4.1) im Jahr 2023 umgestaltet werden. Die Gesamtkosten für den nördlichen Abschnitt belaufen sich auf ca. 95.000 €. Der südliche Abschnitt ist erst nach Abschluss des Wettbewerbs Aumühle und Lände (s. Punkt 1.4) bzw. des Neubebauung im Bereich des ehemaligen Stadtwerkeareals sinnvoll.

zu 3.23 Neubau Wegeverbindung „Deichensteg“ (neue Maßnahme)

Die vorhandene Fußgängerbrücke (sog. „Deichensteg“) zwischen der Emmeringer Straße und der Weiherstraße soll im Jahr 2022 erneuert und in diesem Zuge als Brückenverbindung für Fußgänger und Radfahrer ausgebaut werden.
Die Gesamtkosten für den nördlichen Abschnitt belaufen sich nach ersten groben Schätzungen auf ca. 680.000 €. Mit den Planungen soll im Jahr 2021 begonnen werden.

4. Sonstiges

zu 4.1 Verfügungsfonds Stadtmarketing

Es ist ein Verfügungsfonds Stadtmarketing geplant. Die Finanzierung der privaten Seite erfolgt durch die Stadtmarketinggruppe des Gewerbeverbandes Fürstenfeldbruck. Die förderfähigen Kosten betragen zunächst 25.000 €.
Über den Verfügungsfonds sollen überwiegend Maßnahmen für den Strukturaufbau eines Innenstadtmarketings „Akteure gemeinsam aktiv“ (Veranstaltungen, Aktionen und Planungen) erfolgen. Es ist angedacht, im Folgejahr über den Verfügungsfonds den Aufbau einer Interessengemeinschaft als Grundlage für ein aktives Innenstadtmarketing und Flächenmanagement zu finanzieren. Dabei ist vorgesehen, den Verfügungsfonds auf insgesamt ca. 50.000 € zu erhöhen.

III. Jahresantrag 2021:

In dem beiliegenden Jahresantrag zur Aufstellung des Bund / Länder Städtebauförderungsprogramms für 2021 werden für das Programmjahr folgende Maßnahmen angemeldet:

- Wegeverbindung Hauptstraße-Ludwigstraße (Planung)
- Wegeverbindung Volksfestplatz-Viehmarktplatz (Teil1)
- Planung Tiefgarage Viehmarktplatz
- Planung Verkehrsberuhigung Bereich Viehmarktplatz
- Kommunales Förderprogramm zur Innenhofbegrünung
- Neugestaltung Querung Dachauer Straße
- Neubau Deichensteg (Planung)
- Verfügungsfonds Stadtmarketing

Stadtrat 24.11.2020

Die Stadt verpflichtet sich, für sämtliche angemeldeten Maßnahmen alle sich bietenden Einnahmemöglichkeiten auszunutzen und somit den beantragten Zuschussbedarf zu reduzieren. Die angemeldeten planerischen Maßnahmen und Zielsetzungen werden - vorbehaltlich der Beschlussfassung des Stadtrates - in das neue Investitionsprogramm 2021 bis 2024 einfließen. Die baulichen Maßnahmen werden erst in die mittelfristige Finanzplanung einfließen, wenn genauere Erkenntnisse aus den Vorbereitenden Untersuchungen vorliegen. Der Stadtrat hat den Jahresantrag 2021 in der Sitzung am 27.10.2020 in der beiliegenden Fassung beschlossen.

Für Rückfragen bzw. nähere Erläuterungen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Erich Raff
Oberbürgermeister

1. AL 4 mit der Bitte um Zustimmung
2. AL 2 mit der Bitte um Zustimmung
3. Als Beschlussvorlage PBA am 14.10.2020
4. Als Beschlussvorlage HFA am 14.10.2020
5. Als Beschlussvorlage StR. am 29.10.2020
6. Kopie zur Abstimmung Pläne / Bauamt
7. Einholen der Lagepläne
8. Original zur Abstimmung HHPL 2021
9. Absenden
10. Z.d.A. und WVT 01.09.2021

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Jahresantrag zum Städtebauförderungsprogramm

Jahr: **2021**

Anlage 2 StBauFR

Zutreffendes bitte ☒ ankreuzen oder ausfüllen

1. Zuwendungsempfänger

X Stadt ☐ Markt ☐ Gemeinde	Name: **Fürstenfeldbruck**
Anschrift: Hauptstraße 31, 82256 Fürstenfeldbruck	Telefon: 08141/28-1-2100 o. 4100
Auskünfte erteilt: Frau Klein o. Herr Reize	Telefax: 08141/28-2-2100 o. 4100

2. Zur Förderung beantragte Maßnahme

X Sanierungsmaßnahme ☐ Entwicklungsmaßnahme	Bezeichnung (z.B. Altstadt, Untersuchungsgebiet, Sanierungsgebiete ...): **I "Innenstadt" (Programm Aktive Ortszentren)**
X Gesamtmaßnahme ☐ Einzelvorhaben	

Die Maßnahme wird gefördert seit	Jahr: 2008	voraussichtlicher Abschluß	Jahr: 2025

3. Stand der Förderung

	Tsd. €
voraussichtlich insgesamt förderfähige Kosten nach den StBauFR	19.672
bisher zugeteilte Fördermittel für förderfähige Kosten von insgesamt	
./. bisher bewilligte Fördermittel für förderfähige Kosten von insgesamt	284
= Bewilligungsreste für förderfähige Kosten, die neben den Einnahmen nach beiliegender Aufstellung bis Jahresende noch verwendet werden	

4. Programmanmeldung

	Programmjahr 2021	Vorausschau für die drei Fortschreibungsjahre 2022	2023	2024
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
voraussichtlich insgesamt anfallende förderfähige Kosten (s. S. 2 ff)	**575**	4.293	7.710	6.810
./. Einnahmen der Gesamtmaßnahme lt. Anlage				
= tatsächlicher Bedarf förderfähiger Kosten	**575**	4.293	7.710	6.810

5. Erklärungen

Wir beantragen für die auf den folgenden Seiten aufgeführten Einzelmaßnahmen und deren voraussichtlich förderfähige Kosten die Bereitstellung der entsprechenden Städtebauförderungsmittel zum höchstmöglichen Fördersatz (ggf. nach Abzug evtl. Einnahmen). Wir versichern, daß die erforderlichen gemeindlichen Eigenmittel im Haushaltsplan bzw. im Entwurf hierzu eingestellt und die für die drei Fortschreibungsjahre angemeldeten Beträge der mehrjährigen Finanzplanung zugrunde gelegt werden.

Dienstsiegel

Ort, Datum: Fürstenfeldbruck, 21.12.2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat 24.11.2020

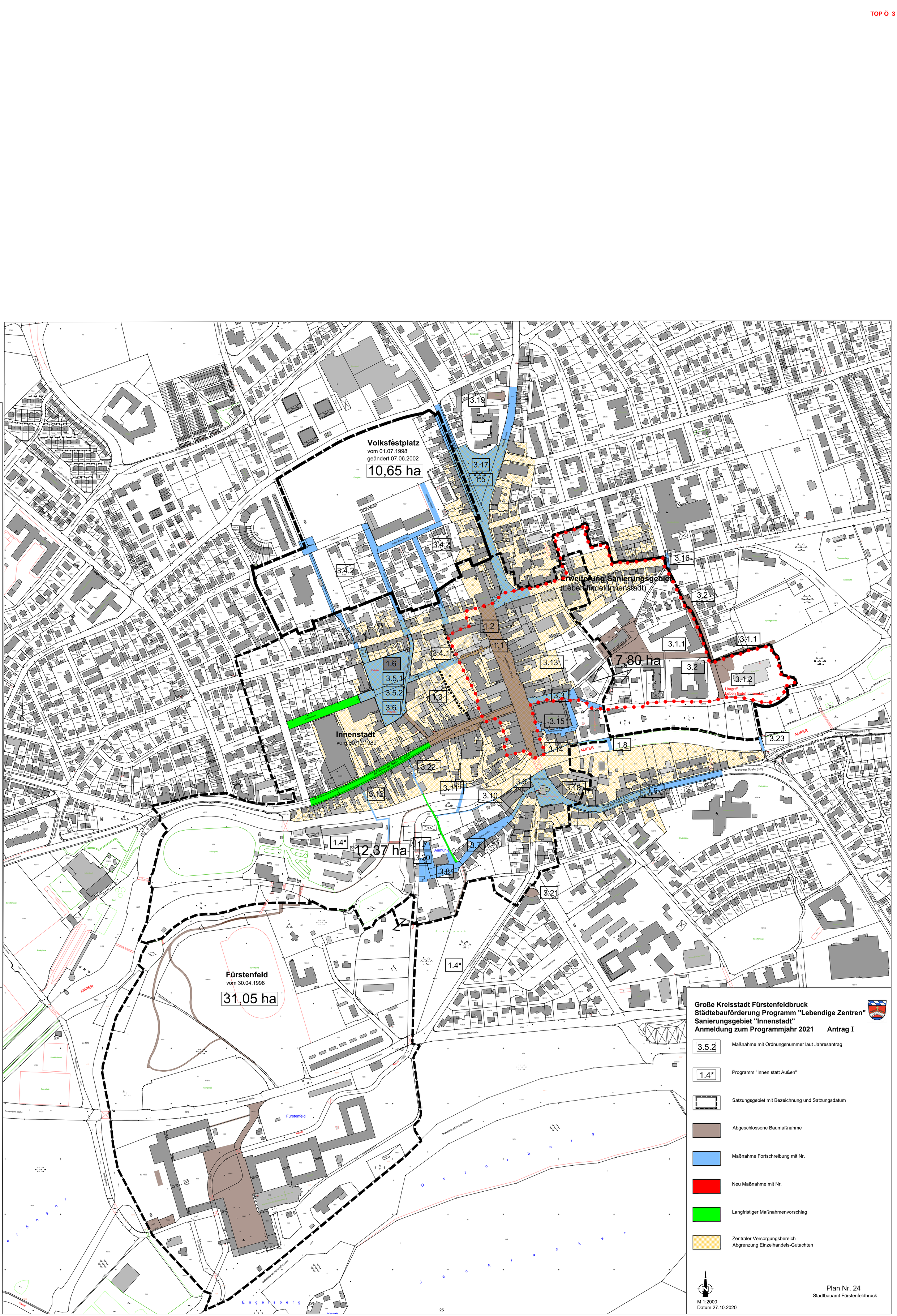
Stadtrat
24.11.2020

Erläuterungen zum Jahresantrag 2021

angemeldete Einzelmaßnahmen z.B. Sanierungsgebiet II Ausbau des Baudenkmals Heugasse 2 (Fl.-Nr. 371) für 4 Wohnungen Gesamtkosten: 1,2 Mio €, Finanzierung	förderfähige Kosten in Tsd. €					
	voraussichtlich insgesamt förderfähig	davon bisher bewilligt	vorgesehen im Programmjahr	vorgesehen in den drei Fortschreibungsjahren		
			2021	2022	2023	2024
1. Vorbereitungen						
1.1 Fortschreibung Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK)	170	80		45	45	
1.2 Vorb. Untersuchungen Künstlervillen	8			8		
1.3 Einzelhandelsgutachten Gesamtstadt	44	34			10	
1.7 Feinuntersuchung Taubenhaus	20		**20**			
1.8 Feinuntersuchung Fußgängersteg östlich Amperbrücke B2	20				20	
3. Bau-/Ordnungsmaßnahmen Innenstadt						
3.3 Ausbau Kirchstraße (Abschnitt Marktplatz-Kirche)	515					515
3.4.1 Wegeverbindung Hauptstraße - Ludwigstraße	625	115	**50**	440	20	
3.4.2 Wegeverbindungen Volksfestplatz - Viehmarktplatz bzw. Innenstadt	150			20	80	50
3.5.1 Verkehrsberuhigung Ludwigstr./ Viehmarktstraße/Viehmarktplatz	5.600		**100**		3.000	2.500
3.5.2 Marktgebäude mit Überdachung	1.000				100	900
3.6 Öffentliche TG Viehmarkt 145 Stps	6.100		**100**	3.000	3.000	
3.7 Verkehrsberuhigung u. Neugestaltung Bullachstraße	620					620
3.8 Freiflächengestaltung Stadtbibliothek	360					360
3.9 Umgestaltung Leonhardsplatz u. Teilbereich Bullachstr. (unmittelbarer Kirchenumgriff) u.Verkehrsberuhigung	300				300	
3.10 Fortführung der Wegeverbindung v.d Kneippinsel zur Amperbrücke/ Leonhardsplatz (Uferweg)	242					242
3.11 Stege über die Amper (2 Stege)	248					248
3.12 Wegeverbindung Schöngeisinger Str. ab d. Höhe Uhlgrundstück zur Lände	250				250	
3.13 Kommunales Förderprogramm zur Innenhofbegrünung	80		**20**	20	20	20
3.14 Fußgängersteg zw. Amperbrücke und St. Magdalena	240	55				185
3.15 Umgestaltung Pruggmayerstraße Umfeld St. Magdalena	200				50	150
3.16 Neugestaltung Fußgängerquerung Unterführung Dachauer Straße 1. BA	210		**210**			
3.17 Umgestaltung Augsburger Str. Süd (Marktplatz bis Marthabräustraße)	600				60	540
3.18 Umgestaltung Münchner Straße (Amperbrücke bis Stockmeierweg)	600			100	500	
3.20 Umnutzung Taubenhaus	580				130	450
3.22 Wegeverbindung Silbersteg Nord	95				95	
3.23 Neubau Deichensteg	680		**50**	630		
4. Sonstiges						
4.1 Projektfonds	115		**25**	30	30	30
Gesamtsumme	**19.672**	**284**	**575**	**4.293**	**7.710**	**6.810**

Stadtrat 24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020



Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Städtebauförderung Programm "Lebendige Zentren"
Sanierungsgebiet "Innenstadt"
Anmeldung zum Programmjahr 2021 Antrag I

3.5.2 Maßnahme mit Ordnungsnummer laut Jahresantrag

1.4* Programm "Innen statt Außen"

Satzungsgebiet mit Bezeichnung und Satzungsdatum

Abgeschlossene Baumaßnahme

Maßnahme Fortschreibung mit Nr.

Neu Maßnahme mit Nr.

Langfristiger Maßnahmenvorschlag

Zentraler Versorgungsbereich
Abgrenzung Einzelhandels-Gutachten

Plan Nr. 24
Stadtbauamt Fürstenfeldbruck

M 1:2000
Datum 27.10.2020

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2203/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Sportbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBS)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	1-0241/ kl	Erstelldatum	29.07.2020
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1 Amt 5
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat - abgesetzt -	Entscheidung	29.09.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**24.11.2020**	**Ö**

Anlagen:	1. Sportbeirat; Satzung, geschlechterneutral 2. Vorabauszug, STR 29.09.2020, TOP 7 Beiratssatzungen

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Neuerlass der Satzung für den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck gemäß Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.09.2020 mit den dort festgelegten und im Arbeitskreis weiteren erarbeiteten Änderungen.

Referent/in	Kellerer / CSU	Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Sportbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

In die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung wurden die Inhalte des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 29.09.2020 eingearbeitet. Darüber hinaus erging an die Verwaltung ein über den ursprünglichen Anpassungsauftrag hinausgehender Beschluss, in einem Arbeitskreis alle sechs Beiratssatzungen, soweit noch erforderlich, auf möglichst gleichlautende Inhalte zu überarbeiten.

Folgendes wurde u.a. einheitlich übernommen:

A) Die Gliederung der Beiratssatzungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Ausnahme: Stadtjugendrat wg. Regelung des Wahlvorgangs) wurde umgestellt:

§ 1 Aufgaben und Rechte

§ 2 Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

§ 3 Amtszeit

§ 4 Geschäftsgang

§ 5 Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

§ 6 Inkrafttreten.

B) Bzgl. gleichförmiger Abrechnung wurde der 01.01.2021 als Datum für das Inkrafttreten festgelegt. Es wird künftig kalenderjährlich abgerechnet.

C) Diverse Begriffe sowie der grundsätzliche Wortlaut wurden an diversen Stellen angepasst.

Stadtrat 24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Satzung über den Sportbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
(Sportbeiratssatzung - SBS -)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-I), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737), folgende Satzung:

§ 1
Aufgaben und Rechte

(1) Die Stadt Fürstenfeldbruck bildet einen Sportbeirat.

(2) Der Sportbeirat hat die Aufgabe, den Stadtrat und dessen Ausschüsse in allen den Sport betreffenden Angelegenheiten und Fragen zu beraten und zu unterstützen; und dabei insbesondere die Belange der Vereine und der Sport treibenden Bevölkerung im Interesse der Sportpflege zu fördern.

(3) Seine beratende Tätigkeit erstreckt sich im Rahmen der Zuständigkeit des Stadtrats und seiner Ausschüsse insbesondere auf die Planung und den Bau städtischer Sportanlagen (Stadien, Spiel- und Sportplätze, Bäder, Sporthallen und sonstige dem Sport dienende städtische Einrichtungen).

(4) Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind. Dies gilt nicht, falls der Beirat zuvor in derselben Sache auf Initiative von Stadtverwaltung oder Stadtrat eine Stellungnahme abgegeben hat, diese bereits im Stadtrat bzw. in den zuständigen Ausschüssen abschließend behandelt wurde und sich seitdem keine Änderung der Sachlage ergeben hat.

Stadtrat 24.11.2020

(5) Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen sind schriftlich zu stellen. Sie werden den Mitgliedern des Stadtrats rechtzeitig zur Kenntnis gegeben und sollen innerhalb von 4 Monaten vom zuständigen politischen Gremium behandelt werden. Das Ergebnis ist dem Sportbeirat mitzuteilen.

(6) Das den Vorsitz ausübende Mitglied des Sportbeirats oder dessen Stellvertretung hat in Sitzungen der Ausschüsse die Möglichkeit, Sachinformationen zu Angelegenheiten der Fachbereiche des Sportbeirats vorzutragen.

(7) Der Sportbeirat besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit und kann daher nicht Träger vermögensrechtlicher Ansprüche und Verpflichtungen sein.

§ 2
Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

(1) Der Sportbeirat besteht aus 7 Mitgliedern, wobei ein Sportverein oder eine Sportorganisation maximal durch 2 Mitglieder vertreten sein kann. Der Sportbeirat wählt aus seiner Mitte jeweils eine Person für den Vorsitz, den stellvertretenden Vorsitz und die Schriftführung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Das Mitglied welches den Vorsitz ausübt, beruft den Beirat ein und leitet die Sitzungen.

(2) Die Sportbeiratsmitglieder werden vom Stadtrat durch Beschluss berufen und abberufen. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Sportbeiratsmitgliedes beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Berufungsvorschlägen ein Ersatzmitglied. Die Berufung ist in diesem Falle nur gültig, wenn ihr die betroffene Person zustimmt.

(3) Die Mitglieder des Sportbeirats müssen nach ihren Kenntnissen und Erfahrungen für die Mitwirkung im Sportbeirat geeignet erscheinen. Sie sind an Weisungen nicht gebunden und erfüllen ihre Aufgaben fachbezogen und uneigennützig.

(4) Folgende Voraussetzungen müssen zusätzlich erfüllt sein:
- Mindestalter 18 Jahre
- Mitgliedschaft in einem/r örtlich ansässigen Sportverein bzw. –organisation
- kein Mitglied des Stadtrates und der Stadtverwaltung

(5) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

§ 3 Amtszeit

(1) Die Amtszeit des Sportbeirats als Gremium beträgt 3 Jahre. Der Beginn der ersten Amtszeit wird durch Stadtratsbeschluss festgelegt; sie endet mit der Amtszeit des Stadtrats. Die Mitglieder bleiben bis zur Konstituierung des neuen Sportbeirates im Amt.

(2) Mitglieder können aus wichtigen Gründen vom Stadtrat abberufen werden. Ein Mitglied ist auf Grund eines Stadtratsbeschlusses durch den/die Oberbürgermeister/in abzuberufen, wenn es seine Abberufung selbst beantragt oder wenn es wiederholt oder grob gegen bestehende Regelungen der Gemeindeordnung oder der Geschäftsordnung der Stadt verstößt.

(3) Die Mitglieder scheiden ferner aus, wenn sie nicht mehr Mitglieder der Organisationen oder Vereine sind. Für ein während der Wahlperiode ausscheidendes Mitglied beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Berufungsvorschlägen nach Reihung ein Ersatzmitglied.

(4) Für die Ablehnung des Amtes als Mitglied des Sportbeirats bzw. seine Niederlegung des Ehrenamtes gilt Art. 19 GO (Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern) in seiner jeweils geltenden Fassung entsprechend.

Stadtrat 24.11.2020

§ 4
Geschäftsgang

(1) Die Sitzungen des Beirates sind entsprechend den Bestimmungen der Gemeindeordnung grundsätzlich öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen.

(2) Der Beirat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Über die diskutierten Tagesordnungspunkte sowie die entsprechend gefassten Beschlüsse ist in jeder Sitzung ein Protokoll zu führen, das dem/der Oberbürgermeister/in zuzuleiten ist.

(3) Das mit dem Vorsitz betraute Mitglied bereitet die Sitzungen des Beirates vor, lädt hierzu ein und leitet sie. Dieses Mitglied hat zudem die Geschäftsführung inne. Das den Vorsitz ausübende Mitglied beruft den Sportbeirat nach Bedarf oder auf Antrag von drei seiner Mitglieder, zu Sitzungen ein. Die erste Sitzung eines neu gewählten Sportbeirats wird durch

den/die Oberbürgermeister/in einberufen. Die Einladung hat mindestens sieben Tage vor Sitzungstermin schriftlich gegenüber den Beiratsmitgliedern unter Beifügung der Tagesordnung zu erfolgen. Den Mitgliedern des Stadtrates wird die Einladung zeitgleich zur Kenntnis gegeben.

(4) Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen des Beirats werden in offener Abstimmung mit Mehrheit der Abstimmenden beschlossen.

(5) Der Sportbeirat ist bei seinen Aufgaben im Sinne des § 1 berührenden Angelegenheiten mit grundsätzlicher Bedeutung durch die Verwaltung so rechtzeitig einzuschalten, dass er Gelegenheit zur Stellungnahme hat.

(6) Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 5
Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

(1) Die Tätigkeit im Sportbeirat ist ehrenamtlich.

(2) Die Mitglieder des Sportbeirats erhalten eine Aufwandsentschädigung von 150,-- € pro Jahr. Scheidet ein Mitglied des Sportbeirats während des laufenden Jahres aus dem Amt, so erhält es so viele 12tel der Jahresentschädigung nach Satz 1, als es volle Monate tätig gewesen ist; angefangene Monate gelten als volle Monate. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Sportbeirats das Amt während des Jahres antritt.

(3) Das Mitglied des Sportbeirats welches mit dem Vorsitz betraut ist, erhält über die Entschädigung nach Abs. 2 Satz 1 hinaus eine weitere Entschädigung von 100,-- € pro Jahr. Abs. 2, Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(4) Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt kalenderjährlich.

Stadtrat 24.11.2020

§ 6
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Fürstenfeldbruck, 25.11.2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

Bekanntmachungsvermerk:

Erlassen durch Stadtratsbeschluss vom 24.11.2020
Bekannt gemacht durch Anschlag an den städtischen Amtstafeln und Niederlegung im Rathaus in der Zeit vom …….. bis ……..

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 29.09.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Florian Weber; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Sachantrag Nr.125 von Die Partei & FREI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Grundsatzbeschluss zu Änderungen der städtischen Beiratssatzungen und der Geschäftsordnung**

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1762/2019 vom 04.04.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

...

Herr **StR Götz** beantragt, unter Buchstabe e) des Beschlussvorschlages den zweiten Satz „In den Beiräten soll mindestens ein Drittel Frauen als Mitglieder vertreten sein." zu streichen:

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen.

Herr **StR Lohde** und Frau **StR'in Schacherl** unterstützen den Antrag von Herrn StR Götz.

...

Herr **StR Droth** stellt die Besonderheit des Stadtjugendrats gegenüber den anderen städtischen Beiräten heraus. Der Stadtjugendrat wird durch eine Wahl der wahlberechtigen Kinder und Jugendlichen der Stadt Fürstenfeldbruck bestimmt, nicht durch die Beschlussfassung in den städtischen Gremien. Daher sollte das Antragsrecht – wie unter Buchstabe c) ausgeführt – für den Stadtjugendrat ausgespart werden. Er bittet für den Stadtjugendrat außerdem um nochmalige Prüfung des Antragsrechts, da dieser einen Sonderfall unter den Beiräten darstellt.

...

Herr **StR Halbauer** bezieht sich auf den Antrag von Herrn StR Götz und spricht sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den städtischen Beiräten aus und beantragt folgende Änderungen (A und B) zum ausgereichten Beschlussvorschlag, Buchstabe e):

Änderungsvorschlag A:

e) Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Änderungsvorschlag B:

e) Die Beiräte müssen zur Hälfte aus Frauen bestehen. Sollten sich nicht genügend Frauen bewerben, können diese Plätze auch von Männern besetzt werden. Dies gilt entsprechend anders herum.

Stadtrat 24.11.2020

Frau **StR'in Schacherl** beantragt zu Buchstabe d) des ausgereichten Beschlussvorschlages, über die Variante B abstimmen zu lassen.

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Abstimmung über den Änderungsantrag B von Herrn StR Halbauer:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:22
Der Änderungsantrag B ist somit abgelehnt;
der Änderungsantrag A soll in der Beschlussfassung mit den weiteren vorgenannten Änderungsanträgen in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag mit berücksichtigt werden. Über die einzelnen Punkte (a) bis (e) wird einzeln abgestimmt.

Der Stadtrat fasst folgende

– teils geänderte – Beschlüsse:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen sechs Satzungen für die Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck zu überarbeiten. Dabei sind folgende Änderungen vorzunehmen:

a) Die Aufwandsentschädigung des einzelnen Beiratsmitgliedes für ein volles Tätigkeitsjahr wird ab 01.01.2021 von bislang 100 € auf 150 € erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

b) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung des vorsitzenden Beiratsmitglieds wird ab 01.01.2021 von bislang 50 € auf 100 € jährlich erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

c) Das teilweise in den Beiratssatzungen formulierte Antragsrecht ist umzuformulieren in:

Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht für den Stadtjugendrat. Das Antragsrecht des Stadtjugendrates ist zu überprüfen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 4

Stadtrat 24.11.2020

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 13

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.11.2020

S. Huber

Sabine Huber
Schriftführerin

STADT FÜRSTENFELDBRUCK · BAYERN

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2207/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Umweltbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Umweltbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (UBS)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	1-0241/ kl	Erstelldatum	29.07.2020
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1 Amt 4
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat - abgesetzt -	Entscheidung	29.09.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**24.11.2020**	**Ö**

Anlagen:	1. Umweltbeirat; Satzung, geschlechterneutral 2. Vorabauszug, STR 29.09.2020, TOP 7 Beiratssatzungen

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Neuerlass der Satzung für den Umweltbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck gemäß Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.09.2020 mit den dort festgelegten und den im Arbeitskreis weiteren erarbeiteten Änderungen.

Referent/in	Halbauer / Grüne	Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Umweltbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen			Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€	
Folgekosten				€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

In die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung wurden die Inhalte des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 29.09.2020 eingearbeitet. Darüber hinaus erging an die Verwaltung ein über den ursprünglichen Anpassungsauftrag hinausgehender Beschluss, in einem Arbeitskreis alle sechs Beiratssatzungen, soweit noch erforderlich, auf möglichst gleichlautende Inhalte zu überarbeiten.

Folgendes wurde u.a. einheitlich übernommen:

A) Die Gliederung der Beiratssatzungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Ausnahme: Stadtjugendrat wg. Regelung des Wahlvorgangs) wurde umgestellt:

§ 1 Aufgaben und Rechte

§ 2 Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

§ 3 Amtszeit

§ 4 Geschäftsgang

§ 5 Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

§ 6 Inkrafttreten.

B) Bzgl. gleichförmiger Abrechnung wurde der 01.01.2021 als Datum für das Inkrafttreten festgelegt. Es wird künftig kalenderjährlich abgerechnet.

C) Diverse Begriffe sowie der grundsätzliche Wortlaut wurden an diversen Stellen angepasst.

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Satzung
über den Umweltbeirat
der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
(Umweltbeiratssatzung - UBS)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-I), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737), folgende Satzung:

§ 1
Aufgaben und Rechte

(1) Die Stadt Fürstenfeldbruck bildet einen Umweltbeirat.

(2) Aufgabe des Beirats ist es, den Stadtrat und die Stadtverwaltung in Fragen des Natur-, Klima-, Tier- und Umweltschutzes zu beraten, insbesondere bei

- Bauleit-, Landschafts- und Verkehrsplanung,
- städtischen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen,
- Unterhalt und Pflege städtischer Grünflächen sowie
- naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Die Beratung geschieht durch Stellungnahme auf Aufforderung des Stadtrats, eines Ausschusses, der Stadtverwaltung oder des/der Oberbürgermeisters/in. Die Stellungnahmen werden den Mitgliedern des Stadtrats rechtzeitig zur Kenntnis gegeben. In die Bauleitplanung wird der Umweltbeirat analog zu Trägern öffentlicher Belange eingebunden.

(3) Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht, falls der Beirat zuvor in derselben Sache auf Initiative von Stadtverwaltung oder Stadtrat eine Stellungnahme abgegeben hat, diese bereits im Stadtrat bzw. in den zuständigen Ausschüssen abschließend behandelt wurde und sich seitdem keine Änderung der Sachlage ergeben hat.

(4) Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen sind schriftlich zu stellen. Sie werden den Mitgliedern des Stadtrats rechtzeitig zur Kenntnis gegeben und sollen innerhalb von 4 Monaten vom zuständigen politischen Gremium behandelt werden. Das Ergebnis ist dem Umweltbeirat mitzuteilen.

(5) Das mit dem Vorsitz betraute Mitglied des Umweltbeirats oder dessen Stellvertretung hat in Sitzungen der Ausschüsse die Möglichkeit, Sachinformationen zu Angelegenheiten der Fachbereiche des Umweltbeirats vorzutragen.

(6) Der Beirat soll ferner durch geeignete Maßnahmen, z.B. Umweltbildung, das allgemeine Verständnis für den Natur-, Klima- und Umweltschutz fördern.

Stadtrat 24.11.2020

(7) Der Umweltbeirat besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit und kann daher nicht Träger vermögensrechtlicher Ansprüche und Verpflichtungen sein.

§ 2
Zusammensetzung

(1) Der Umweltbeirat besteht aus 7 bestellten Mitgliedern; wobei ein Verein oder eine Organisation maximal durch 2 Mitglieder vertreten sein kann.

(2) Die Beiratsmitglieder sollen Kenntnisse und Erfahrungen im Aufgabengebiet des § 1 Abs. 2 besitzen. Sie sind an Weisungen nicht gebunden und erfüllen ihre Aufgaben fachbezogen und uneigennützig. Die Beiratsmitglieder müssen Personen sein, welche in Fürstenfeldbruck ihren Hauptwohnsitz haben und das Recht besitzen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen nach Art. 15 Abs. 2 der Gemeindeordnung in seiner jeweils geltenden Fassung.

(3) Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung können keine Beiratsmitglieder werden.

§ 3 Amtszeit, Berufung, Abberufung

(1) Die Amtszeit eines Beiratsmitgliedes (persönliche Amtszeit) beginnt mit der Berufung in den Umweltbeirat durch den Stadtrat nach Vorberatung der Bewerbungen und Vorschläge im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau. Die Amtszeit endet durch:

a) Ablauf der institutionellen Amtszeit
b) Abberufung nach Art. 86 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung
c) Niederlegung des Ehrenamtes nach Art. 19 der Gemeindeordnung (Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern) in ihrer jeweils geltenden Fassung
d) Tod

Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Umweltbeiratsmitgliedes beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Berufungsvorschlägen nach Reihung ein Ersatzmitglied.

(2) Die Amtszeit des Umweltbeirats (institutionelle Amtszeit) beträgt 3 Jahre. Der Beginn der ersten Amtszeit wird durch Stadtratsbeschluss festgelegt. Sollte bis zum Ablauf der institutionellen Amtszeit kein neuer Umweltbeirat vom Stadtrat berufen werden können, verlängert sich die Amtszeit des amtierenden Beirats bis zur Berufung eines neuen Umweltbeirats, aber längstens um drei Monate. Sie endet grundsätzlich mit der Amtszeit des Stadtrats.

(3) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Stadtrat 24.11.2020

§ 4
Geschäftsgang

(1) Der Umweltbeirat wählt jeweils eine Person für den Vorsitz, den stellvertretenden Vorsitz und die Schriftführung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

(2) Das mit dem Vorsitz betraute Mitglied bereitet die Sitzungen des Beirates vor, lädt hierzu ein und leitet sie. Dieses Mitglied hat zudem die Geschäftsführung inne. Das den Vorsitz ausübende Mitglied beruft den Umweltbeirat nach Bedarf oder auf Antrag von drei seiner Mitglieder, zu Sitzungen ein. Die erste Sitzung eines neu gewählten Umweltbeirats wird durch den/die Oberbürgermeister/in einberufen. Die Einladung hat mindestens sieben Tage vor Sitzungstermin schriftlich gegenüber den Beiratsmitgliedern unter Beifügung der Tagesordnung zu erfolgen. Den Mitgliedern des Stadtrates wird die Einladung zeitgleich zur Kenntnis gegeben.

(3) Der Umweltbeirat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(4) Die Sitzungen des Beirates sind entsprechend den Bestimmungen der Gemeindeordnung grundsätzlich öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen.

(5) Über die diskutierten Tagesordnungspunkte sowie die entsprechend gefassten Beschlüsse ist in jeder Sitzung ein Protokoll zu führen, das der/dem Oberbürgermeister/in und den Vorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Fraktionen zuzuleiten ist.

(6) Der Umweltbeirat ist bei seinen Aufgaben im Sinne des § 1 berührenden Angelegenheiten mit grundsätzlicher Bedeutung durch die Verwaltung so rechtzeitig einzuschalten, dass er Gelegenheit zur Stellungnahme hat.

Stadtrat
24.11.2020

(7) Der Umweltbeirat kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 5
Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

(1) Die Tätigkeit im Umweltbeirat ist ehrenamtlich.

(2) Die Mitglieder des Umweltbeirats erhalten eine Aufwandsentschädigung von 150,-- € pro Jahr. Scheidet ein Mitglied des Umweltbeirats während des laufenden Jahres aus dem Amt, so erhält es so viele 12tel der Jahresentschädigung nach Satz 1, als es volle Monate tätig gewesen ist; angefangene Monate gelten als volle Monate. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Umweltbeirats das Amt während des Jahres antritt.

(3) Das mit dem Vorsitz betraute Mitglied des Umweltbeirats erhält über die Entschädigung nach Abs. 2 Satz 1 hinaus eine weitere Entschädigung von 100,-- € pro Jahr. Abs. 2, Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(4) Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt kalenderjährlich.

(5) Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
25.11.2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

Bekanntmachungsvermerk:

Erlassen durch Stadtratsbeschluss vom 24.11.2020:
Bekannt gemacht durch Anschlag an den städtischen Amtstafeln und Niederlegung im Rathaus in der Zeit vom ……2020 bis ……2020

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 29.09.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Florian Weber; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Sachantrag Nr.125 von Die Partei & FREI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Grundsatzbeschluss zu Änderungen der städtischen Beiratssatzungen und der Geschäftsordnung**

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1762/2019 vom 04.04.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

...

Herr **StR Götz** beantragt, unter Buchstabe e) des Beschlussvorschlages den zweiten Satz „In den Beiräten soll mindestens ein Drittel Frauen als Mitglieder vertreten sein." zu streichen:

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen.

Herr **StR Lohde** und Frau **StR'in Schacherl** unterstützen den Antrag von Herrn StR Götz.

...

Herr **StR Droth** stellt die Besonderheit des Stadtjugendrats gegenüber den anderen städtischen Beiräten heraus. Der Stadtjugendrat wird durch eine Wahl der wahlberechtigen Kinder und Jugendlichen der Stadt Fürstenfeldbruck bestimmt, nicht durch die Beschlussfassung in den städtischen Gremien. Daher sollte das Antragsrecht – wie unter Buchstabe c) ausgeführt – für den Stadtjugendrat ausgespart werden. Er bittet für den Stadtjugendrat außerdem um nochmalige Prüfung des Antragsrechts, da dieser einen Sonderfall unter den Beiräten darstellt.

...

Herr **StR Halbauer** bezieht sich auf den Antrag von Herrn StR Götz und spricht sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den städtischen Beiräten aus und beantragt folgende Änderungen (A und B) zum ausgereichten Beschlussvorschlag, Buchstabe e):

Änderungsvorschlag A:

e) Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Änderungsvorschlag B:

e) Die Beiräte müssen zur Hälfte aus Frauen bestehen. Sollten sich nicht genügend Frauen bewerben, können diese Plätze auch von Männern besetzt werden. Dies gilt entsprechend anders herum.

Stadtrat 24.11.2020

Frau **StR'in Schacherl** beantragt zu Buchstabe d) des ausgereichten Beschlussvorschlages, über die Variante B abstimmen zu lassen.

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Abstimmung über den Änderungsantrag B von Herrn StR Halbauer:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:22
Der Änderungsantrag B ist somit abgelehnt;
der Änderungsantrag A soll in der Beschlussfassung mit den weiteren vorgenannten Änderungsanträgen in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag mit berücksichtigt werden. Über die einzelnen Punkte (a) bis (e) wird einzeln abgestimmt.

Der Stadtrat fasst folgende

– teils geänderte – Beschlüsse:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen sechs Satzungen für die Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck zu überarbeiten. Dabei sind folgende Änderungen vorzunehmen:

a) Die Aufwandsentschädigung des einzelnen Beiratsmitgliedes für ein volles Tätigkeitsjahr wird ab 01.01.2021 von bislang 100 € auf 150 € erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

b) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung des vorsitzenden Beiratsmitglieds wird ab 01.01.2021 von bislang 50 € auf 100 € jährlich erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

c) Das teilweise in den Beiratssatzungen formulierte Antragsrecht ist umzuformulieren in:

Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht für den Stadtjugendrat. Das Antragsrecht des Stadtjugendrates ist zu überprüfen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 4

Stadtrat 24.11.2020

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 13

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.11.2020

S. Huber

Sabine Huber
Schriftführerin

STADT FÜRSTENFELDBRUCK · BAYERN

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2202/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Beirat für Menschen mit Behinderung; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBMB)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	1-0241/ kl	Erstelldatum	29.07.2020
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1 Amt 3
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat - abgesetzt -	Entscheidung	29.09.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**24.11.2020**	**Ö**

Anlagen:	1. Beirat für Menschen mit Behinderung; Satzung, geschlechter-neutral 2. Vorabauszug, STR 29.09.2020, TOP 7 Beiratssatzungen

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Neuerlass der Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck gemäß Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.09.2020 mit den dort festgelegten und den im Arbeitskreis weiteren erarbeiteten Änderungen.

Referent/in	Best / AG Die Lin	Schacherl / Grün	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Glockzin / FW	Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Dräxler / BBV		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Behindertenbeira		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen			Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja			€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€	
Folgekosten				€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

In die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung wurden die Inhalte des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 29.09.2020 eingearbeitet. Darüber hinaus erging an die Verwaltung ein über den ursprünglichen Anpassungsauftrag hinausgehender Beschluss, in einem Arbeitskreis alle sechs Beiratssatzungen, soweit noch erforderlich, auf möglichst gleichlautende Inhalte zu überarbeiten.

Folgendes wurde u.a. einheitlich übernommen:

A) Die Gliederung der Beiratssatzungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Ausnahme: Stadtjugendrat wg. Regelung des Wahlvorgangs) wurde umgestellt:

§ 1 Aufgaben und Rechte

§ 2 Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

§ 3 Amtszeit

§ 4 Geschäftsgang

§ 5 Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

§ 6 Inkrafttreten.

B) Bzgl. gleichförmiger Abrechnung wurde der 01.01.2021 als Datum für das Inkrafttreten festgelegt. Es wird künftig kalenderjährlich abgerechnet.

C) Diverse Begriffe sowie der grundsätzliche Wortlaut wurden an diversen Stellen angepasst.

Stadtrat 24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderung der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SBMB)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-I), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737), folgende Satzung:

§ 1
Aufgaben und Rechte

(1) Die Stadt Fürstenfeldbruck bildet einen Beirat für Menschen mit Behinderung.

(2) Der Beirat für Menschen mit Behinderung nimmt die Interessen der in Fürstenfeldbruck ansässigen Einwohner mit Behinderung wahr. Er berät den Stadtrat, die beschließenden Ausschüsse, den/die Oberbürgermeister/in und die Verwaltung in allen damit zusammenhängenden Fragen. Der Beirat ist an Weisungen nicht gebunden und erfüllt seine Aufgaben fachbezogen und uneigennützig.

(3) Die Beratungsgegenstände werden dem Beirat durch den/die Oberbürgermeister/in zugeleitet. Unabhängig davon kann der Beirat von sich aus Vorschläge, Anregungen, Stellungnahmen oder Gutachten abgeben, die dann im Stadtrat oder den zuständigen beschließenden Ausschüssen zu behandeln sind.

(4) Zu den Beratungen des Beirates für Menschen mit Behinderung können Fachleute zugezogen werden.

(5) Die Vorschläge und Anregungen des Beirates für Menschen mit Behinderung sind von der Verwaltung oder dem Stadtrat bzw. den zuständigen beschließenden Ausschüssen innerhalb von vier Monaten zu behandeln.

(6) Das den Vorsitz ausübende Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung oder dessen Stellvertretung ist über die Beratungen und die Beschlüsse des Stadtrates oder beschließenden Ausschüsse, durch den/die Oberbürgermeister/in zu seinen Vorschlägen und Anregungen zu informieren.

Stadtrat 24.11.2020

§ 2
Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

(1) In den Beirat für Menschen mit Behinderung können Personen berufen werden, die

a) selbst körperlich behindert sind, Angehörige von Behinderten sind oder in der Behindertenbetreuung tätig sind.

b) ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Fürstenfeldbruck haben und das Recht besitzen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen nach Art. 15 Abs. 2 der Gemeindeordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung,

c) nicht dem Stadtrat oder der Stadtverwaltung angehören, und

d) das 18. Lebensjahr vollendet haben.

(2) Der Beirat für Menschen mit Behinderung besteht aus mindestens 7 und höchstens 9 Mitgliedern.

(3) Die Bewerbungen und Vorschläge zur Berufung in den Beirat für Menschen mit Behinderung können bei der Stadtverwaltung eingereicht werden. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Bewerbung für die Aufnahme in den Beirat für Menschen mit Behinderung die in § 3 genannten Voraussetzungen erfüllen. Im Übrigen kann der Stadtrat die Unwirksamkeit der Bewerbung feststellen, wenn das Wahlrecht nach Art.1 und 2 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes in der jeweils geltenden Fassung nicht besteht.

Gehen mehr als 9 oder weniger als 7 Bewerbungen ein, entscheidet der Stadtrat über die Aufnahmen oder das Ruhen des Beirates.

(4) Die Bewerbung erstreckt sich auch darauf, als Ersatzmitglied in den Beirat für Menschen mit Behinderung berufen zu werden.

(5) Die Mitglieder für den Beirat für Menschen mit Behinderung werden dem Stadtrat vom Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport vorgeschlagen und vom Stadtrat durch Beschluss berufen oder abberufen. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Beiratsmitglieds beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Bewerbungen nach Reihung ein Ersatzmitglied. Die Berufung ist nur gültig, wenn ihr die berufene Person zustimmt.

(6) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Stadtrat 24.11.2020

§ 3
Amtszeit

(1) Die Amtszeit eines Mitgliedes im Beirat für Menschen mit Behinderung (persönliche Amtszeit) beginnt mit der Berufung in den Beirat für Menschen mit Behinderung. Sie endet durch:

a) Ablauf der institutionellen Amtszeit

b) Abberufung nach Art. 86 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung

c) Niederlegung des Ehrenamtes nach Art. 19 der Gemeindeordnung in der jeweils geltenden Fassung (Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern)

d) Tod.

(2) Die Amtszeit des Beirates für Menschen mit Behinderung (institutionelle Amtszeit) beträgt 3 Jahre. Die erste Amtszeit beginnt am 01.01.2003.

(3) Sollte bis zum Ablauf der institutionellen Amtszeit vom Stadtrat kein neuer Beirat für Menschen mit Behinderung berufen werden können, verlängert sich die Amtszeit des amtierenden Beirats bis zur Berufung eines neuen Beirats für Menschen mit Behinderung, aber längstens um drei Monate.

§ 4
Geschäftsgang

(1) Das den Vorsitz ausübende Mitglied beruft den Beirat für Menschen mit Behinderung nach Bedarf oder auf Antrag von drei seiner Mitglieder zu Sitzungen ein. Die erste Sitzung wird durch den/die Oberbürgermeister/in einberufen. Die Einladung zu öffentlichen Sitzungen hat mindestens sieben Tage vor Sitzungstermin schriftlich gegenüber den Beiratsmitgliedern unter Beifügung der Tagesordnung zu erfolgen.Den Mitgliedern des Stadtrates wird die Einladung zeitgleich zur Kenntnis gegeben.

(2) Der Beirat für Menschen mit Behinderung wählt aus seiner Mitte jeweils eine Person für den Vorsitz, den stellvertretenden Vorsitz und die Schriftführung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

(3) Der Beirat für Menschen mit Behinderung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die referierende Person im Bereich „Soziales“ nimmt an den Sitzungen des Beirates für Menschen mit Behinderung beratend teil. Über die diskutierten Tagesordnungspunkte sowie die entsprechend gefassten Beschlüsse ist in jeder Sitzung ein Protokoll zu führen, das der/dem Oberbürgermeister/in zuzuleiten ist.

(4) Der Beirat für Menschen mit Behinderung kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

Stadtrat 24.11.2020

§ 5
Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

(1) Die Tätigkeit im Beirat für Menschen mit Behinderung ist ehrenamtlich.

(2) Die Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung erhalten eine Entschädigung von 150,-- € pro Jahr.
Scheidet ein Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung während des Jahres aus dem Amt, so erhält es so viele 12-tel der Jahresentschädigung nach Satz 1, als es volle Monate tätig gewesen ist; angefangene Monate gelten als volle Monate.
Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung das Amt während des Jahres antritt.

(3) Das den Vorsitz ausübende Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung erhält über die Entschädigung nach Abs. 2 Satz 1 hinaus eine weitere Entschädigung von 100,-- € pro Jahr. Abs. 2, Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(4) Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt kalenderjährlich.

(5) Absatz 3 gilt nicht für den/die Oberbürgermeister/in hinsichtlich der Ausübung der Funktion des Vorsitzenden nach § 4 Abs.1.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Fürstenfeldbruck, den 25.11.2020
Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

Bekanntmachungsvermerk:

Erlassen durch Stadtratsbeschluss vom 24.11.2020
Bekannt gemacht durch Anschlag an den städtischen Amtstafeln und Niederlegung im Rathaus in der Zeit vom …….. bis ……..

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 29.09.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Florian Weber; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Sachantrag Nr.125 von Die Partei & FREI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Grundsatzbeschluss zu Änderungen der städtischen Beiratssatzungen und der Geschäftsordnung**

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1762/2019 vom 04.04.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

...

Herr **StR Götz** beantragt, unter Buchstabe e) des Beschlussvorschlages den zweiten Satz „In den Beiräten soll mindestens ein Drittel Frauen als Mitglieder vertreten sein." zu streichen:

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen.

Herr **StR Lohde** und Frau **StR'in Schacherl** unterstützen den Antrag von Herrn StR Götz.

...

Herr **StR Droth** stellt die Besonderheit des Stadtjugendrats gegenüber den anderen städtischen Beiräten heraus. Der Stadtjugendrat wird durch eine Wahl der wahlberechtigen Kinder und Jugendlichen der Stadt Fürstenfeldbruck bestimmt, nicht durch die Beschlussfassung in den städtischen Gremien. Daher sollte das Antragsrecht – wie unter Buchstabe c) ausgeführt – für den Stadtjugendrat ausgespart werden. Er bittet für den Stadtjugendrat außerdem um nochmalige Prüfung des Antragsrechts, da dieser einen Sonderfall unter den Beiräten darstellt.

...

Herr **StR Halbauer** bezieht sich auf den Antrag von Herrn StR Götz und spricht sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den städtischen Beiräten aus und beantragt folgende Änderungen (A und B) zum ausgereichten Beschlussvorschlag, Buchstabe e):

Änderungsvorschlag A:

e) Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Änderungsvorschlag B:

e) Die Beiräte müssen zur Hälfte aus Frauen bestehen. Sollten sich nicht genügend Frauen bewerben, können diese Plätze auch von Männern besetzt werden. Dies gilt entsprechend anders herum.

Stadtrat 24.11.2020

Frau **StR'in Schacherl** beantragt zu Buchstabe d) des ausgereichten Beschlussvorschlages, über die Variante B abstimmen zu lassen.

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Abstimmung über den Änderungsantrag B von Herrn StR Halbauer:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:22
Der Änderungsantrag B ist somit abgelehnt;
der Änderungsantrag A soll in der Beschlussfassung mit den weiteren vorgenannten Änderungsanträgen in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag mit berücksichtigt werden. Über die einzelnen Punkte (a) bis (e) wird einzeln abgestimmt.

Der Stadtrat fasst folgende

– teils geänderte – Beschlüsse:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen sechs Satzungen für die Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck zu überarbeiten. Dabei sind folgende Änderungen vorzunehmen:

a) Die Aufwandsentschädigung des einzelnen Beiratsmitgliedes für ein volles Tätigkeitsjahr wird ab 01.01.2021 von bislang 100 € auf 150 € erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

b) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung des vorsitzenden Beiratsmitglieds wird ab 01.01.2021 von bislang 50 € auf 100 € jährlich erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

c) Das teilweise in den Beiratssatzungen formulierte Antragsrecht ist umzuformulieren in:

Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht für den Stadtjugendrat. Das Antragsrecht des Stadtjugendrates ist zu überprüfen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 4

Stadtrat 24.11.2020

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 13

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.11.2020

S. Huber

Sabine Huber
Schriftführerin

STADT FÜRSTENFELDBRUCK · BAYERN

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2204/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Seniorenbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Seniorenbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (SenBS)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	1-0241/ kl	Erstelldatum	29.07.2020
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1 Amt 3
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat - abgesetzt -	Entscheidung	29.09.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**24.11.2020**	**Ö**

Anlagen:	1. Seniorenbeirat; Satzung, geschlechterneutral 2. Vorabauszug, STR 29.09.2020, TOP 7 Beiratssatzungen

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Neuerlass der Satzung für den Seniorenbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck gemäß Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.09.2020 mit den dort festgelegten und den im Arbeitskreis weiteren erarbeiteten Änderungen.

Referent/in	Best / AG Die Lin	Schacherl / Grün	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Glockzin / FW	Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Dräxler / BBV		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Seniorenbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen			Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€	
Folgekosten				€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

In die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung wurden die Inhalte des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 29.09.2020 eingearbeitet. Darüber hinaus erging an die Verwaltung ein über den ursprünglichen Anpassungsauftrag hinausgehender Beschluss, in einem Arbeitskreis alle sechs Beiratssatzungen, soweit noch erforderlich, auf möglichst gleichlautende Inhalte zu überarbeiten.

Folgendes wurde u.a. einheitlich übernommen:

A) Die Gliederung der Beiratssatzungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Ausnahme: Stadtjugendrat wg. Regelung des Wahlvorgangs) wurde umgestellt:

§ 1 Aufgaben und Rechte

§ 2 Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

§ 3 Amtszeit

§ 4 Geschäftsgang

§ 5 Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

§ 6 Inkrafttreten.

B) Bzgl. gleichförmiger Abrechnung wurde der 01.01.2021 als Datum für das Inkrafttreten festgelegt. Es wird künftig kalenderjährlich abgerechnet.

C) Diverse Begriffe sowie der grundsätzliche Wortlaut wurden an diversen Stellen angepasst.

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Satzung über den Seniorenbeirat
der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
(Seniorenbeirat -SBS)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-I), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737), folgende Satzung:

§1
Aufgaben und Rechte

(1) Die Stadt Fürstenfeldbruck bildet zur Wahrnehmung der besonderen Belange der älteren Einwohner der Stadt einen Seniorenbeirat. Dieser berät den Stadtrat und die Verwaltung in allen den Bevölkerungsanteil der Senioren besonders betreffenden Angelegenheiten. Der Beirat ist an Weisungen nicht gebunden und erfüllt seine Aufgaben fachbezogen und uneigennützig.

(2) Die Beratungsgegenstände werden dem Seniorenbeirat vom/von der Oberbürgermeister/in zugeleitet. Der Seniorenbeirat kann auch von sich aus Vorschläge machen sowie Anregungen, Gutachten oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat oder in den zuständigen beschließenden Ausschüssen zu behandeln sind. Die Behandlung soll innerhalb einer Frist von vier Monaten erfolgen; das Ergebnis ist dem Seniorenbeirat mitzuteilen.

(3) Der Seniorenbeirat besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit und kann daher nicht Träger vermögensrechtlicher Ansprüche oder Verpflichtungen sein.

Stadtrat 24.11.2020

§2
Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

(1) Der Seniorenbeirat besteht aus 7, mindestens jedoch 5 bestellten Mitgliedern.

(2) Die Seniorenbeiratsmitglieder müssen das 60. Lebensjahr vollendet haben und Personen sein, welche ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Fürstenfeldbruck haben und das Recht besitzen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen nach Art. 15 Abs. 2 der Gemeindeordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung. Außerdem müssen diese Personen Voraussetzungen für die Wählbarkeit nach Art. 20 des Gemeindewahlgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung besitzen. Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung können keine Seniorenbeiratsmitglieder sein.

(3) Vorschläge zur Berufung in den Seniorenbeirat können bei der Stadtverwaltung eingereicht werden von

a) den in der Stadt Fürstenfeldbruck tätigen Wohlfahrtsverbänden,
b) den Heimleitungen der Fürstenfeldbrucker Altenheime,
c) jeder Person, welche in Fürstenfeldbruck wohnt und das Recht besitzt, an den Gemeindewahlen teilzunehmen (Art. 15 Abs. 2 GO).

(4) Bewerbungen können nur von in Fürstenfeldbruck wohnenden Personen mit Gemeindewahlrecht eingereicht werden, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.

(5) Vorschläge nach Satz 1 sind nur gültig, wenn ihnen eine Einverständniserklärung der vorgeschlagenen Person beigefügt ist.

(6) Darüber hinaus sind Vorschläge und Bewerbungen nach Satz 1 nur gültig, wenn sie von mindestens 12 in Fürstenfeldbruck wohnenden Personen mit Gemeindewahlrecht, welche das 60. Lebensjahr vollendet haben, durch ihre Unterschrift unterstützt werden, die in eine beizulegende Liste einzutragen sind (Unterstützungsliste).

(7) Auf Unterstützungsunterschriften wird bei Kandidatinnen und Kandidaten verzichtet, die dem amtierenden Seniorenbeirat angehören und sich der Wiederwahl stellen.

Jede in Fürstenfeldbruck wohnende Person mit Gemeindewahlrecht kann beliebig viele Vorschläge oder Bewerbungen unterstützen; gibt eine in Fürstenfeldbruck wohnhafte Person mit Gemeindewahlrecht mehrere Unterschriften für denselben Vorschlag oder dieselbe Bewerbung ab, so ist nur eine Unterschrift gültig.

(8) Auf die Möglichkeit, Vorschläge und Bewerbungen einzureichen, ist an den städtischen Amtstafeln rechtzeitig hinzuweisen.

(9) Der Berufungsvorschlag bzw. die Berufungsbewerbung erstreckt sich auch darauf, als Ersatzmitglied in den Seniorenbeirat berufen zu werden.

(10) Die Seniorenbeiratsmitglieder werden vom Stadtrat durch Beschluss berufen und abberufen. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Seniorenbeiratsmitgliedes beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Berufungsvorschlägen bzw. Berufungsbewerbungen ein Ersatzmitglied nach Reihung; die Berufung ist in diesem Falle nur gültig, wenn ihr die betroffene Person zustimmt.

(11) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Stadtrat
04.11.2020

§ 3
Amtszeit

(1) Die Amtszeit eines Seniorenbeiratsmitgliedes (persönliche Amtszeit) beginnt mit der Berufung in den Seniorenbeirat. Sie endet durch:
a) Ablauf der institutionellen Amtszeit
b) Abberufung nach Art. 86 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit § 3 Abs. 2 dieser Satzung
c) Niederlegung des Ehrenamtes nach Art. 19 der Gemeindeordnung (Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern) in seiner jeweils geltenden Fassung
d) Tod.

(2) Die Amtszeit des Seniorenbeirates (institutionelle Amtszeit) beträgt 3 Jahre. Der Beginn der ersten Amtszeit wird durch Stadtratsbeschluss festgelegt.

(3) Sollte bis zum Ablauf der institutionellen Amtszeit vom Stadtrat kein neuer Seniorenbeirat berufen werden können, verlängert sich die Amtszeit des amtierenden Beirats bis zur Berufung eines neuen Seniorenbeirats, aber längstens um drei Monate.

§ 4
Geschäftsgang

(1) Der Seniorenbeirat wählt aus seiner Mitte jeweils eine Person für den Vorsitz, den stellvertretenden Vorsitz und die Schriftführung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

(2) Das Mitglied welches den Vorsitz ausübt, beruft den Seniorenbeirat nach Bedarf oder auf Antrag von drei seiner Mitglieder, zu Sitzungen ein. Bis zur Wahl eines mit dem Vorsitz betrauten Mitglieds tritt der/die Oberbürgermeister/in an dessen Stelle. Die Einladung zu öffentlichen Sitzungen hat mindestens sieben Tage vor Sitzungstermin schriftlich gegenüber den Beiratsmitgliedern unter Beifügung der Tagesordnung zu erfolgen. Den Mitgliedern des Stadtrates wird die Einladung zeitgleich zur Kenntnis gegeben.

(3) Der Seniorenbeirat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die referierende Person im sozialen Bereich nimmt an den Sitzungen des Seniorenbeirates beratend teil. Über die diskutierten Tagesordnungspunkte sowie die entsprechend gefassten Beschlüsse ist in jeder Sitzung ein Protokoll zu führen, das dem/der Oberbürgermeister/in zuzuleiten ist.

(4) Der Seniorenbeirat ist bei seinen Aufgaben im Sinne des § 1 berührenden Angelegenheiten mit grundsätzlicher Bedeutung durch die Verwaltung so rechtzeitig einzuschalten, dass er Gelegenheit zur Stellungnahme hat.

(5) Der Seniorenbeirat kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

Stadtrat 24.11.2020

§ 5
Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

(1) Die Tätigkeit im Seniorenbeirat ist ehrenamtlich.

(2) Die Mitglieder des Seniorenbeirates erhalten eine Entschädigung von 150,-- € pro Jahr. Scheidet ein Mitglied des Seniorenbeirates während des Jahres aus dem Amt, so erhält es so viel 12tel der Jahresentschädigung nach Satz 1, als es volle Monate tätig gewesen ist; angefangene Monate gelten als volle Monate. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Seniorenbeirates das Amt während des Jahres antritt.

(3) Das mit dem Vorsitz betraute Mitglied des Seniorenbeirates erhält über die Entschädigung nach Abs. 2 Satz 1 hinaus eine weitere Entschädigung von 100,-- € pro Jahr. Abs. 2 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

(4) Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt kalenderjährlich.

(5) Absatz 3 gilt nicht für den/die Oberbürgermeister/in hinsichtlich der Ausübung der Funktion des den Vorsitz ausübenden Mitgliedes nach § 4 Abs. 1.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Fürstenfeldbruck, 25.11.2020
Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

Bekanntmachungsvermerk:

Erlassen durch Stadtratsbeschluss vom 24.11.2020
Bekannt gemacht durch Anschlag an den städtischen Amtstafeln und Niederlegung im Rathaus in der Zeit vom …….. bis ……..

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 29.09.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Florian Weber; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Stadtrat 24.11.2020

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Sachantrag Nr.125 von Die Partei & FREI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Grundsatzbeschluss zu Änderungen der städtischen Beiratssatzungen und der Geschäftsordnung**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1762/2019 vom 04.04.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

...

Herr **StR Götz** beantragt, unter Buchstabe e) des Beschlussvorschlages den zweiten Satz „In den Beiräten soll mindestens ein Drittel Frauen als Mitglieder vertreten sein." zu streichen:

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen.

Herr **StR Lohde** und Frau **StR'in Schacherl** unterstützen den Antrag von Herrn StR Götz.

...

Herr **StR Droth** stellt die Besonderheit des Stadtjugendrats gegenüber den anderen städtischen Beiräten heraus. Der Stadtjugendrat wird durch eine Wahl der wahlberechtigen Kinder und Jugendlichen der Stadt Fürstenfeldbruck bestimmt, nicht durch die Beschlussfassung in den städtischen Gremien. Daher sollte das Antragsrecht – wie unter Buchstabe c) ausgeführt – für den Stadtjugendrat ausgespart werden. Er bittet für den Stadtjugendrat außerdem um nochmalige Prüfung des Antragsrechts, da dieser einen Sonderfall unter den Beiräten darstellt.

...

Herr **StR Halbauer** bezieht sich auf den Antrag von Herrn StR Götz und spricht sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den städtischen Beiräten aus und beantragt folgende Änderungen (A und B) zum ausgereichten Beschlussvorschlag, Buchstabe e):

Änderungsvorschlag A:

e) Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Änderungsvorschlag B:

e) Die Beiräte müssen zur Hälfte aus Frauen bestehen. Sollten sich nicht genügend Frauen bewerben, können diese Plätze auch von Männern besetzt werden. Dies gilt entsprechend anders herum.

Stadtrat 24.11.2020

Frau **StR'in Schacherl** beantragt zu Buchstabe d) des ausgereichten Beschlussvorschlages, über die Variante B abstimmen zu lassen.

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Abstimmung über den Änderungsantrag B von Herrn StR Halbauer:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:22
Der Änderungsantrag B ist somit abgelehnt;
der Änderungsantrag A soll in der Beschlussfassung mit den weiteren vorgenannten Änderungsanträgen in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag mit berücksichtigt werden. Über die einzelnen Punkte (a) bis (e) wird einzeln abgestimmt.

Der Stadtrat fasst folgende

– teils geänderte – Beschlüsse:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen sechs Satzungen für die Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck zu überarbeiten. Dabei sind folgende Änderungen vorzunehmen:

a) Die Aufwandsentschädigung des einzelnen Beiratsmitgliedes für ein volles Tätigkeitsjahr wird ab 01.01.2021 von bislang 100 € auf 150 € erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

b) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung des vorsitzenden Beiratsmitglieds wird ab 01.01.2021 von bislang 50 € auf 100 € jährlich erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

c) Das teilweise in den Beiratssatzungen formulierte Antragsrecht ist umzuformulieren in:

Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht für den Stadtjugendrat. Das Antragsrecht des Stadtjugendrates ist zu überprüfen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 4

Stadtrat 24.11.2020

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 13

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.11.2020

S. Huber

Sabine Huber
Schriftführerin

STADT FÜRSTENFELDBRUCK · BAYERN

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2206/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Wirtschaftsbeirat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Wirtschaftsbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (WBS)			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	1-0241/ kl	Erstelldatum	29.07.2020	
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1	
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat - abgesetzt -	Entscheidung	29.09.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**24.11.2020**	**Ö**

Anlagen:	1. Wirtschaftsbeirat; Satzung, geschlechterneutral 2. Vorabauszug, STR 29.09.2020, TOP 7 Beiratssatzungen

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Neuerlass der Satzung für den Wirtschaftsbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck gemäß Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.09.2020 mit den dort festgelegten und den im Arbeitskreis weiteren erarbeiteten Änderungen.

Referent/in	Heimerl / SPD	Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in	Höfelsauer / CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Wirtschaftsbeirat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen			Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

In die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung wurden die Inhalte des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 29.09.2020 eingearbeitet. Darüber hinaus erging an die Verwaltung ein über den ursprünglichen Anpassungsauftrag hinausgehender Beschluss, in einem Arbeitskreis alle sechs Beiratssatzungen, soweit noch erforderlich, auf möglichst gleichlautende Inhalte zu überarbeiten.

Folgendes wurde u.a. einheitlich übernommen:

A) Die Gliederung der Beiratssatzungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Ausnahme: Stadtjugendrat wg. Regelung des Wahlvorgangs) wurde umgestellt:

§ 1 Aufgaben und Rechte

§ 2 Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

§ 3 Amtszeit

§ 4 Geschäftsgang

§ 5 Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

§ 6 Inkrafttreten.

B) Bzgl. gleichförmiger Abrechnung wurde der 01.01.2021 als Datum für das Inkrafttreten festgelegt. Es wird künftig kalenderjährlich abgerechnet.

C) Diverse Begriffe sowie der grundsätzliche Wortlaut wurden an diversen Stellen angepasst.

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Satzung über den Wirtschaftsbeirat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (Wirtschaftsbeiratssatzung - WBS)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-I), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737), folgende Satzung:

§ 1
Aufgaben und Rechte

(1) Die Stadt Fürstenfeldbruck bildet einen Wirtschaftsbeirat.

(2) Aufgabe des Beirats ist es, den Stadtrat und die Stadtverwaltung in Angelegenheiten mit Bedeutung für die örtliche Wirtschaft, insbesondere Standortfragen, Fragen der allgemeinen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung, der An- und Umsiedlung von Unternehmen, des Arbeitsmarktes, der beruflichen Qualifikation, der gewerberelevanten Flächenplanung und bei für die örtliche Wirtschaft bedeutsamen Fragen des Straßenverkehrs zu beraten.

(3) Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht, falls der Beirat zuvor in derselben Sache auf Initiative von Stadtverwaltung oder Stadtrat eine Stellungnahme abgegeben hat, diese bereits im Stadtrat bzw. in den zuständigen Ausschüssen abschließend behandelt wurde und sich seitdem keine Änderung der Sachlage ergeben hat.

(4) Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen sind schriftlich einzureichen. Sie werden den Mitgliedern des Stadtrats rechtzeitig zur Kenntnis gegeben und sollen innerhalb von 4 Monaten vom zuständigen politischen Gremium behandelt werden. Das Ergebnis ist dem Wirtschaftsbeirat mitzuteilen.

(5) Der Wirtschaftsbeirat ist bei seinen Aufgaben im Sinne des § 1 berührenden Angelegenheiten mit grundsätzlicher Bedeutung durch die Verwaltung so rechtzeitig einzuschalten, dass er Gelegenheit zur Stellungnahme hat.

(6) Das den Vorsitz des Beirats ausübende Mitglied des Wirtschaftsbeirats oder dessen Stellvertretung hat in Sitzungen der Ausschüsse die Möglichkeit, Sachinformationen zu Angelegenheiten der Fachbereiche des Wirtschaftsbeirats vorzutragen.

(7) Der Wirtschaftsbeirat besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit und kann daher nicht Träger vermögensrechtlicher Ansprüche und Verpflichtungen sein.

Stadtrat 04.11.2020

§ 2
Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

(1) Der Wirtschaftsbeirat besteht aus 7 bestellten Mitgliedern; wobei ein Verein oder eine Organisation maximal durch 2 Mitglieder vertreten sein kann.

(2) Die Beiratsmitglieder sollen Kenntnisse und Erfahrungen im Aufgabengebiet des § 1 Abs. 2 besitzen. Sie sind an Weisungen nicht gebunden und erfüllen ihre Aufgaben fachbezogen und uneigennützig. Die Beiratsmitglieder müssen Personen sein, welche in Fürstenfeldbruck ihren Hauptwohnsitz haben und das Recht besitzen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen nach Art. 15 Abs. 2 der Gemeindeordnung in seiner jeweils geltenden Fassung.

(3) Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung können keine Beiratsmitglieder werden.

§3

Amtszeit

(1) Die Amtszeit eines Beiratsmitgliedes (persönliche Amtszeit) beginnt mit der Berufung in den Wirtschaftsbeirat durch den Stadtrat nach Vorberatung der Bewerbungen und Vorschläge im Planungs- und Bauausschuss. Die Amtszeit endet durch:

a) Ablauf der institutionellen Amtszeit
b) Abberufung nach Art. 86 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung
c) Niederlegung des Ehrenamtes nach Art. 19 der Gemeindeordnung (Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern) in ihrer jeweils geltenden Fassung
d) Tod.

Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Wirtschaftsbeiratsmitgliedes beruft der Stadtrat aus den verbliebenen Berufungsvorschlägen ein Ersatzmitglied nach Reihung.

(2) Die Amtszeit des Wirtschaftsbeirats (institutionelle Amtszeit) beträgt 3 Jahre. Der Beginn der ersten Amtszeit wird durch Stadtratsbeschluss festgelegt. Sollte bis zum Ablauf der institutionellen Amtszeit kein neuer Wirtschaftsbeirat vom Stadtrat berufen werden können, verlängert sich die Amtszeit des amtierenden Beirats bis zur Berufung eines neuen Wirtschaftsbeirats, aber längstens um drei Monate. Sie endet grundsätzlich mit der Amtszeit des Stadtrats.

(3) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

§ 4
Geschäftsgang

(1) Der Wirtschaftsbeirat wählt aus seiner Mitte jeweils eine Person für den Vorsitz, den stellvertretenden Vorsitz und die Schriftführung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Stadtrat 24.11.2020

(2) Das den Vorsitz ausübende Mitglied bereitet die Sitzungen des Beirates vor, lädt hierzu ein und leitet sie. Er hat zudem die Geschäftsführung inne. Das den Vorsitz ausübende Mitglied beruft den Wirtschaftsbeirat nach Bedarf oder auf Antrag von drei seiner Mitglieder zu Sitzungen ein. Die erste Sitzung eines neu gewählten Wirtschaftsbeirats wird durch den/die Oberbürgermeister/in einberufen. Die Einladung hat mindestens sieben Tage vor Sitzungstermin schriftlich gegenüber den Beiratsmitgliedern unter Beifügung der Tagesordnung zu erfolgen. Den Mitgliedern des Stadtrates wird die Einladung des Wirtschaftsbeirats zeitgleich zur Kenntnis gegeben.

(3) Der Wirtschaftsbeirat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(4) Die Sitzungen des Beirates sind entsprechend den Bestimmungen der Gemeindeordnung grundsätzlich öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen.

(5) Über die diskutierten Tagesordnungspunkte sowie die entsprechend gefassten Beschlüsse ist in jeder Sitzung ein Protokoll zu führen, das der/dem Oberbürgermeister/in zuzuleiten ist.

(6) Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

Stadtrat 24.11.2020

§ 5
Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

(1) Die Tätigkeit im Wirtschaftsbeirat ist ehrenamtlich.

(2) Die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats erhalten eine Aufwandsentschädigung von 150,- - Euro pro Jahr. Scheidet ein Mitglied des Wirtschaftsbeirats während des laufenden Jahres aus dem Amt, so erhält es so viele 12tel der Jahresentschädigung nach Satz 1, als es volle Monate tätig gewesen ist; angefangene Monate gelten als volle Monate. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Wirtschaftsbeirats das Amt während des Jahres antritt.

(3) Das mit dem Vorsitz betraute Mitglied des Wirtschaftsbeirats erhält über die Entschädigung nach Abs. 2 Satz 1 hinaus eine weitere Entschädigung von 100,-- € pro Jahr. Abs. 2, Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(4) Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt kalenderjährlich.

§ 6
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

STADT FÜRSTENFELDBRUCK
Fürstenfeldbruck, 25.11.2020

Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

Bekanntmachungsvermerk:

Erlassen durch Stadtratsbeschluss vom ……..:
Bekannt gemacht durch Anschlag an den städtischen Amtstafeln und Niederlegung im Rathaus in der Zeit vom …….. bis ……..

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 29.09.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Florian Weber; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Sachantrag Nr.125 von Die Partei & FREI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Grundsatzbeschluss zu Änderungen der städtischen Beiratssatzungen und der Geschäftsordnung**

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1762/2019 vom 04.04.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

...

Herr **StR Götz** beantragt, unter Buchstabe e) des Beschlussvorschlages den zweiten Satz „In den Beiräten soll mindestens ein Drittel Frauen als Mitglieder vertreten sein." zu streichen:

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen.

Herr **StR Lohde** und Frau **StR'in Schacherl** unterstützen den Antrag von Herrn StR Götz.

...

Herr **StR Droth** stellt die Besonderheit des Stadtjugendrats gegenüber den anderen städtischen Beiräten heraus. Der Stadtjugendrat wird durch eine Wahl der wahlberechtigen Kinder und Jugendlichen der Stadt Fürstenfeldbruck bestimmt, nicht durch die Beschlussfassung in den städtischen Gremien. Daher sollte das Antragsrecht – wie unter Buchstabe c) ausgeführt – für den Stadtjugendrat ausgespart werden. Er bittet für den Stadtjugendrat außerdem um nochmalige Prüfung des Antragsrechts, da dieser einen Sonderfall unter den Beiräten darstellt.

...

Herr **StR Halbauer** bezieht sich auf den Antrag von Herrn StR Götz und spricht sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den städtischen Beiräten aus und beantragt folgende Änderungen (A und B) zum ausgereichten Beschlussvorschlag, Buchstabe e):

Änderungsvorschlag A:

e) Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Änderungsvorschlag B:

e) Die Beiräte müssen zur Hälfte aus Frauen bestehen. Sollten sich nicht genügend Frauen bewerben, können diese Plätze auch von Männern besetzt werden. Dies gilt entsprechend anders herum.

Stadtrat 24.11.2020

Frau **StR'in Schacherl** beantragt zu Buchstabe d) des ausgereichten Beschlussvorschlages, über die Variante B abstimmen zu lassen.

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Abstimmung über den Änderungsantrag B von Herrn StR Halbauer:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:22
Der Änderungsantrag B ist somit abgelehnt;
der Änderungsantrag A soll in der Beschlussfassung mit den weiteren vorgenannten Änderungsanträgen in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag mit berücksichtigt werden. Über die einzelnen Punkte (a) bis (e) wird einzeln abgestimmt.

Der Stadtrat fasst folgende

– teils geänderte – Beschlüsse:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen sechs Satzungen für die Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck zu überarbeiten. Dabei sind folgende Änderungen vorzunehmen:

a) Die Aufwandsentschädigung des einzelnen Beiratsmitgliedes für ein volles Tätigkeitsjahr wird ab 01.01.2021 von bislang 100 € auf 150 € erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

b) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung des vorsitzenden Beiratsmitglieds wird ab 01.01.2021 von bislang 50 € auf 100 € jährlich erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

c) Das teilweise in den Beiratssatzungen formulierte Antragsrecht ist umzuformulieren in:

Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht für den Stadtjugendrat. Das Antragsrecht des Stadtjugendrates ist zu überprüfen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 4

Stadtrat 24.11.2020

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 13

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.11.2020

S. Huber

Sabine Huber
Schriftführerin

STADT FÜRSTENFELDBRUCK · BAYERN

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2208/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Stadtjugendrat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Stadtjugendrat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck (StjS)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	1-0241/ kl	Erstelldatum	29.07.2020
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1 Amt 5
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat - abgesetzt -	Entscheidung	29.09.2020	Ö
2	**Stadtrat**	**Entscheidung**	**24.11.2020**	**Ö**

Anlagen:	1. Stadtjugendrat; Satzung, geschlechterneutral 2. Vorabauszug, STR 29.09.2020, TOP 7 Beiratssatzungen 3. Auszug Kommentar Bauer/Böhle/Ecker zu Art. 29 GO 4. Auszug Kommentar Prandl/Zimmermann/Büchner/Pahlke zu Art. 29 GO

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Neuerlass der Satzung für den Stadtjugendrat der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck gemäß Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.09.2020 mit den dort festgelegten und den im Arbeitskreis weiteren erarbeiteten Änderungen.

Referent/in		Rubin / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in		Braumiller / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in		Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat	Stadtjugendrat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

In die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung wurden die Inhalte des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 29.09.2020 eingearbeitet. Darüber hinaus erging an die Verwaltung ein über den ursprünglichen Anpassungsauftrag hinausgehender Beschluss, in einem Arbeitskreis alle sechs Beiratssatzungen, soweit noch erforderlich, auf möglichst gleichlautende Inhalte zu überarbeiten.

Folgendes wurde u.a. einheitlich übernommen:

A) Die Gliederung der Beiratssatzungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Ausnahme: Stadtjugendrat wg. Regelung des Wahlvorgangs) wurde umgestellt:

§ 1 Aufgaben und Rechte

§ 2 Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

§ 3 Amtszeit

§ 4 Geschäftsgang

§ 5 Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

§ 6 Inkrafttreten.

B) Bzgl. gleichförmiger Abrechnung wurde der 01.01.2021 als Datum für das Inkrafttreten festgelegt. Es wird künftig kalenderjährlich abgerechnet.

C) Diverse Begriffe sowie der grundsätzliche Wortlaut wurden an diversen Stellen angepasst.

D) Die Verwaltung wurde mit Stadtratsbeschluss vom 29.09.2020 beauftragt, das Antragsrecht des Stadtjugendrates an den Stadtrat auf seine rechtliche Haltbarkeit hin zu überprüfen.

Die Erinnerung eines Stadtratsmitglieds in der Sitzung vom 29.09.2020, es würde bzgl. Antragsrecht des Stadtjugendrates an den Stadtrat eine von der Kommunalaufsicht geprüfte und für rechtlich korrekt befundene Einschätzung geben, hat sich als nicht zutreffend und rechtlich nicht haltbar erwiesen.

Die beiden der Kommunalaufsicht vorliegenden Vorgänge zum Stadtjugendrat Fürstenfeldbruck aus den Jahren 1997 und 1998 beschäftigen sich mit gänzlich anderen Inhalten. Die gezielte Nachfrage, ob der Stadtjugendrat, da aus der Bevölkerung heraus gewählt, nicht doch einen anderen Status gegenüber dem Stadtrat einnehmen könnte, wurde verneint (aus denselben Gründen, wie im Schreiben der Kommunalaufsicht vom 13.06.2018 dargelegt; dazu s. auch Auszüge aus der Kommentarliteratur zur Gemeindeordnung; Anlagen 2 und 3).

Die von der Verwaltung zusammen mit der Kommunalaufsicht erarbeitete Formulierung lautet expressis verbis zwar nicht "Antragsrecht"; entfaltet jedoch die gleiche Wirkung:

"§ 1 ... Der Beirat kann von sich aus Vorschläge, Anregungen, Stellungnahmen oder Gutachten abgeben, die dann im Stadtrat oder den zuständigen beschließenden Ausschüssen zu behandeln sind." *Sind* bedeutet damit quasi ein *Muss*.

Stadtrat 24.11.2020

Im Ergebnis kommt die Verwaltung zum Thema Antragsrecht deshalb zur gleichen Einschätzung wie bereits in der Sitzungsvorlage vom 29.09.2020.

Stadtrat
24.11.2020

Satzung über den Stadtjugendrat
der Großen Kreisstadt Fürstenfeldbruck
(Stadtjugendratssatzung - StjS)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-I), zuletzt geändert durch § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737), folgende Satzung:

§ 1
Aufgaben und Rechte

(1) Die Stadt Fürstenfeldbruck bildet einen Stadtjugendrat.

(2) Der Stadtjugendrat berät den/die Oberbürgermeister/in, die referierende Person im Bereich Jugend und den Stadtrat, sowie dessen Ausschüsse in jugendrelevanten Angelegenheiten der Stadt Fürstenfeldbruck. Der Beirat kann von sich aus Vorschläge, Anregungen, Stellungnahmen oder Gutachten abgeben, die dann im Stadtrat oder den zuständigen beschließenden Ausschüssen zu behandeln sind. Seine Beschlüsse haben empfehlenden Charakter. Der Stadtjugendrat ist an Weisungen nicht gebunden und erfüllt seine Aufgaben fachbezogen und uneigennützig.

(3) Wird eine Empfehlung des Stadtjugendrates in einer Ausschuss- oder Stadtratssitzung behandelt, kann dem den Vorsitz des Beirats ausübenden Mitglied des Stadtjugendrats oder dessen Stellvertretung im Rahmen der jeweils geltenden Geschäftsordnung das Wort erteilt werden.

(4) Für die Aufgaben und Aktionen des Stadtjugendrates werden im städtischen Haushalt jährlich Mittel zur Verfügung gestellt. Diese werden eigenverantwortlich verwaltet. Die Verwendungsnachweise darüber sind regelmäßig der Verwaltung vorzulegen.

§ 2
Zusammensetzung

(1) Der Stadtjugendrat besteht aus 11 Mitgliedern. Die Tätigkeit im Stadtjugendrat ist ehrenamtlich.

(2) Die Sitze im Stadtjugendrat werden auf zwei Altersgruppen verteilt:
Gruppe I (14 – 17 Jahre) erhält 6 Sitze,
Gruppe II (18 - 21 Jahre) erhält 5 Sitze.

§ 3
Wahlrecht, Wahlturnus, Wahltag

(1) Wahlberechtigt sind alle in Fürstenfeldbruck wohnenden jugendlichen Personen mit Hauptwohnsitz in Fürstenfeldbruck, unabhängig von ihrer

Staatsangehörigkeit, die am Wahltag mindestens 14 Jahre und nicht älter als 21 Jahre sind.

(2) Wählbar sind alle in Fürstenfeldbruck wohnenden jugendlichen Personen, die am Wahltag das 14. Lebensjahr vollendet und das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung können keine Beiratsmitglieder werden.

(3) Wahlen zum Stadtjugendrat finden alle 2 Jahre statt. Der jeweilige Wahltag wird vom/von der Oberbürgermeister/in rechtzeitig festgelegt.

§ 4
Wahlverfahren

(1) Jede wahlberechtigte Person wird von der Stadt Fürstenfeldbruck schriftlich aufgefordert, Wahlvorschläge einzureichen. Jeder Wahlvorschlag gilt für jeweils eine Person und muss von mindestens 10 Wahlberechtigten unterschrieben sein. Vorgeschlagene können ihren eigenen Wahlvorschlag nicht unterstützen. Aus dem Wahlvorschlag müssen die Namen und Adressen der unterstützenden Personen klar ersichtlich sein. Wahlvorschläge sind nur gültig, wenn ihnen darüber hinaus eine Einverständniserklärung der vorgeschlagenen Person beigefügt ist.

(2) Der Wahlvorschlag erstreckt sich auch darauf, als Ersatzmitglied in den Stadtjugendrat nachzurücken.

(3) Die Vorgeschlagenen sollen sich anlässlich einer Informationsveranstaltung, die von der Stadt Fürstenfeldbruck durchgeführt wird, vorstellen.

(4) Die Wahlvorschläge werden gemäß § 2 Abs. 2 in zwei Altersgruppen eingeteilt. Die Platzziffer auf dem Stimmzettel wird durch Losentscheid bestimmt.

(5) Jede wahlberechtigte Person kann 11 Stimmen vergeben - pro einer sich zur Wahl stellenden Person können bis zu zwei Stimmen gegeben werden.

(6) Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

(7) Die konkrete Durchführung des Wahlverfahrens wird in einer ergänzenden Wahlordnung geregelt.

§ 5
Amtszeit

(1) Die Amtszeit eines Stadtjugendratsmitgliedes (persönliche Amtszeit) beginnt mit Beginn der institutionellen Amtszeit (Absatz 2).

Sie endet durch:
a. Ablauf der institutionellen Amtszeit;
b. Aufgabe des Hauptwohnsitzes in Fürstenfeldbruck;
c. Abberufung nach Art. 86 des Bayerischen

Stadtrat 24.1.2020

Verwaltungsverfahrensgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung;
d. Niederlegung des Ehrenamtes nach Art. 19 der Gemeindeordnung (Verpflichtung zur Übernahme von Ehrenämtern) in seiner jeweils geltenden Fassung;
e. im Falle des Absatzes 3;
f. Tod.

Vollendet ein Mitglied des Stadtjugendrates während der institutionellen Amtszeit sein 21. Lebensjahr, so endet die persönliche Amtszeit damit nicht.

(2) Die Amtszeit des Stadtjugendrates (institutionelle Amtszeit) beträgt 2 Jahre. Der Beginn der ersten Amtszeit wird durch Stadtratsbeschluss festgelegt.

(3) Sinkt die Zahl der Stadtjugendratsmitglieder unter 6, so gilt der amtierende Stadtjugendrat als aufgelöst.

(4) Endet die persönliche Amtszeit eines Mitgliedes (Abs. 1 Satz 2), so rückt die Person mit der nächst höchsten gültigen Stimmenzahl nach. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(5) Ein Mitglied des Stadtjugendrates kann nicht gleichzeitig Mitglied des Stadtrates sein.

Stadtrat 21.12.2020

§ 6
Geschäftsgang

(1) Der Stadtjugendrat wählt aus seiner Mitte das den Vorsitz des Beirats ausübende Mitglied sowie zwei Personen für den stellvertretenden Vorsitz mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

(2) Das mit dem Vorsitz betraute Mitglied lädt und beruft den Stadtjugendrat zu den Sitzungen ein. Bis zur Wahl eines den Vorsitz des Beirats ausübenden Mitgliedes des Stadtjugendrats tritt der/die Oberbürgermeister/in an dessen Stelle. Diese/r kann die Ladung auf die referierende Person im Bereich Jugend allgemein oder im Einzelfall delegieren.

(3) Die Räumlichkeiten für die Sitzungen werden von der Stadt Fürstenfeldbruck zur Verfügung gestellt.

Die schriftliche Einladung zu den Sitzungen hat unter Beifügung der Tagesordnung den Mitgliedern mindestens 7 Tage vor dem Sitzungstermin zuzugehen. Der Stadtjugendrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt ist. Die referierende Person im Bereich Jugend und/oder der/die Oberbürgermeister/in werden zu den Sitzungen eingeladen; sie können daran beratend teilnehmen. Den Mitgliedern des Stadtrates wird die Einladung zeitgleich zur Kenntnis gegeben.

(4) Sämtliche Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.

(5) Über die diskutierten Tagesordnungspunkte sowie die entsprechend gefassten Beschlüsse ist in jeder Sitzung ein Protokoll zu führen, das dem/der Oberbürgermeister/in zuzuleiten ist.

(6) Der Stadtjugendrat kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 7
Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

(1) Die Tätigkeit im Stadtjugendrat ist ehrenamtlich.

(2) Die Mitglieder des Stadtjugendrates erhalten eine Entschädigung von 150,-- € pro Jahr der Amtszeit. Voraussetzung für die Ausbezahlung der Entschädigung ist die Teilnahme an mindestens 8 Stadtjugendratssitzungen pro Jahr der Amtszeit. Scheidet ein Mitglied während des Jahres aus dem Amt aus, so erhält es so viele Zwölftel der Jahresentschädigung nach Satz 1, als es volle Monate tätig gewesen ist, angefangene Monate gelten als volle Monate. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied des Stadtjugendrates das Amt während des Jahres antritt. Voraussetzung für die anteilige Ausbezahlung der Entschädigung bei Ausscheiden oder Amtsantritt eines Mitgliedes während der Amtszeit ist eine Teilnahme an mindestens zwei Drittel der bis zum Ausscheiden bzw. bis zum Ende eines Jahres der Amtszeit stattgefundenen Stadtjugendratssitzungen. Mitglieder des Stadtjugendrates, die Arbeiter oder Angestellte sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstausfalles.

(3) Das den Vorsitz ausübende Mitglied des Stadtjugendrates erhält über die Entschädigung nach Abs. 2 Satz 1 hinaus eine weitere Entschädigung von 100,-- € pro Jahr. Abs. 2 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

(4) Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt kalenderjährlich.

Stadtrat 25.11.2020

§ 8
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Fürstenfeldbruck, den 25.11.2020
Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Erich Raff
Oberbürgermeister

Bekanntmachungsvermerk:

Erlassen durch Stadtratsbeschluss vom 24.11.2020
Bekannt gemacht durch Anschlag an den städtischen Amtstafeln und Niederlegung im Rathaus in der Zeit vom …….. bis ……..

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die
8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 29.09.2020

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Erich Raff;
2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;
3. Bürgermeisterin:
Frau Dr. Birgitta Klemenz;
Stadtratsmitglieder:
Herr Dr. Robert Aldini; Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Dr. Marcel Boss; Herr Markus Britzelmair; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Herr Willi Dräxler; Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Herr Peter Glockzin; Herr Christian Götz; Herr Jan Halbauer; Herr Philipp Heimerl; Herr Franz Höfelsauer; Frau Tina Jäger; Herr Dr. Georg Jakobs; Herr Martin Kellerer; Herr Dr. Johann Klehmet; Herr Dieter Kreis; Frau Hermine Kusch; Herr Andreas Lohde; Frau Gina Merkl; Herr Franz Neuhierl; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Lisa Rubin; Frau Judith Schacherl; Herr Johann Schilling; Frau Katrin Siegler; Herr Florian Weber; Herr Prof. Dr. Klaus Wollenberg; Frau Dr. Alexa Zierl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Sachantrag Nr.125 von Die Partei & FREI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Grundsatzbeschluss zu Änderungen der städtischen Beiratssatzungen und der Geschäftsordnung**

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 1762/2019 vom 04.04.2020 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

...

Herr **StR Götz** beantragt, unter Buchstabe e) des Beschlussvorschlages den zweiten Satz „In den Beiräten soll mindestens ein Drittel Frauen als Mitglieder vertreten sein." zu streichen:

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen.

Herr **StR Lohde** und Frau **StR'in Schacherl** unterstützen den Antrag von Herrn StR Götz.

...

Herr **StR Droth** stellt die Besonderheit des Stadtjugendrats gegenüber den anderen städtischen Beiräten heraus. Der Stadtjugendrat wird durch eine Wahl der wahlberechtigen Kinder und Jugendlichen der Stadt Fürstenfeldbruck bestimmt, nicht durch die Beschlussfassung in den städtischen Gremien. Daher sollte das Antragsrecht – wie unter Buchstabe c) ausgeführt – für den Stadtjugendrat ausgespart werden. Er bittet für den Stadtjugendrat außerdem um nochmalige Prüfung des Antragsrechts, da dieser einen Sonderfall unter den Beiräten darstellt.

...

Herr **StR Halbauer** bezieht sich auf den Antrag von Herrn StR Götz und spricht sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den städtischen Beiräten aus und beantragt folgende Änderungen (A und B) zum ausgereichten Beschlussvorschlag, Buchstabe e):

Änderungsvorschlag A:

e) Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Änderungsvorschlag B:

e) Die Beiräte müssen zur Hälfte aus Frauen bestehen. Sollten sich nicht genügend Frauen bewerben, können diese Plätze auch von Männern besetzt werden. Dies gilt entsprechend anders herum.

Stadtrat 24.11.2020

Frau **StR'in Schacherl** beantragt zu Buchstabe d) des ausgereichten Beschlussvorschlages, über die Variante B abstimmen zu lassen.

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Abstimmung über den Änderungsantrag B von Herrn StR Halbauer:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen:22
Der Änderungsantrag B ist somit abgelehnt;
der Änderungsantrag A soll in der Beschlussfassung mit den weiteren vorgenannten Änderungsanträgen in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag mit berücksichtigt werden. Über die einzelnen Punkte (a) bis (e) wird einzeln abgestimmt.

Der Stadtrat fasst folgende

– teils geänderte – Beschlüsse:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die vorhandenen sechs Satzungen für die Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck zu überarbeiten. Dabei sind folgende Änderungen vorzunehmen:

a) Die Aufwandsentschädigung des einzelnen Beiratsmitgliedes für ein volles Tätigkeitsjahr wird ab 01.01.2021 von bislang 100 € auf 150 € erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

b) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung des vorsitzenden Beiratsmitglieds wird ab 01.01.2021 von bislang 50 € auf 100 € jährlich erhöht.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0

c) Das teilweise in den Beiratssatzungen formulierte Antragsrecht ist umzuformulieren in:

Der Beirat kann, falls dies die Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, auch aus eigener Initiative Vorschläge, Anregungen oder Stellungnahmen abgeben, die dann im Stadtrat bzw. den zuständigen Ausschüssen zu behandeln sind.

Dies gilt nicht für den Stadtjugendrat. Das Antragsrecht des Stadtjugendrates ist zu überprüfen.

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 4

Stadtrat 24.11.2020

d) Hinsichtlich der geschlechterneutralen Formulierung kommt für die Beiratssatzungen die geschlechtsneutrale Form (Variante B) zur Anwendung.

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 13

e) Bereits bei der Benennung der Beiratsmitglieder durch den jeweils vorberatenden Ausschuss wie auch bei der Bestellung durch den Stadtrat ist dem Verhältnis der männlichen und weiblichen Bewerber/-innen Rechnung zu tragen. Es wird eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern angestrebt.

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 5

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 11.11.2020

S. Huber

Sabine Huber
Schriftführerin

STADT FÜRSTENFELDBRUCK · BAYERN

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

Stadtrat
24.11.2020

Eine aus sämtlichen Gemeindebürgern gebildete beschließende **Gemeindeversammlung** anstelle eines gewählten Gemeinderats (vgl. Art. 28 Abs. 1 Satz 4 GG) sieht die Gemeindeordnung auch für kleinste Gemeinden nicht vor.

Der Ausdruck **„verwaltet"** ist in Art. 29 (anders als in Art. 1) im weitesten Sinne zu verstehen. Er umfasst nicht nur die nach außen gerichtete hoheitliche Tätigkeit, sondern auch die rein internen, geschäftsordnungs- und haushaltsmäßigen Maßnahmen sowie die gesamte nichthoheitliche (wirtschaftliche) Betätigung der Gemeinde, mag sie auf öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Grundlage stattfinden. 3

Mit der Formulierung „verwaltet" ist zum Ausdruck gebracht, dass der Gemeinderat der **Exekutive** zugerechnet wird und **kein Parlament** ist (s. hierzu etwa BVerfG vom 23. 2. 1972, BayVBl 1972, 294; vom 21. 6. 1988, BayVBl 1989, 146; BayVerfGH vom 23. 7. 1984, BayVBl 1984, 621 [623]; BayVGH vom 3. 4. 1990, BayVBl 1990, 468 m. w. N.; s. a. Art. 30 RdNr. 1). Dementsprechend sind auch verschiedene Regelungen aus dem parlamentarischen Bereich auf die Gemeinderatsebene nicht ohne weiteres übertragbar, so z. B. der Grundsatz der Diskontinuität, das Recht des Landtags auf Selbstauflösung (Art. 18 BV) und die parlamentarische Immunität und Indemnität (vgl. Art. 46 Abs. 1 GG; §§ 36, 37 StGB; s. jedoch Art. 51 Abs. 2 GO). Umgekehrt enthält die GO Regelungen, die parlamentarischen Regeln fremd sind, so etwa die Einrichtung beschließender Ausschüsse (Art. 32 Abs. 2), die Teilnahmepflicht (Art. 48 Abs. 1 Satz 1), das Verbot der Stimmenthaltung (Art. 48 Abs. 1 Satz 2; BayVerfGH, a. a. O.) und den Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49).

Art. 29 spricht eine Zuständigkeitsvermutung zugunsten des Gemeinderats aus (grundlegend nunmehr BayVGH vom 16. 2. 2006, BayVBl 2006, 370 = FSt 2006/242 zur nur subsidiär angelegten Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters gegenüber dem Gemeinderat). Die Verwaltungsbefugnis des Gemeinderats ist nur durch die gesetzlich festgelegten Befugnisse des **ersten Bürgermeisters** (RdNr. 10) und die mit G zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids vom 27. 10. 1995 (GVBl S. 730) eingeführten Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gemäß Art. 18 a **(Bürgerbegehren und Bürgerentscheid)** eingeschränkt (insofern wäre zur Klarstellung eine entsprechende Ergänzung des Art. 29 denkbar, etwa: „. . . oder ein Bürgerentscheid zustande kommt."). 4

3. „Beiräte", Kommissionen usw.

Die Regelung der Mitgliedschaftsrechte des Gemeinderats bzw. seiner Ausschüsse und der Befugnisse des ersten Bürgermeisters (s. in erster Linie Art. 29, 30 Abs. 2, 32, 37) ist abschließend (zum Antragsrecht berufsmäßiger und ehrenamtlicher Stadträte s. BayVGH vom 16. 7. 1980, BayVBl 1980, 656). Dritte, insbesondere **„Beiräte"** (Senioren-, Ausländer-, Sicherheitsbeiräte, Benutzerbeiräte in öffentlichen gemeindlichen Einrichtungen usw.) und **Kommissionen** jeder Art (z. B. Stadtgestaltungs-, Abfall-, Energiekommissionen usw.), „interfraktionelle" **Arbeits-** 5

gruppen, Projektgruppen u. Ä. können den Gemeinderat bzw. seine Ausschüsse sowie den ersten Bürgermeister bei der Erfüllung gewisser Aufgaben unter Einbringung externen Sachverstandes beraten und unterstützen, Anregungen und Empfehlungen aussprechen, nicht jedoch Anträge im Gemeinderat stellen oder anstelle des Gemeinderats Entscheidungen treffen (BayVGH vom 17. 2. 1999, BayVBl 1999, 657: Verstoß gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Art. 56 Abs. 1; s. allg. Troidl, Kommunale Beiräte, BayVBl 2004, 321; BayVGH vom 15. 3. 2004, BayVBl 2004, 494 = FSt 2004/316: kompetenzwidrige Entscheidung führt zu ihrer formellen Rechtswidrigkeit). Ihre Bildung ist Ausfluss des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts (Organisationshoheit), bedarf keiner besonderen gesetzlichen Grundlage und kann, je nach Zuständigkeit und Aufgabe, durch einfachen Gemeinderatsbeschluss, gemeindliche Satzung oder durch Verfügung des ersten Bürgermeisters erfolgen. Beiräte, Kommissionen usw. können aus Gemeinderatsmitgliedern und/oder dem Gemeinderat nicht angehörenden Personen zusammengesetzt und gewählt (gegen die Zulässigkeit einer „Urwahl" zu Unrecht Gern, Zur Zulässigkeit von kommunalen Beiräten, Unterausschüssen, Kommissionen und Komitees, VBlBW 1993, 127 [129]) bzw. vom Gemeinderat oder vom ersten Bürgermeister benannt sein. Aufgrund fehlender gesetzlich festgelegter Innen- sowie Außenrechtspositionen können Beiräte, Kommissionen usw. weder an Kommunalverfassungsstreitverfahren (RdNrn. 11 ff.) noch an Außenrechtsstreitigkeiten beteiligt sein. Zu Zulässigkeit und Aufgaben von Beiräten, Kommissionen usw. s. im Einzelnen Gern, a. a. O.; Herbert, Beratung der Gemeinde, NVwZ 1995, 1056 jew. m. w. N.).

Vgl. im Einzelnen speziell zu **Ausländerbeiräten**: Knemeyer, Mitwirkung von Ausländern im kommunalen Bereich, in: Studien zum Staats- und Völkerrecht, Kallmünz 1977, S. 123 [138]; Hoffmann, Beiräte – Wahlrecht – Bürgerrecht, Zur politischen Partizipation der nichtdeutschen Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1986; Schink, Die Mitwirkung von Ausländern an der kommunalpolitischen Willensbildung unterhalb des Wahlrechts in Nordrhein-Westfalen, VR 1988, 268; Parzefall, Zahl und Zusammensetzung der Ausländerbeiräte in Bayern, KommP 1988, 441; Wohlfahrt, Der Ausländerbeirat in der neuen saarländischen Gemeindeverfassung, VR 1990, 306; Böcher/Schardt, Der Ortsbeirat unter Berücksichtigung des Ausländerbeirats, Stuttgart u. a. 1997; zu **Sicherheitsbeiräten** s. Bek vom 17. 12. 1993, AllMBl 1994 S. 127.

4. Fraktionen

6 Bei **Fraktionen** (der Begriff „Fraktion" kommt in der GO, anders als z. B. in §§ 23, 105 MVKommVerf, nicht vor) handelt es sich um personell feststehende und bezifferbare Zusammenschlüsse politisch Gleichgesinnter innerhalb des Gemeinderats (ausführlich Fichtner, Die Fraktion im Bayerischen Gemeinderecht, Diss. Bayreuth 1997, S. 45 ff.). Fraktionen sind zumeist mit den in Art. 33 Abs. 1 genannten „Parteien und Wähler-

Stadtrat 24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Keine Gemeindeorgane sind

- die **Gemeinderatsfraktionen** (s. dazu Erl. 3.2 zu Art. 33 GO); sie sind aber als Vereinigungen im Sinn des § 61 Nr. 2 VwGO im Verwaltungsrechtsstreit **beteiligungsfähig** *(VGH n. F. 21, 74/76; VG Würzburg, BayVBl 1989, 153/154)*
- die **ehrenamtlichen und berufsmäßigen Gemeinderatsmitglieder** (Art. 40 GO), obwohl auch Gemeinderatsmitglieder als Organteile in einer kommunalverfassungsrechtlichen Streitigkeit Kläger sein können (s. hierzu z. B. das Recht des einzelnen Gemeinderatsmitglieds, dem Gemeinderat einen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen und die Aufnahme dieses Beratungsgegenstands in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung zu verlangen, *VGH n. F. 40, 16/18 = BayVBl 1987, 239/240*.
- die nach Art. 39 Abs. 2 GO **vom ersten Bürgermeister beauftragten Personen**
- die **Kassenverwalter** (Art. 100 Abs. 2 Satz 1 GO) (so auch *Bauer/Böhle/Ecker, RdNr. 1 zu Art. 29 GO* und *Hölzl/Hien/Huber, Anm. 3 zu Art. 29 GO*, jedoch umstritten)
- das **Rechnungsprüfungsamt** (Art. 104 GO)
- die **Vertreter eines Bürgerbegehrens** nach Art. 18a GO
- **Beiräte** (z. B. Ausländerbeirat, Behindertenbeirat, Sportbeirat, Seniorenbeirat) und **Kommissionen**; solche können als Ausfluss des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts eingerichtet werden, ohne dass es dazu einer gesetzlichen Grundlage bedarf *(VGH, BayVBl 2012, 303 = FSt 2012 RdNr. 248 = KommP BY 2012, 270)*. S. dazu auch Erl. 1 zu Art. 32 GO.

Ob die **Bürgerversammlung** (Art. 18 GO) Gemeindeorgan ist, erscheint zweifelhaft (offen in *VGH n. F. 43, 44/46 = BayVBl 1990, 718 = FSt 1990 RdNr. 192 = KommP BY 1990, 256 = APF 1991, 25*; s. dazu näher Erl. 1 zu Art. 18 GO).

Der **Gemeinde** ist die **Kenntnis eines Organmitglieds** auch dann **zuzurechnen**, wenn dieses nicht am Rechtsgeschäft mitgewirkt hat und bereits aus dem Amt ausgeschieden ist; denn der Bürger, der mit der Gemeinde etwa einen wirtschaftlich bedeutsamen Vertrag schließt, darf im Prinzip nicht schlechter gestellt werden, als wenn er es nur mit einer einzigen natürlichen Person zu tun hätte *(BGH, FSt 1990 RdNr. 302 = NJW 1990, 975)*.

Zur **Kommunalverfassungsstreitigkeit** s. Erl. 6.2 zu Art. 30 GO.

Ein Rechtsschutzbedürfnis für einen **Insichprozess** einer Gemeinde liegt dann vor, wenn die sich streitenden Organe, Organteile, Behörden oder Ämter der Gemeinde Träger eigener Rechte oder Pflichten sind, über die eine gemeinsame Spitze nicht selbst verbindlich entscheiden kann; die Möglichkeit eines Beanstandungsverfahrens nach Art. 59 Abs. 2 GO hindert die Gemeinde nicht an der Führung eines Insichprozesses *(BVerwGE 45, 207/209; BVerwG, NJW 1992, 927; VGH, BayVBl 2005, 405/409 = FSt 2005 RdNr. 257 = KommP BY 2005, 270/273 f.)*.

Die Fälle, dass ein Hauptorgan oder sogar beide Hauptorgane fehlen, sind teilweise in der GO, überwiegend aber im GLKrWG geregelt. Im Einzelnen geht es – abgesehen von den Sonderfällen der Art. 13 und 114 GO – um folgende Fälle:

- Wenn die Gemeinderatswahl für ungültig erklärt wurde, führt der erste Bürgermeister nach Art. 23 Abs. 3 GLKrWG die Geschäfte.
- Wurde nur die Bürgermeisterwahl für ungültig erklärt und ist zu Beginn der Wahlzeit des Gemeinderats noch kein erster Bürgermeister im Amt, so führt nach Art. 43 Abs. 3 GLKrWG ein von der Rechtsaufsichtsbehörde beauftragtes Gemeinderatsmitglied die Geschäfte.

Wolters Kluwer Deutschland ©

TOP Ö 9
Anlage 4

ZWEITER TEIL
Verfassung und Verwaltung der Gemeinde

1. ABSCHNITT
Gemeindeorgane und ihre Hilfskräfte

Art. 29 Hauptorgane[Erl. 1]

Die Gemeinde wird durch den Gemeinderat verwaltet,[Erl. 2] soweit nicht der erste Bürgermeister selbstständig entscheidet (Art. 37).[Erl. 3]

Erläuterungen:

Übersicht

1 Organe der Gemeinde
2 Verwaltung der Gemeinde
3 Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters

1 Organe der Gemeinde – Die **Gemeinde** als kommunale Gebietskörperschaft (Art. 1 Satz 1 GO) **handelt durch** ihre **Organe**. Diese verfassungsmäßigen Organe der Gemeinde müssen aufgrund des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts funktionsfähig sein und in der Lage bleiben, eigenständig und selbstverantwortlich über die Angelegenheiten der Gemeinde zu entscheiden und auf veränderte Umstände oder neue Entwicklungen zu reagieren *(VerfGH 33, 87/95 = BayVBl 1980, 400/402; 50, 181/203 ff. = BayVBl 1997, 622/625 = VwRR BY 1997, 311/316 = FSt 1998 RdNr. 1)*. Diese Maßstäbe binden nicht nur den einfachen, sondern auch den verfassungsändernden Gesetzgeber, da sie grundlegend auf den Tatbestand der Aushöhlung abstellen *(VerfGH, VwRR BY 2000, 244/246 = FSt 2000 RdNr. 207 Ziff. 2 = BayVBl 2000, 460/461)*.

Neben den gemeindlichen „Hauptorganen" **Gemeinderat und erster Bürgermeister** gibt es, wie schon aus der Überschrift des 1. Abschnitts des Zweiten Teils der GO zu schließen ist, **weitere Gemeindeorgane**. Es handelt sich dabei um Organisationseinheiten oder um natürliche Personen, deren Handlungen der Gemeinde zugerechnet werden *(VGH, BayVBl 1988, 432/433 = NJW 1988, 2754/2755)*.

Weitere Gemeindeorgane sind daher

- die beschließenden und die vorberatenden **Gemeinderatsausschüsse** (Art. 32 GO), obwohl sie keine originäre Zuständigkeit haben und jederzeit aufgelöst werden können (bestritten; so auch *Widtmann/Grasser/Glaser, RdNr. 6 zu Art. 29 GO* und *VGH, BayVBl 1988, 432/433 = NJW 1988, 2754/2755*; a. A. noch *VGH n. F. 35, 22/24 f. = BayVBl 1982, 536*). Nach anderer Auffassung sind Ausschüsse keine selbstständigen Organe, sondern nur Teilorgane des Gemeinderats (s. dazu *Sennhenn in KommP BY 2004, 92*). Da es für die Frage der Stellung als Gemeindeorgan entscheidend auf die Willensbildung und nicht auf die Kompetenz zur Fassung von Beschlüssen ankommt, erstreckt sich der Organbegriff auch auf die (nur) vorberatenden Ausschüsse (s. dazu insbesondere *Schreiber in BayVBl 2000, 129*). Damit sind auch diese in einer kommunalverfassungsrechtlichen Streitigkeit nach § 61 VwGO beteiligungsfähig.
- die **Bezirksausschüsse** (Art. 60 Abs. 2 GO); s. auch Erl. 4 zu Art. 60 GO
- die **Ortssprecher** (Art. 60a GO); s. auch Erl. 8 zu Art. 60a GO
- der **Werkausschuss** und die **Werkleitung der Eigenbetriebe** (Art. 88 GO)
- die **weiteren Bürgermeister** (Art. 35, 39 Abs. 1 Satz 1 GO), soweit sie den ersten Bürgermeister vertreten.

Stadtrat 24.11.2015

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2274/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Erholungsgebiet Pucher Meer, Vorstellung des Sicherheitskonzeptes (Vorabempfehlung)			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	Amt2/SG24-Bo	Erstelldatum	28.10.2020	
Verfasser	Bogner, Doris	Zuständiges Amt	Amt 2	
Sachgebiet	24 Immobilienmanagement	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Vorberatung	16.11.2020	Ö
2	Stadtrat	Entscheidung	24.11.2020	Ö

Anlagen:	① Sicherheitskonzept Kanzlei TACKE, KRAFFT vom 06.08.2020

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt das Sicherheitskonzept umzusetzen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt eine Hausordnung durch die Kanzlei „TACKE, KRAFFT“ ausarbeiten zu lassen.

Referent/in	Kellerer / CSU		Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		keine		
Umweltauswirkungen		keine		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Nein		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag		unbekan		€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Um die Möglichkeit zu schaffen, die Badeinsel im Pucher Meer wieder einzusetzen, wurde ein Rechtsgutachten bei der Kanzlei „TACKE KRAFFT“ beauftragt. Das Gutachten zeigt umfassend auf, wie die Verkehrssicherheit am kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ erreicht wird und damit die Möglichkeit geschaffen werden kann eine möglichst haftungssichere Zurverfügungstellung der Badenutzung für die Bürgerinnern und Bürger zu gewährleisten. Das nun mehr im Entwurf vorliegende, sehr umfangreiche Sicherheitskonzept (Vorabempfehlung) finden Sie in Anlage 1.

Das als Anlage 1 beiliegende Sicherheitskonzept besteht aus folgenden Teilen:

- Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“
- Anlage 1: Vorabempfehlung zum Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer“ hinsichtlich der Aufhebung der Satzung. Ein Beschluss hierzu ist in der heutigen Sitzung in einem eigenen TOP vorgeschlagen.
- Anlage 2: Vorabempfehlung zum Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer“, Hier Erlass einer „Hausordnung“ zur Regelung des Betriebs und der Benutzung des Pucher Meeres
- Anlage 3 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Allgemeine Informationstafel „Sicherheitshinweise“)
- Anlage 4 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Hinweistafel Lageplan und Hausordnung)
- Anlage 5 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Gefahrenstelle „Plötzliche Tiefenänderungen in der südlichen Flachwasserzone“)
- Anlage 6 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Gefahrenstelle „Steg und schwimmende Plattform“ der Wasserwacht)
- Anlage 7 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Gefahrenstelle „Slipanlage“ der Wasserwacht)
- Anlage 8 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Gefahrenstelle „Betongusssteine im östlichen Uferbereich)
- Anlage 9 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Gefahrenstelle „Plötzliche Tiefenänderung im östlichen Uferbereich)
- Anlage 10 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“ (Gefahrenstelle Badeinsel/n)

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Umsetzung müssen im Haushalt 2021 zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat 24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Anlage 1

TACKE KRAFFT

TACKE KRAFFT Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB | Rindermarkt 3 und 4 | 80331 München

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Sachgebiet 24 - Immobilienmanagement
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Partner
Dr. Georg Krafft
Dr. Götz Tacke
Christian Koller
Fachanwalt für Medizinrecht
Lehrbeauftragter der TU München

Rechtsanwälte
Nicole Tassarek-Schröder
Eva-Maria Rönsberg
Fachanwältin für Verwaltungsrecht
Dr. Frank Zentz, LL.M. (Emory)
Fachanwalt für Medizinrecht
Fachanwalt für Bau- u. Architektenrecht
Anna Herzig
Fachanwältin für Medizinrecht
Dr. Julia Gräf
Fachanwältin für Medizinrecht

München, **6. August 2020**

Stadtrat 24.11.2020

Beschilderungskonzept

für den

kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“

für die

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
- Auftraggeberin (AG) -

von

Tacke Krafft PartG mbB
dort: Rechtsanwalt Dr. Georg Krafft
- Auftragnehmerin (AN) -

Ansprechpartner:
RA Dr. Georg Krafft
E-Mail:
georg.krafft@tacke-krafft.de

Assistenz:
Stefanie Grahl

Unser Zeichen:
45/20 KR01 SG

TACKE KRAFFT
Rechtsanwälte in
Partnerschaft mbB

Rindermarkt 3 und 4
80331 München
Tel. +49 89189443-0
Fax +49 89189443-33

www.tacke-krafft.de

Stadtsparkasse München
IBAN: DE18 7015 0000 0087 1637 54
SWIFT-BIC: SSKMDEMM

USt-ID: DE 814 151 157
AG München PR 536

Inhaltsverzeichnis:

A Vorbemerkung und Gutachtenauftrag 4

I. Einführung 4

II. Vorbehalte 4

B Sachverhalt 6

I. Protokoll Ortstermine/Fragebogen/Umsetzung von Vorabempfehlungen 6

II. Besondere Gefahrenstellen 6

III. Grenzen des Beschilderungskonzepts 7

IV. Besondere tatsächlich Prämissen 7

C Rechtliche Prämissen der Beschilderung 9

I. Haftungsmaßstab 9

II. Grundsätze 9

III. Der Begriff „Beschilderung“ 11

IV. Notwendigkeit einer Beschilderung („Ob“ der Gefahrbewältigung) 11

1. Vorbehalt des Zumutbaren und Erforderlichen 11

2. Warnpflicht vor atypischen Gefahren und lebensbedrohlichen „Fallen“ 13

3. „Beachtensvermutung“ der Rechtsprechung (Kausalität) 14

4. Zwischenergebnis 15

V. Rechtliche Anforderungen an das „Wie“ einer „Beschilderung“ 15

1. Adressaten der „Beschilderung“ 15

1.1 Grundsatz 15

1.2 Bestimmung des „durchschnittlichen“ Adressatenkreises 16

2. Bauliche Ausführung, ... 17

Standtag 24.11.2020

120

2.1 Situierung der Hinweise 17
2.2 Häufigkeit der Hinweise 18
2.3 Zwischenergebnis 19

VI. Geeignetheit der Warnung 19

1. Inhalt der Warnschilder 20

2. Orientierung an DIN 21

3. Notwendigkeit einer Verbotserklärung 23

D Wirkung des Beschilderungskonzepts, insbesondere im Hinblick auf die Wasseraufsicht 25
E Konkretes Konzept 29

I. Vorbemerkung 29

II. Beschilderungskonzept 29

1. Stufe 1: Allgemeine Informationstafeln an den Eingangsbereichen 30

2. Stufe 2: „Vor Ort" Warnhinweise 30

III. Konkrete Umsetzung des „Beschilderungskonzepts" 31

1.1 Stufe 1 31
1.2 Stufe 2 31

IV. Entfernung der Bestandsbeschilderung 32

F Bearbeitervermerke und Hinweise 33

I. Hinweis zu den gutachterlichen Befunden 33

II. Urheberrechtliche Hinweise 33

Stadtarchiv 24.11.2020

A Vorbemerkung und Gutachtenauftrag

I. Einführung

1 Mit Schreiben vom 06.02.2020 beauftragte die AG die AN mit der Erstellung eines Sicherheitskonzepts zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit an dem kommunalen Badeplatz „Pucher Meer".

2 Aus zeitlichen Gründen sind AG und AN übereingekommen, dass zunächst ein vorläufiges Sicherheitskonzept erstellt wird, um eine möglichst haftungssichere Zurverfügungstellung der Badenutzung des kommunalen Badeplatzes für die Bürgerinnen und Bürger in der laufenden Badesaison 2020 zu gewährleisten. Teil dieses vorläufigen Sicherheitskonzepts ist die folgende Vorabempfehlung zur Beschilderung (Beschilderungskonzept). Mit ihrer Umsetzung wird eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der Ziele des (endgültigen) Sicherheitskonzepts für den kommunalen Badeplatz geschaffen.

3 Mit den anlässlich der Ortstermine gewonnenen Erkenntnisse und auf Grundlage der von der AG erteilten Informationen wurden die „besonderen Gefahrenstellen" am Badeplatz identifiziert (vgl. Teil B).

4 Mit dem vorliegenden Kurzgutachten soll außerdem dargestellt werden, aus welchen rechtlichen Erwägungen das Beschilderungskonzept für die AG hergeleitet wird (vgl. Teil C) und welche rechtlichen Konsequenzen das Beschilderungskonzept in Bezug auf das „Erfordernis" einer Wasseraufsicht hat (vgl. Teil D).

5 Die konkreten Umsetzungshinweise bzw. Vorgaben für das Beschilderungskonzept ergeben sich aus Teil E sowie den Anlagen zu diesem Kurzgutachten.

II. Vorbehalte

6 Das Beschilderungskonzept unterliegt in mehrfacher Hinsicht einem Vorläufigkeitsvorbehalt, der hier wie folgt noch einmal konkretisiert werden soll:

7 Die Finalisierung des Haftungsgutachtens und des Sicherheitskonzepts wird erst nach der „Saison 2020" erfolgen können. Insoweit ist die Gefahrenanalyse (dazu näher unter Rz. 13 ff.) im Nachgang ggf. erneut zu aktualisieren.

Projekt 122 Beispiels

8 Etwaige naturschutzrechtliche standortbezogene Belange der Beschilderung bleiben der Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden vorbehalten.

Stadtrat 24.11.2020

B Sachverhalt

I. Protokoll Ortstermine/Fragebogen/Umsetzung von Vorabempfehlungen

9 Die AN hat am 22.05.2020 und am 30.05.2020 Ortstermine am „Pucher Meer" durchgeführt. Hinsichtlich der Ergebnisse wird auf die jeweiligen Protokolle verwiesen.

10 Anlässlich der Ortstermine hat die AN diverse Vorabempfehlungen ausgesprochen.

11 Die AG hat außerdem weitere Informationen zur Verfügung gestellt. Auf den ausgefüllten Fragebogen sowie die geführte E-Mail-Korrespondenz mit der AG und der Wasserwacht wird ebenfalls verwiesen.

II. Besondere Gefahrenstellen

12 Anlässlich der Ortstermine wurden die nachfolgend aufgelisteten Anlagen als „besondere Gefahrenstellen"[1] identifiziert:

(1) „Tiefenänderung in der südlichen Flachwasserzone" (vgl. Rz. 14 ff. des Protokolls des Ortstermins),

(2) „Steg und schwimmende Plattform" der Wasserwacht (vgl. Rz. 20 ff. des Protokolls des Ortstermins i.V.m. Frage 3 der E-Mail der Wasserwacht vom 16.07.2020),

(3) „Slipanlage" der Wasserwacht (vgl. Rz. 20 ff. des Protokolls des Ortstermins i.V.m. Frage 3 der E-Mail der Wasserwacht vom 16.07.2020),

(4) „Betongusssteine im östlichen Uferbereich" (vgl. Rz. 24 ff. des Protokolls des Ortstermins,

(5) „Tiefenänderung in der östlichen Flachwasserzone (FKK-Bereich)" (vgl. Rz. 22 ff., 29 ff. des Protokolls des Ortstermins),

[1] Die Reihenfolge der Aufzählung entspricht dem Rundgang beim Ortstermin am 22.05.2020 beginnend im Süden des Badeplatzes im Uhrzeigersinn.

Stadtrat 24.11.2020

(6) Trampelpfade (vgl. Rz. 33 ff. des Protokolls des Ortstermins).

(7) „Badeinseln" (vgl. Rz. 46 des Protokolls des Ortstermins).

13 Zu (1) und (5): Bezüglich der Gefahrenstellen „Tiefenänderungen" verweisen wir ergänzend auf unsere Vorabhinweise im Protokoll vom 07.07.2020 unter Rz. 28 ff.

14 Zu (4): Ergänzend zu **Anlage 8** „Gefahrenstelle Betongusssteine" wird auf die E-Mail des Unterzeichners vom 28.07.2020 verwiesen.

15 Zu (6): Die Gefahrenstelle „Trampelpfad" wird bewältigt durch den Hinweis in unseren Sicherheitshinweisen, dass sich die Benutzer auf den ausgewiesenen Wegen zu halten haben (**Anlage 3**). Außerdem sollen die freigegebenen Wege auf dem Lageplan ausgewiesen und das obige Gebot noch einmal in der Hausordnung wiederholt werden (**Anlage 4**).

16 Zu (7): Es wird davon ausgegangen, dass die momentan nicht installierten Badeinseln erneut ausgebracht werden. Deshalb sind sie im Beschilderungskonzept schon berücksichtigt. Allerdings bedarf die bauliche Ausführung, Situierung etc. noch der genauen Abstimmung zwischen AG und AN. **Anlage 10** ist daher nicht als abschließend zu verstehen.

17 Die im vorläufigen Protokoll vom 07.07.2020 unter Rz. 39 f. und 42 ff. beschriebene Gefahrenstelle „Grillplätze" wird von der AG beseitigt.

III. Grenzen des Beschilderungskonzepts

18 Ausdrücklich nicht umfasst vom Beschilderungskonzept sind:

- die Zufahrt und Rettungswege zu dem Badeplatz sowie
- die Parkplätze.

IV. Besondere tatsächlich Prämissen

19 Dem vorgeschlagenen Beschilderungskonzept sind die folgenden tatsächlichen Umstände zugrunde zu legen und noch einmal in Erinnerung zu rufen:

Stand: 17.12.2020

- Die Nutzung des Badeplatzes ist entgeltfrei.
- Das Gelände des Badeplatzes für jedermann frei zugänglich.
- Das südöstlich gelegene Gelände des Kieswerks ist durch einen Zaun von dem Areal des Badeplatzes räumlich getrennt.
- Die Benutzungssatzung wird aufgehoben.
- Eine ständige Badeaufsicht bzw. Wasseraufsicht ist nicht vorgesehen. Die Wasserrettung übernimmt die Wasserwacht, die nur temporär vor Ort ist.
- Bei dem zu begutachtenden Gewässer handelt es sich um einen Baggersee, der durch unterirdische Quellen gespeist wird.
- Der See weist keine starken Wasserstandschwankungen auf (ca. 20-30 cm).
- Das Gelände nebst Umgriff steht nicht unter Naturschutz.
- Die Möglichkeiten zum Baden im nördlichen Bereich sind aufgrund des Bewuchses beschränkt.

Stadtrat 21.11.2020

C Rechtliche Prämissen der Beschilderung

I. Haftungsmaßstab

20 Die Haftungsprivilegierungen der „freien Natur" sowie des gewässerrechtlichen Gemeingebrauchs können nur dann in Anspruch genommen werden, wenn das Gebiet des Badeplatzes „Pucher Meer" **nicht** dem Geltungsbereich einer Satzung unterworfen und damit gewidmet ist.

21 Daher empfiehlt die AN der AG die Satzung, zuletzt geändert im Juni 2010, aufzuheben. Die rechtliche Begründung hierzu entnehmen Sie bitte unserer

- Vorabempfehlung „Aufhebung der Satzung"

- Anlage 1 –

22 Damit haftet die AG nur noch für sogenannte atypische Gefahren. Außerdem entfällt von vornherein der mögliche Strafverschärfungsgrund z.B. des § 340 StGB („Körperverletzung im Amt").

23 Die Satzung kann durch eine **Hausordnung** ersetzt werden. Mit gewissen Einschränkungen können darin die ortsrechtlichen Bestimmungen übernommen werden. Näheres finden Sie in der

- Herleitung der Hausordnung

- Anlage 2 -

II. Grundsätze

24 Das Beschilderungskonzept steht im Spannungsfeld zwischen der Ausübung des grundrechtlich geschützten Gemeingebrauchs (Art. 141 Abs. 3 S. 1 BV) und seiner notwendigen Begrenzung, die insbesondere aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht, aber auch aufgrund von naturschutzrechtlichen Belangen geboten ist. Im Rahmen des vorliegenden Konzepts wird geklärt, wie die AG die rechtlich gebotenen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte erfüllen kann.

Gradtrat 24.11.2020

127

25 Auch wenn bislang ein Beschilderungskonzept zur Ausübung des Gemeingebrauchs in einem Naturgewässer noch nicht zur richterlichen Überprüfung unter dem Aspekt der Verkehrssicherungspflichten gestellt wurde, gibt es zur Frage der Beschilderung durchaus Anhaltspunkte in der Rechtsprechung:

26 Verkehrssicherungspflichten können mit geeigneten Warnungen/Hinweisen erfüllt werden. Der BGH hat in diesem Zusammenhang schon früh anerkannt, dass sich zwar das

„Ob" der Erfüllung einer Verkehrssicherungspflicht

nach festen, insbesondere den von der Rechtsprechung aufgestellten Kriterien bemisst und nicht der Disposition des Pflichtigen unterliegt.

27 Das

„Wie" der Gefahrbeseitigung,

also auf welche Art und Weise eine gebotene Gefahrenabwehr zu erfolgen hat, steht allerdings ***„im Ermessen"*** des Verkehrssicherungspflichtigen.

BGH v. 27.01.1958 – III ZR 4/57 = NJW 1958, 545

28 Die Ausübung des Ermessens wiederum unterliegt aus nachvollziehbaren Gründen zwingenden **Schranken.** Sie geben im Ergebnis die Anforderungen an die

Geeignetheit

der Maßnahmen vor („Postulat der Geeignetheit").

29 Sämtliche der nachfolgend vertieft dargestellten rechtlichen Prämissen für eine Beschilderung im Sinne des Konzepts sind schließlich noch, einem „Überbau" gleich, an den

Umständen des Einzelfalls

zu messen. Hierzu im Einzelnen wie folgt:

Stadtrat 21.11.2020

III. Der Begriff „Beschilderung“

30 Der Terminus „Beschilderung“ bzw. „Beschilderungskonzept“ ist in einem weiteren Sinne zu sehen, mithin als

„Zugänglichmachen“

der (notwendigen) Informationen

für die angesprochenen Verkehrskreise

in geeigneter Form.

31 Schilder in Form von Tafeln müssen demnach dann und nur dort aufgestellt bzw. angebracht werden, wo es unbedingt erforderlich und/oder sinnvoll ist. Wenn deshalb in der Folge von „Beschilderung“ die Rede ist, ist damit jede geeignete Form der notwendigen Informationserteilung an die Adressaten gemeint.

129

IV. Notwendigkeit einer Beschilderung („Ob“ der Gefahrbewältigung)

32 Zunächst muss geklärt werden, ob und für welchen Sachverhalt ein Hinweis bzw. eine Warnung geboten ist.

1. Vorbehalt des Zumutbaren und Erforderlichen

33 Das Entstehen einer Verkehrssicherungspflicht unterliegt dem Vorbehalt der Zumutbarkeit und Erforderlichkeit. Für das Beschilderungskonzept gilt der von der Rechtsprechung entwickelte Grundsatz, wonach Maßnahmen zur Gefahrenabwehr dann nicht geboten sind, wenn ein gefährlicher Zustand gleichsam **„vor sich selbst“ warnt** und sich der Benutzer **darauf einstellen** und ihm ausweichen kann.

> *OLG Hamm, Urt. v. 09.06.2016 – I-6 U 35/16 = NJW-RR 2017, 405, Rz. 9 zu einem für den Verkehr geöffnetes Industriedenkmal mit Verweis auf OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.11.2010 – 5 U 56/10 = BeckRS 2011, 1782*

34 Dem durchschnittlichen „Badenutzer", der den Gemeingebrauch in der zugelassenen Form ausüben möchte, muss schon aufgrund der äußerlich erkennbaren Verhältnisse bewusst sein, dass bereits der erlaubte (und erst Recht der nicht erlaubte) Gemeingebrauch mit gewissen Gefahren verbunden ist.

Mit anderen Worten: Es kann seitens des Verkehrssicherungspflichtigen ein gewisses Gefahrbewusstsein vorausgesetzt werden, das den durchschnittlichen „Badenutzer" zu einem angepasst-vorsichtigen Verhalten anhält.

35 Sind dementsprechend Gefahren ohne weiteres erkennbar und kann die Realisierung der Gefahr durch angepasstes Verhalten vermieden werden, müssen schon keine Maßnahmen zur Gefahrabwehr ergriffen werden.

36 **Für das Beschilderungskonzept wird jedoch der Grundsatz des „sichersten Weges" zu Grunde gelegt. Im Zweifel wird deshalb auch auf solche Gefahren hingewiesen, die eigentlich erkennbar sind bzw. bei einigermaßen verständiger Prüfung und durchschnittlichen intellektuellen Fähigkeiten hätten erkannt werden müssen** (z.B. Warnung vor Sprüngen ins seichte Wasser).

37 Ein Anerkenntnis einer Verkehrssicherungspflicht ist mit einer solchen überobligatorischen Maßnahme (Erfüllung einer nicht bestehenden Pflicht) im Einklang mit der Rechtsprechung grundsätzlich **nicht verbunden.**

OLG München v. 09.09.2010 – 1 U 2898/10 = BeckRS 2010, 25725

38 Es wird allerdings empfohlen, einen allgemeinen Hinweis darauf, dass eine fehlende Beschilderung keine uneingeschränkte Eignung des Gewässers und des Geländes für das Baden und das Bewegen in der freien Natur garantiert, in die finale Beschilderung aufzunehmen (vgl. hierzu unseren Formulierungsvorschlag unter Ziff. 2 der Sicherheitshinweise, welcher diesem Beschilderungskonzept als Anlage beigefügt ist). Denn in **Extremfällen** kann überobligatorisches Verhalten durch die Schaffung eines Vertrauenstatbestandes Verkehrssicherungspflichten begründen.

OLG Brandenburg v. 22.06.2004 – 2 U 36/03 = BeckRS 2004, 10538
für Räum- und Streupflichten

Dokument 16-Beispiel

2. Warnpflicht vor atypischen Gefahren und lebensbedrohlichen „Fallen"

39 Eine Warn- bzw. Hinweispflicht in der „freien Natur" besteht **nur für sogenannte atypisch-verdeckte Gefahren**.

BGH, Urt. v. 02.10.2012 - VI ZR 311/11 – „Wald-Entscheidung"

Liegt eine „naturtypische" Gefahr vor, sind also **grundsätzlich keine Maßnahmen zur Gefahrenabwendung geboten.**

40 Eine Ausnahme gilt nach der Rechtsprechung des BGH

BGH, Urt. v. 18.10.1988 – VI ZR 94/88 = NJW-RR 1989, 219 ff. - „Baggersee-Entscheidung"

allerdings dann, wenn eine (naturtypische) Gefahr eine lebensbedrohliche „Falle" darstellt bzw. der äußere Eindruck der Gefahrlosigkeit „vorgetäuscht" wird.

41 Eine Warnpflicht knüpft hierbei an die nachfolgenden Voraussetzungen an:

- Kenntnis desjenigen, der eine Gefahr geschaffen hat und/oder die Gefahrenquelle beherrscht, von einer konkreten, besonders gefahrträchtigen, aktuell bestehenden Situation, die
- für den Naturnutzer plötzlich auftritt, nicht erkennbar ist und auf die er sich nicht einstellen kann, wodurch wiederum
- absehbar hochrangige Rechtsgüter (Leib und Leben) gefährdet werden.
- Zudem muss die Gefahrbeseitigung zumutbar sein.

42 Nach der Rechtsprechung **genügen** üblicherweise geeignete **Warnhinweise**, die auf solche Gefahren hinweisen und deren Funktion regelmäßig kontrolliert wird, zur **Gefahrabwehr**. Denn damit wird eine atypisch-verdeckte Gefahr für den Benutzer offenkundig.

OLG München, Urt. v. 15.03.2012 - 1 U 1727/10 = BeckRS 2012, 06531

Stand: 11.2020

43 Entsprechendes gilt für (naturtypische) Gefahren, die eine lebensbedrohliche Falle darstellen.

BGH, Urt. v. 18.10.1988 – VI ZR 94/88 = NJW-RR 1989, 219 ff. - „Baggersee-Entscheidung"

3. „Beachtensvermutung" der Rechtsprechung (Kausalität)

44 Eine entscheidende rechtliche Bedeutung im Zusammenhang mit der Gefahrabwehr durch Informationen hat die sogenannte

Beachtensvermutung

des BGH.

45 Bei der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten, die typischen Gefährdungen entgegenwirken sollen, findet der Beweis des ersten Anscheins Anwendung, wenn sich in dem Schadensfall gerade diejenige Gefahr verwirklicht, der durch die Auferlegung bestimmter Verhaltenspflichten begegnet werden soll. Es besteht deshalb eine tatsächliche Vermutung dafür, dass sich eine Person bei einem entsprechenden Hinweis auf eine besondere Verletzungsgefahr hinweisgerecht verhalten und das schadenkausale Verhalten unterlassen bzw. sich bei vollständiger Information nicht in die Gefahrsituation begeben hätte.

BGH, Urt. v. 03.06.2008 – VI ZR 223/07 = BeckRS 2008, 12914, Rz. 17; BGH, Urt. v. 18.10.1988 – VI ZR 94/88 = NJW-RR 1989, 219 ff. - Kinder; BGH, Urt. v. 26.05.1998 – VI ZR 183/97 = NJW 1998, 2436, 2437; OLG Köln, Urt. v. 23.11.1994 – 2 U 91/94 = BeckRS 9998, 13065 – Straßenverkehr; a.A. OLG Köln v. 20.01.2012 - 19 U 167/11 = BeckRS 2012, 19783; dabei handelt es sich aber erkennbar um eine Einzelfallentscheidung.

46 Mit anderen Worten: Der BGH vermutet, dass Hinweis- und Warnschilder auch beachtet werden, wenn nicht besondere Umstände dagegensprechen und sie in ihrer Aussage hinreichend klar und verständlich sind.

47 Dies gilt nach der Rechtsprechung des BGH auch gegenüber Kleinkindern, wenn die Schilder durch bildliche Darstellung sozusagen „kindgerecht" gestaltet wurden.

BGH, Urt. v. 18.10.1988 – VI ZR 94/88 = NJW-RR 1989, 219 ff.

Entwurf 12.2020

48 Umgekehrt folgt daraus, dass ein unterlassener oder missverständlicher oder unklarer Hinweis (oder eine defizitäre Warnung) kausal für den eingetretenen Schaden und damit grundsätzlich haftungsbegründend ist.

4. Zwischenergebnis

49 Als Zwischenergebnis ist festzuhalten, dass für das Beschilderungskonzept der Grundsatz des „sichersten Weges" zu Grunde gelegt wird. Im Zweifel wird deshalb auch auf solche Gefahren hingewiesen, die eigentlich erkennbar sind bzw. bei einigermaßen verständiger Prüfung und durchschnittlichen intellektuellen Fähigkeiten hätten erkannt werden müssen (z.B. Warnung vor Sprüngen ins seichte Wasser). Liegt hingegen eine „naturtypische" Gefahr vor, sind also grundsätzlich keine Maßnahmen zur Gefahrenabwendung geboten.

50 Sobald ein Hinweis bzw. eine Warnung erfolgt ist, darf vermutet werden, dass die Hinweis- und Warnschilder auch beachtet werden, wenn nicht besondere Umstände dagegensprechen.

V. Rechtliche Anforderungen an das „Wie" einer „Beschilderung"

51 Wie oben schon ausgeführt, steht das „Wie" der Gefahrbeseitigung „im Ermessen" des Verkehrssicherungspflichtigen. Der dadurch vermittelte Beurteilungsspielraum besteht jedoch nicht unbegrenzt. Es müssen einige zwingende grundsätzliche Anforderungen beachtet werden, da auch ein nicht sicht- und erkennbarer oder missverständlicher oder unklarer Hinweis (oder eine entsprechend defizitäre Warnung) haftungsbegründend sein kann.

1. Adressaten der „Beschilderung"

52 Um die genauen Anforderungen an eine „Beschilderung" zu klären, muss zunächst der potentielle Adressatenkreis bestimmt werden.

1.1 Grundsatz

53 Der Verständnishorizont der Adressaten (Benutzerkreis) kann unterschiedlich sein. Der Verkehrssicherungspflichtige ist schon aus Gründen der „Zumutbarkeit" nicht

Stand: 17.12.2014

gehalten, alle möglichen Defizite aller in Betracht kommender Adressaten aufzufangen. Vielmehr ist als Verständnishorizont grundsätzlich der allgemeine Durchschnitt ohne Berücksichtigung etwaiger individueller intellektueller Verständnisdefizite oder fehlender Fähigkeiten maßgebend.

54 Eine Ausnahme gilt allerdings in Bezug auf Kinder. Werden diese z.B. durch verdeckt-atypische Gefahren lebensbedrohlich gefährdet, muss mittels geeigneter bildlicher Darstellungen (Piktogramme) auf Gefahren hingewiesen werden. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Kinder geschriebene Hinweise/Warnungen nicht lesen (können) oder nicht verstehen.

55 Des Weiteren gibt es Tendenzen, dass sich der Benutzerkreis auf Personen erweitert, die der deutschen Sprache und/oder der lateinischen Schrift nicht mächtig sind (z.B. Asylsuchende/ Touristen). Entsprechendes gilt für das Risikobewusstsein dieses Personenkreises.

56 Im Einzelfall können daher insoweit Maßnahmen erforderlich oder nach dem Prinzip des „sichersten Weges" angezeigt sein, die sicherstellen, dass vor allem Warnungen von Kindern und sonstigen Personen mit Verständnisdefiziten verstanden werden. Eine „kindgerecht-verständliche" Gestaltung von Warnungen stellt nach der Rechtsprechung die Verwendung von

Piktogrammen

dar.

1.2 Bestimmung des „durchschnittlichen" Adressatenkreises

57 Die nähere Ausgestaltung der (Warn)Hinweise bemisst sich nach den „betroffenen" Verkehrskreisen, also den Personen, die sich in der „freien Natur" bewegen, um den Gemeingebrauch des „Badens" zu verwirklichen.

58 Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und Beobachtungen am Badeplatz (vgl. hierzu den von der AG ausgefüllten Fragebogen) umfasst der Nutzerkreis alle Teile der Bevölkerung, also Familien mit Kindern, Jugendliche, junge Erwachsene und Senioren, als auch sportliche Schwimmer.

TÜV Rheinland 07202

59 Kleinkinder und Kinder (bis zu zehn Jahren) sind hierbei in der Regel nur in Begleitung von Aufsichtspersonen anzutreffen. In Ausnahmefällen ist sicherlich denkbar, dass diese das Gewässer ohne Aufsicht aufsuchen. Näher liegt indes, dass sie sich von den aufsichtspflichtigen Personen „im Spiel" entfernen. Der Verkehrssicherungspflichtige darf aber grundsätzlich darauf vertrauen, dass die Aufsichtspersonen ihren Pflichten hinreichend nachkommen. Dass dieses Vertrauen gerechtfertigt ist, zeigen die Gefahrenanalysen. Danach sind bis dato keine für das Beschilderungskonzept relevanten Unfälle mit Kindern zu verzeichnen. Etwas anderes würde nur dann gelten, wenn sich die Unfälle mit Kindern häufen oder Erkenntnisse darüber vorliegen, dass Kinder verstärkt alleine das Gewässer aufsuchen.

60 Als Zwischenergebnis kann demnach festgehalten werden, dass sich der Personenkreis, der die hier in Rede stehenden Gemeingebrauchstatbestände verwirklicht, im Wesentlichen aus Familien mit Kindern bzw. Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren, als auch sportliche Schwimmer zusammensetzt. Sie sind die Adressaten der „Beschilderung". An ihnen sind die **grundsätzlichen** Anforderungen an **geeignete** Hinweise/Warnungen zu messen.

Stadt Kehl 24.11.2020

2. Bauliche Ausführung,

61 Auch die Art der baulichen Ausführung und die Frage der Situierung bzw. der Häufigkeit der Hinweise stehen unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit und Erforderlichkeit.

2.1 Situierung der Hinweise

62 Nach der „Jamtal-Entscheidung" des OLG München

> *Urt. v. 24.01.2002 - 8 U 2053/01 = NJW-RR 2002, 695, 699, rechtskräftig durch Nichtannahmebeschluss des BGH v. 16.03.2004 - X ZR 71/02*

kann die Vorenthaltung von Informationen einen schuldhaften Verstoß gegen die deliktische Verkehrssicherungspflicht (in ihrer Ausprägung als Informationspflicht) darstellen. Konkret statuierte das OLG München in der Jamtal-Entscheidung eine Pflicht des Reiseveranstalters gegenüber seinen Kunden, ihnen alle Informationen

(Lawinenlageberichte) zur Verfügung zu stellen, damit sie selbst darüber entscheiden können, ob sie sich in eine naturgegebene Gefahrenlage begeben möchten.

63 Nun kann die AG sicherlich nicht einem Reiseveranstalter gleichgesetzt werden, zumal die haftungsrechtlichen Anknüpfungspunkte (Reisevertragsrecht einerseits und Begrenzung des Gemeingebrauchs andererseits) überhaupt nicht vergleichbar sind. Hinzu kommt, dass das Recht auf „Naturgenuss" nicht entgeltpflichtig ist. Der wichtigste Aspekt der vorzitierten „Jamtal-Entscheidung" ist allerdings, dass eine Warnung/Information grundsätzlich als ausreichend zur eigenverantwortlichen Gefahrbeurteilung für den Aufenthalt und das Bewegen in der „freien Natur" anerkannt wird, die **nicht am konkreten Gefahrenort** im eigentlichen Sinne gegeben wird.

64 Auch nach einer späteren obergerichtlichen Entscheidung müssen Warn-/Hinweisschilder grundsätzlich nicht am relevanten Gefahrbereich selbst situiert sein, wenn die Situation allgemein bzw. aufgrund von Vorinformationen bekannt ist.

> *OLG Koblenz, Urt. v. 24.03.2003 - 12 U 1984/01 = NVwZ-RR 2003, 617, 618 zu Warnhinweisen für Autofahrer vor überschwemmten Straßen*

2.2 Häufigkeit der Hinweise

65 Im Zusammenhang mit dem Aufstellen und der Gestaltung von Schildern sind die rechtlichen Schranken des Bundesnaturschutzgesetzes zu beachten. Gemäß §§ 13 Abs. 1, 15 Abs. 1 S. 1 BNatSchG sind erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu vermeiden. Gemäß § 15 Abs. 1 S. 2 BNatSchG haben zumutbare Alternativen geringerer Eingriffsintensität bei gleichem Ergebnis Vorrang. Zwar dürfte es sich bei dem Aufstellen von Warnschildern grundsätzlich nicht um einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 Abs. 1 BNatSchG handeln. Allerdings ist auch anerkannt, dass die gesetzliche Eingriffsqualität durch **Summationseffekte** erreicht werden kann.

> *Guckelberger in: Frenz/Müggenborg, BKom BNatSchG § 14, Rz. 32*

66 Zudem sind Veränderungen des Landschaftsbildes dann als Eingriff zu bewerten, wenn sie einem für die Schönheit der natürlichen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachter nachteilig und erheblich erscheinen.

Stellungnahme 16.10.2020

Guckelberger: in Frenz/Müggenborg, BKom BNatSchG § 14, Rz. 85; BVerwG v. 27.09.1990 – 4 C 44/87 = NVwZ 1991, 364, 367

67 Die obigen rechtlichen Vorgaben für die „freie Natur" beeinflussen fraglos die Anforderungen an die etwaig gebotenen Maßnahmen in Form von Hinweisen und Warnungen. So ist ein „Schilderwald" mit den gesetzlichen Wertungen des Bundesnaturschutzgesetzes nicht zu vereinbaren. Auch wird man schon aus naturschutzrechtlichen Gründen z.B. einem generellen Warnhinweis vor bestimmten atypisch-verdeckten Gefahren (etwa auf einem Schild an den Zugängen zu den Uferbereichen), den Vorrang vor Warnungen am jeweiligen Gefahrenort einräumen müssen.

68 In örtlicher Hinsicht sollten allgemeine Schildertafeln (z.B. in Form von Stelen) daher an sämtlichen Eingängen zum Gelände angebracht werden. Zudem sollen die Schilder auf dem gesamten Gelände möglichst einheitlich gestaltet sein. Eine übermäßige Verteilung der Schilder auf dem gesamten Gelände ist – bis auf wenige Gefahrenstellen (dazu sogleich) zu vermeiden.

Stadt Trier 24.11.2020

137

2.3 Zwischenergebnis

69 Als Zwischenergebnis ist demnach festzuhalten, dass die AG die zur weitgehend „gefahrlosen" Ausübung des Gemeingebrauchs erforderlichen Informationen „nur" so zur Verfügung stellen muss, dass die angesprochenen Verkehrskreise auf zumutbare Art und Weise Kenntnis nehmen können. Des Weiteren besteht keine grundsätzliche Verpflichtung, etwaig gebotene Warnungen in unmittelbarer Nähe einer Gefahrenstelle zu situieren.

VI. Geeignetheit der Warnung

70 Hinweis- und Warnschilder müssen in ihrer Aussage hinreichend **klar und verständlich** sein.

BGH, Urt. v. 18.10.1988 – VI ZR 94/88 = NJW-RR 1989, 219 ff.; BGH, Urt. v. 26.05.1998 – VI ZR 183/97 = NJW 1998, 2436, 2437

71 Ist damit zu rechnen, dass Kinder mit bestimmten Gefahrenquellen in Berührung kommen, sind Schilder, in der Regel unmittelbar am Ort einer Gefährdung angebracht, durch bildliche Darstellung „kindgerecht" (durch Piktogramme) zu gestalten (s.o.).

BGH, Urt. v. 18.10.1988 – VI ZR 94/88 = NJW-RR 1989, 219 ff.

72 Mit der Warnung ist die Gefahrenquelle (gegebenenfalls unter Verwendung von Symbolen und Piktogrammen) möglichst so genau darzustellen, dass die Kinder erkennen, auf welche Gefahr sie sich einstellen müssen und durch welches Verhalten sie sie vermeiden können.

BGH, Urt. v. 14.03.1995 – VI ZR 34/94 = BeckRS 9998, 39177

73 Zur Feststellung von Inhalt und Umfang bestehender Verkehrssicherungspflichten, die durch die Anbringung von Symbolen zu erfüllen sind, können Unfallverhütungsvorschriften, DIN-Normen etc. hinzugezogen werden; **letztlich entscheidend sind aber immer die Umstände des Einzelfalls.**

BGH, Urt. v. 14.03.1995 – VI ZR 34/94 = BeckRS 9998, 39177

Stand: 17.12.2020

1. Inhalt der Warnschilder

74 Welche konkreten Anforderungen an den Inhalt der Piktogramme zu stellen sind, ist einer Grundsatzentscheidung des BGH

BGH, Urt. v. 14.03.1995 – VI ZR 34/94 = BeckRS 9998, 39177

zu entnehmen. Danach beschränkt sich die Verkehrssicherungspflicht zum Schutz spielender Kinder zwar in aller Regel auf solche Gefahren, die ihnen verborgen bleiben oder denen sie aus anderen Gründen nicht ausweichen können. In Betracht gezogen werden muss aber auch, dass Kinder im Eifer des Spiels Gefahren außer Acht lassen. Deshalb muss die Gefahr Kindern jedenfalls dann, wenn die Situation infolge ihrer Beschaffenheit zum Spielen besonders einlädt, zur Abwehr dieses besonderen Spielanreizes deutlich – nämlich durch bildliche Darstellungen - vor Augen geführt werden. Die Verkehrssicherungspflicht erfordert es nach dieser

Rechtsprechung, mit der Warnung die Gefahrenquelle möglichst so genau darzustellen, dass die Kinder erkennen, auf welche Gefahr sie sich einstellen müssen und durch welches Verhalten sie sie vermeiden können.

75 Für das Beschilderungskonzept spielen technische Normen, die die konkrete Gestaltung von bildlichen Warnungen vorgeben, also eine entscheidende Rolle. Zudem sind zwingenden Anforderungen an Piktogramme, die beabsichtigte Aussage, ihre Eindeutigkeit, Signalwirkung etc. notwendigerweise stark wertungsabhängig (wie der oben zitierten BGH-Entscheidung entnommen werden kann).

76 Vor diesem Hintergrund muss ein Standard gefunden werden, der eine größtmögliche Verständlichkeit bei allen angesprochenen Verkehrskreisen einigermaßen gewährleistet. Es liegt deshalb nahe, hier schon auf länger anerkannte Symbole zurückzugreifen, die als Sicherheitserwartungen des Verkehrs auch international Verbreitung gefunden haben.

Stadtrat 21.11.2020

2. Orientierung an DIN

77 Eine solch anerkannte und international verbreitete Symbolik stellen die Sicherheitszeichen der

DIN EN ISO 7010

(Rettungs-, Verbots-, Gebots-, Warn- und Brandschutzzeichen)

sowie der

DIN ISO 20712 -1 und DIN 4844-2

(Ergänzung der DIN EN ISO 7010 um Wasser-Sicherheitszeichen)

dar, und zwar in ihrer derzeit gültigen Fassung.

78 Die

DIN ISO 20712-3

liefert ergänzend dazu die Leitlinien für den Standort, die Anbringung, die Beleuchtung und Wartung von Wasser - Sicherheitszeichen nach der DIN ISO 20712 -1 sowie für die Gestaltung und den Standort von Informationstafel.

79 Die Sicherheitszeichen der vorgenannten DIN werden in folgende Kategorien aufgeteilt:

80 Für das Beschilderungskonzept empfiehlt sich die Übernahme der Symbolik bzw. schon vorgegebener Zeichen vor allem in ihren Ausprägungen als **Warn- und Verbotszeichen**.

81 **Warnzeichen** warnen vor potenziellen Gefahren oder Hindernissen und erhöhen so die Aufmerksamkeit und Achtsamkeit der betrachtenden Personen. Sie sind von dreieckiger Grundform und besitzen eine gelbe Grundfärbung sowie einen schwarzen Rand. Das Piktogramm ist ebenfalls schwarz, z.B. „Allgemeines Warnzeichen" W 001:



82 **Verbotszeichen** untersagen Handlungen bzw. gebieten eine „Handlungsunterlassung". Sie sind rund, von weißer Grundfärbung und besitzen einen roten Rand mit einem roten Querbalken durch das Schild. Die Piktogramme sind schwarz dargestellt; z.B. „Allgemeines Verbotszeichen" P001:



83 Ein nicht unerheblicher Vorteil der Verwendung der DIN 7010 sowie der DIN 4844-2 besteht darin, dass dadurch ein anerkannter Rahmen vorgegeben wird, der mit Piktogrammen kombiniert werden kann, die auf die jeweilige Situation zugeschnitten werden können, immer vorausgesetzt, dass der mit der verwendeten Symbolik

Stellungnahme 24.11.2020

140

verfolgte Zweck (Warnung oder Handlungsunterlassung) für die angesprochenen Verkehrskreise allgemein verständlich bleibt.

84 Allerdings ist zu beachten, dass auf dem Markt schon diverse Kombinationen existieren, die sich **nicht** in der DIN 7010 wiederfinden (z.B. Piktogramme für „Schwimmen verboten", „Hineinspringen verboten" etc.). Sollten diese Piktogramme, z.B. aus dem Internet, übernommen werden, sind etwaige **Urheberrechte** zu berücksichtigen.

vgl. dazu näher Rotermund/Krafft, Kommunales Haftungsrecht, 5. Auflage 2013, Rz. 278 ff., m.w.N.- juris

3. Notwendigkeit einer Verbotserklärung

85 Damit ein Verbot seiner Funktion als Maßnahme zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht genügen kann, bedarf es grundsätzlich keiner Erklärung bzw. Legitimation des Verbotes gegenüber dem Verbotsadressaten.

86 In Ausnahmefällen kann es aber sinnvoll sein, auf die Gefahren hinzuweisen, die sich im Fall der Verbotsübertretung realisieren können. Dies aus zwei Gründen:

87 Nach den von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen des

„Handelns auf eigene Gefahr"

kann eine Einstandspflicht zu verneinen sein, wenn der Geschädigte „auf eigene Gefahr" verunfallt, mithin, wenn der Geschädigte unfallkausale Risiken übernommen hat, die über das normale Maß hinausgehen und **er die die Gefährdung begründenden Tatsachen (z.B. aufgrund einer „Beschilderung") kannte oder hätte erkennen können**.

BeckOK BGB/Lorenz, 42. Ed. 1.2.2017, BGB § 254 Rn. 26; MüKoBGB/Wagner, 7. Aufl. 2017, BGB § 823 Rn. 80; jew. m.w.N.

88 Auf der gleichen Linie liegt die Rechtsprechung der Strafsenate beim BGH. Danach entfällt die (strafrechtliche) Verantwortlichkeit des Verkehrssicherungspflichtigen bei einer **vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Selbstgefährdung des Geschädigten**, was wiederum voraussetzt, dass der Verbotsadressat **weiß oder**

Stadt Bad Lippspringe 17.12.2019

grob fahrlässig nicht weiß, welche Gefahren ihm bei einer Missachtung des Verbots drohen.

BGH, Urt. v. 11.09.2019 - 2 StR 563/18 = BeckRS 2019, 34879; BGH, Urt. v. 05.08.2015 – 1 StR 328/15 = NJW 2016, 176, Rz. 14 m.w.N.

89 Vor diesem Hintergrund ist zu empfehlen, dass gegenüber den Hinweis-/Warnadressaten dem Grundsatz nach erläutert wird, **warum** der Gemeingebrauch auf und in bestimmten Gewässerstrecken **allgemein** (Naturschutz, allgemeine Gefahren etc.) und warum der Gemeingebrauch an einzelnen **besonderen** Gefahrenstellen (z.B. starke Strömung, Strudel, Lebensgefahr) untersagt ist. Durch solche „erläuternde" Warnungen/Hinweise wird dem Adressaten also die für die „Exkulpation" notwendige Kenntnis von etwaigen Risiken vermittelt, wenn er sich über Verbote hinwegsetzt.

90 Dazu kommt, dass eine Erläuterung der Verbotshintergründe dazu beitragen kann, die Befolgung des Verbots zu stärken.

91 Mit Ausnahme einiger besonders gefährlicher Stellen wird im Ergebnis eine allgemeine Erläuterung genügen. Es muss nicht jeder Verbotsbereich gesondert legitimiert werden.

Stand: 21.11.2022

D Wirkung des Beschilderungskonzepts, insbesondere im Hinblick auf die Wasseraufsicht

92 Nach den vorstehenden gutachterlichen Befunden bemessen sich die Sicherheitserwartungen der Badenutzer nach den äußeren Umständen des Badeplatzes. Zu diesen zählen neben der baulichen Gestaltung auch Informationen und Warnungen. Verkehrssicherungspflichten werden deshalb in erster Linie durch das Vertrauen begründet, das durch die Einrichtung selbst und die Bedingungen ihrer Nutzung vermittelt wird.

93 In dem Maß, in dem Vertrauen durch äußere Umstände erzeugt wird, kann es durch diese natürlich auch wieder „zerstört" werden. Dies geschieht im konkreten Fall durch die gegebenen Informationen in ihrer Form als Sicherheitshinweise und Warnungen.

94 Es stellt sich allerdings die Frage, ob eine Vertrauensreduzierung „soweit" gehen kann, dass eine von „technischen Regeln" abstrakt geforderte permanente Wasseraufsicht im konkreten Fall überflüssig ist.

95 Das Urteil des BGH aus dem Jahr 2017, das unter anderem ausschlaggebend für die Motivation vieler Kommunen war, Sicherheitskonzepte für ihre Badeplätze erstellen zu lassen, ist nach mittlerweile einhelliger Meinung auf nur auf entgeltpflichtige kommunale Bäder anwendbar.

vgl. nur FStBay Randnummer 93/2020

96 Eine permanente Wasseraufsicht von Badeplätzen, die dem gewässerrechtlichen Gemeingebrauch unterfallen und mit einer Badeinsel bzw. einem -steg versehen sind, wird bislang nur von einem privaten Verein gefordert, der sich selbst zur Aufgabe gemacht hat, technische Regeln für alle möglichen Erscheinungsformen von Bädern zu erstellen.

Stand: 17.11.2020

97 Die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e.V. unterscheidet kraft eigener Definition in ihren Richtlinien für "Naturbäder" (DGfdB R 94.12) zwischen einer "Badestelle" und einem "Naturbad" wie folgt (ebenda Ziffer 3):

> *Badestelle*
> Eine Badestelle ist eine jederzeit frei zugängliche Wasserfläche eines Badegewässers,
> - deren Nutzung gestattet oder nicht untersagt ist,
> - in der üblicherweise eine große Zahl von Personen badet,
> - in der Sprungeinrichtungen, Badestege, Wasserrutschen und andere bädertypische Anlagen im Wasser nicht vorhanden sind,

> und die angrenzende Landfläche.
>
> *Naturbad*
> Ein Naturbad ist eine eindeutig begrenzte Anlage, die aus einer für Badezwecke geeigneten und gekennzeichneten Fläche eines Badegewässers sowie einer dieser Wasserfläche zugeordneten und abgegrenzten Landfläche besteht. Es ist mit bädertypischen Ausbauten (z. B. Sprunganlage, Wasserrutsche) versehen.

Freigabe 24.11.2020 Stadtbau

98 Danach soll für ein „Naturbad" prägend sein, dass bädertypische Anlagen vorhanden sind. Eine solche bädertypische Anlage ist ausweislich der Definition der "Badestelle" ausdrücklich auch ein Badesteg.

99 Handelt es sich demnach um ein „Naturbad" im Sinne der vorzitierten Richtlinie ist eine permanente Wasseraufsicht geboten (ebenda Ziffer 6.3). Dies würde nach den Kriterien der Richtlinie aber bedeuten, dass schon die vorhandenen Badestege eine permanente Wasseraufsicht erforderlich machen würden, um den verkehrssicherungspflichttechnischen Anforderungen der Richtlinie zu genügen. Oder anders gewendet: Um zu vermeiden, dass die Kriterien der Richtlinie erfüllt werden, müssten auch die Stege und Badeinseln entfernt werden.

100 Näher begründet wird diese Forderung nicht. Insbesondere wird in den vorzitierten Richtlinien nicht danach differenziert, ob die Nutzung des Bades entgeltpflichtig ist oder nicht und welche Sicherheitserwartungen sich daraus möglicherweise ableiten. Jedoch enthält selbst diese Richtlinie in Ziffer 8.1 eine Abschwächung der Verkehrssicherungspflicht, wenn das Gefährdungspotenzial gering ist und eine dauerhafte Beaufsichtigung weder erwartet wird noch dem Betreiber zugemutet werden kann.

101 Zweifelhaft ist schon, ob es sich bei der oben zitierten Regelung überhaupt um eine anerkannte technische Regel handelt, mithin auch von der Rechtsprechung als Kriterium für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflichten an natürlichen Gewässern herangezogen wird.

102 Es ist ferner fraglich, ob sich in der „technischen Regeln" überhaupt eine Sicherheitserwartung der betroffenen Verkehrskreise manifestiert. Denn diese Sicherheitserwartungen sind primär von den konkreten Umständen abhängig; eine pauschale bzw. abstrakte Bestimmung, losgelöst vom Einzelfall, ist notwendigerweise defizitär.

näher dazu Krafft/Rönsberg, BayGT 8/2029, 259 ff.

103 Zudem sind von anerkannten (!) technischen Regeln **abweichende Maßnahmen** zur Gefahrabwehr nach der Rechtsprechung und Literatur möglich, sofern sie eine gleich geeignete oder bessere technische Lösung für den **konkreten Einzelfall** bieten.

MüKoBGB/Wagner, 7. Aufl. 2017, BGB § 823 Rn. 448 m.w.N.

104 Aber auch **Unterschreitungen** oder **Abweichungen** von Vorgaben (tatsächlich) anerkannter technischer Regelungen, können unter bestimmten Umständen einen hinreichenden Sicherheitsstandard gewährleisten,

st. Rspr. des BGH vgl. nur v. 22.08.2019 – III ZR 113/18 = NJW 2019, 3516 ff., Rz. 15 ff. m.w.N.

etwa, weil zu erwarten war, dass sich die Benutzer auf die erkennbare Gefahr einstellen würden, und auch konnten.

OLG Hamm v. 27.04.1999 – 9 U 14/99 = BeckRS 1999, 11493, Rz. 19; OLG Koblenz v. 26.02.1996 – 12 U 532/95 = BeckRS 9998, 03275; MüKoBGB/Wagner, 7. Aufl. 2017, BGB § 823 Rn. 448 m.w.N.

105 Dies ist gerade dann der Fall, wenn – wie hier – die Nutzer darüber informiert werden, dass keine Wasseraufsicht vorhanden ist und keine sonstigen gewichtigen Umstände, wie insbesondere eine Entgeltpflicht, die berechtigte (!) Erwartung der Nutzer weckt, eine solche werde AG-seits gestellt.

Stadtarchiv 21.11.2020

106 **Als rechtlicher zutreffender (oder zumindest mit guten Gründen vertretbarer Befund) ist daher festzuhalten, dass für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer" keine (dauerhafte, aber auch keine gelegentliche) Wasseraufsicht erforderlich ist, sofern die AG das hier vorgeschlagene Beschilderungskonzept umsetzt. Den Entscheidungsträgern der AG bzw. der AG selbst kann deshalb unter dieser Prämisse kein zivilrechtlich und strafrechtlich relevanter haftungsbegründender Vorwurf gemacht werden.**

Stadtrat 24.11.2020

E Konkretes Konzept

I. Vorbemerkung

107 An dieser Stelle sind die bisherigen Befunde zusammenzuführen und auf deren Grundlage ein Lösungsvorschlag zu entwickeln.

108 Der zentrale Ausgangspunkt für das folgende Lösungsmodell sei an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung gerufen. Demnach wird den rechtlichen Vorgaben dadurch genügt, dass

den angesprochenen Verkehrskreisen
die notwendigen Informationen
in geeigneter Form
zugänglich gemacht werden.

Stadtrat 24.11.2020

II. Beschilderungskonzept

109 Den vorstehenden Anforderungen entspricht das folgende

2-stufige Beschilderungskonzept

- **Stufe 1** besteht aus **allgemeinen Informations- bzw. Hinweistafeln**, die an den Eingangsbereichen dem Gelände aufgestellt werden. Die Informationstafeln enthalten
  - die Sicherheitshinweise,
  - die Verhaltenspflichten, also Informationen zum Hausrecht, mit deren Hilfe die Ausübung des Gemeingebrauchs geregelt wird sowie
  - ggf. einen Lageplan und ggf. weitere Informationen zur Umgebung.
- **Stufe 2** beinhaltet **konkrete Hinweise**, meist in Form von bildlich dargestellten **Verboten und Warnungen (Piktogramme) an konkreten Gefahrenstellen**, soweit dies unbedingt geboten, möglich und zur Gefahrabwehr geeignet ist.

110 Insbesondere die rechtliche Prämisse, wonach grundsätzlich kein strenger Form- und Situierungszwang für die Hinweise/Warnungen besteht, eröffnet gewisse Spielräume für das Beschilderungskonzept, das gleichzeitig damit auch der Vorgabe Rechnung trägt, einen „Schilderwald" soweit als möglich zu vermeiden.

1. Stufe 1: Allgemeine Informationstafeln an den Eingangsbereichen

111 Hierbei handelt es sich um Beschilderungstafeln im herkömmlichen Sinne, also um Schilder mit Rohrpfosten und sicherer Gründung, entweder als nebeneinander stehende Tafeln (Sicherheitshinweise und Hausordnung) oder als dreiseitige festverankerte Stelen (wenn noch weitere Informationen gegeben werden sollen, wie z.B. über Flora und Fauna), situiert an **sämtlichen Eingangsbereichen** zum Konzeptgebiet. Die Situierung sollte in unmittelbarer Nähe zum Weg erfolgen, damit die Tafeln bzw. Stele nicht übersehen werden können.

112 Ihr Inhalt ist, um die Größe in einem einigermaßen vertretbaren Umfang zu halten, notwendigerweise begrenzt. Im Rahmen der Gesamtharmonisierung der Beschilderung werden sich an den Informationstafeln an den Eingangsbereichen nicht nur wasserrechtliche Gemeingebrauchshinweise, sondern auch sonstige Hinweise finden.

2. Stufe 2: „Vor Ort" Warnhinweise

113 Vor besonderen Gefahrenstellen muss ggf. „vor Ort", also an der Gefahrenstelle selbst gewarnt werden. Vorzugsweise sind hierfür Piktogramme zu verwenden, da sie als Schilder an festen Bauwerken befestigt werden können und ihre Symbolik zudem allgemein, d.h. auch für Kinder und Personen mit einem defizitären Erkenntnishorizont, verständlich ist. Eine Warnung bzw. ein Verbot kann deshalb von vornherein an einer Gefahrenstelle selbst nur dort erfolgen, wo ein Piktogramm überhaupt sicher und auf Dauer angebracht werden kann.

OGC TW2 16JAN24

III. Konkrete Umsetzung des „Beschilderungskonzepts“

1.1 Stufe 1

114 Hinsichtlich des Inhalts der Informationstafeln bzw. Informationsstelen am Badeplatz Pucher Meer (Stufe 1) verweisen wir auf die diesem Konzept als Anlagen beigefügten Vorschläge, insbesondere auf die Gestaltungsvorschläge zur

- Informationstafel mit Sicherheitshinweisen

-Anlage 3-

- Informationstafel Lageplan und Hausordnung

-Anlage 4-

1.2 Stufe 2

115 Hinsichtlich der Gestaltung und Situierung etc. der für den Badeplatz „Pucher Meer“ gebotenen Warnhinweise (Stufe 2) verweisen zur

- Gefahrenstelle „Tiefenänderung in der südlichen Flachwasserzone“ auf

-Anlage 5-

- Gefahrenstelle „Steg und schwimmende Plattform der Wasserwacht“ auf

-Anlage 6-

- Gefahrenstelle „Slipanlage der Wasserwacht“ auf

- Anlage 7-

- Gefahrenstelle „Betongusssteine im östlichen Uferbereich“ auf

-Anlage 8-

- Gefahrenstelle „Tiefenänderung der örtlichen Flachwasserzone (FKK)“ auf

- Anlage 9-

Stadtrat 24.11.2020

- Gefahrenstelle „Badeinsel" auf

- Anlage 10-

IV. Entfernung der Bestandsbeschilderung

116 Wichtig ist, dass die bisherige Bestandbeschilderung, sofern sie nicht mit dem Beschilderungskonzept übereinstimmt, zeitnah entfernt wird, um widersprüchliche Aussagen oder einen Schilderwald zu vermeiden.

Stadtrat 24.11.2020

F Bearbeitervermerke und Hinweise

I. Hinweis zu den gutachterlichen Befunden

117 Soweit die untersuchten Fragestellungen in der Rechtsprechung und im Schrifttum nicht oder nur vereinzelt behandelt werden, sind vom „Konzept" abweichende Ergebnisse durchaus möglich. Dasselbe gilt für den Fall einer Änderung der Rechtsprechung bzw. der einschlägigen Gesetze sowie der Tatsachengrundlagen.

118 Ein **absolutes** und möglicherweise wünschenswertes **Maß an Rechtssicherheit** konnte schon wegen des wertungsoffenen Beurteilungsmaßstabs, das dem Recht der Verkehrssicherungspflichten immanent ist **nicht erreicht** werden.

119 Deshalb kommen andere als die gutachterlichen Befunde auch dann in Betracht, wenn sie zur richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Prüfung gestellt werden.

II. Urheberrechtliche Hinweise

120 Gutachten genießen den Schutz des Urheberrechtsgesetzes.

121 Sollte eine Nutzung des Gutachtens für Zwecke beabsichtigt sein, die über die vertragliche Übertragung der Urheberrechte hinausgehen, bitten wir höflich um Mitteilung, damit über die Einräumung eines entsprechenden Nutzungsrechts entschieden werden kann.

122 Auf die Vorschriften der §§ 97 und 106 UrhG wird der guten Ordnung halber hingewiesen.

Für etwaige Rückfragen stehen Ihnen die Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Georg Krafft
Rechtsanwalt

Eva-Maria Rönsberg
Rechtsanwältin und
Fachanwältin für Verwaltungsrecht

Stadtrat 21.11.2022

TACKE KRAFFT

TACKE KRAFFT Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB | Rindermarkt 3 und 4 | 80331 München

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Sachgebiet 24 – Immobilienmanagement
Hauptstr. 31
82256 Fürstenfeldbruck

Partner
Dr. Georg Krafft
Dr. Götz Tacke
Christian Koller
Fachanwalt für Medizinrecht
Lehrbeauftragter der TU München

Rechtsanwälte
Nicole Tassarek-Schröder
Eva-Maria Rönsberg
Fachanwältin für Verwaltungsrecht
Dr. Frank Zentz, LL.M. (Emory)
Fachanwalt für Medizinrecht
Fachanwalt für Bau- u. Architektenrecht
Anna Herzig
Fachanwältin für Medizinrecht
Dr. Julia Gräf
Fachanwältin für Medizinrecht

München, **6. August 2020**

Stadtrat 24.11.2020

Anlage 1: Vorabempfehlung

zum

Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer“

hinsichtlich der

Aufhebung der Satzung

für die

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
- Auftraggeberin (AG) -

von

Tacke Krafft PartG mbB
dort: RA Dr. Krafft
- Auftragnehmerin (AN) –

Ansprechpartner:
RA Dr. Georg Krafft
E-Mail:
georg.krafft@tacke-krafft.de

Assistenz:
Stefanie Grahl

Unser Zeichen:
45/20 KR01 SG

TACKE KRAFFT
Rechtsanwälte in
Partnerschaft mbB

Rindermarkt 3 und 4
80331 München
Tel. +49 89189443-0
Fax +49 89189443-33

www.tacke-krafft.de

Stadtsparkasse München
IBAN: DE18 7015 0000 0087 1637 54
SWIFT-BIC: SSKMDEMM

USt-ID: DE 814 151 157
AG München PR 536

A Vorbemerkung und tatsächliche Prämissen

1 Die AG hat der AN den Auftrag erteilt, ein Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer" zu entwerfen. Aus zeitlichen Gründen sind die AG und die AN übereingekommen, dass zunächst ein vorläufiges Sicherheitskonzept erstellt wird, um eine möglichst haftungssichere Zurverfügungstellung der Badenutzung des kommunalen Badeplatzes „Pucher Meer" für die Bürgerinnen und Bürger für die laufende Badesaison im Jahr 2020 zu gewährleisten.

2 Teil des vorläufigen Sicherheitskonzepts ist die folgende Vorabempfehlung. Mit ihrer Umsetzung wird eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der Ziele des (endgültigen) Sicherheitskonzepts für das „Pucher Meer" geschaffen.

3 Laut Auskunft der AG ist die Benutzung des „Pucher Meer" durch Satzung geregelt. Sie gilt nach wie vor. Die Geltung einer Satzung ist eine entscheidende rechtliche Prämisse für das Sicherheitskonzept und die Frage der Haftung der Entscheidungsträger und sonstigen Verantwortlichen.

4 Dazu im Einzelnen wie folgt:

B Herleitung der Vorabempfehlung „Aufhebung der Satzung"

I. Baden in Gewässern

5 Das „Recht auf das Baden" in oberirdischen Gewässern, zu denen auch das „Pucher Meer" zählt, kann nach Rechtsprechung und Literatur auf mehrere Rechtsgrundlagen gestützt werden, und zwar

- auf den gewässerrechtlichen Gemeingebrauch, Art. 18 BayWG,
- auf die Bestimmungen der Bayerischen Verfassung, Art. 141 Abs. 3 S. 1 BV,
- sowie auf die grundgesetzlich garantierte allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs.1 S. 1 GG.

vgl. nur BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356 m.w.N.

Stand 24.11.2020 Entwurf

II. Zugang zum Ufer

6 Das Recht auf freien Zugang zum Ufer des „Pucher Meer", kann ebenfalls auf mehrere Rechtsgrundlagen gestützt werden, und zwar auf

- das freie Betretensrecht, § 59 Abs. 1 BNatSchG,
- die Bestimmungen der Bayerischen Verfassung, Art. 141 Abs. 3 S. 1 BV,
- sowie auf die grundgesetzlich garantierte allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 S. 1 GG.

vgl. auch BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 36 ff.

III. Grundrechtsbindung

7 Die AG ist als kommunale Gebietskörperschaft und als Teil der vollziehenden Gewalt an Recht und Gesetz (Art. 20 Abs. 3 GG) einschließlich der Grundrechte (Art. 1 Abs. 3 GG) gebunden.[1]

Vgl. BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 28

IV. Rechtliche Konsequenzen einer Widmung als kommunaler Badeplatz

8 Es ist grundsätzlich möglich, eine Gewässerfläche sowie Teile des Ufers für Badezwecke zu widmen und insoweit den Umfang des gesetzlichen Gemeingebrauchs sowie der verfassungsrechtlichen Freiheitsrechte des Einzelnen einzuschränken. Dies kann dadurch geschehen, dass die entsprechenden Gewässer- und Uferflächen als kommunale öffentliche Einrichtung für die Badenutzung („kommunaler Badeplatz") gewidmet werden.

9 Eine Widmung liegt allerdings nicht schon in der Ausstattung und faktischen Bewirtschaftung von Grundstücken und Gewässerflächen als Bäder, sondern setzt als hoheitlicher, dinglich wirkender Rechtsakt eine ausdrückliche Regelung der

[1] Ihrer öffentlich-rechtlichen Bindung könnte sich die AG auch dann nicht entziehen, wenn sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben einer privatrechtlich organisierten Eigengesellschaft bedienen würde (BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 28).

Stand: 21.11.2020

Zweckbestimmung der Sache und ihrer Nutzung durch Rechtssatz oder dinglichen Verwaltungsakt voraus. Zur Widmung kommunaler Einrichtungen ist entweder der Erlass einer Satzung oder eine hoheitliche Einzelfallregelung durch den Stadt-/Gemeinderat als zuständiges Stadt-/Gemeindeorgan erforderlich. Pachtverträge können die Widmung nicht ersetzen.

Vgl. BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 42 f.

10 Als Konsequenz einer solchen Widmung muss die Gebietskörperschaft die Nutzung des Areals nur noch im Rahmen der Widmung dulden bzw. zulassen. Damit korrespondiert aber eine **Verkehrseröffnung** im Umfang der Widmung. D.h.: **Verkehrssicherungspflichten** werden in diesem Fall

aus dem Widmungszweck (!) hergeleitet und

nicht

aus der (duldungspflichtigen) Ausübung des gesetzlichen Gemeingebrauchs bzw. der rechtlich garantierten Freiheitsrechte.

11 Nach der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts München ist unter dem Regime einer „widmenden" Satzung allenfalls eine Reduzierung des Verschuldensmaßstabs auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit möglich, sofern die Nutzung unentgeltlich gewährt wird.

vgl. OLG München, Urteil v. 13.12.2018 – 1 U 2262/18, n.v.

12 Allerdings ist - abgesehen von dem Charakter einer Einzelfallentscheidung der vorzitierten Rechtsprechung des Oberlandesgerichts München - fragwürdig, ob die AG eine Haftungsbeschränkung auf der Verschuldensebene für sich in Anspruch nehmen möchte und im Einzelfall auch tatsächlich kann.

V. Rechtliche Konsequenzen des Fehlens einer Widmung

13 Fehlt eine Widmung durch Satzung, muss der Verfügungsbefugte zwar die Ausübung der landes- und verfassungsrechtlich geschützten subjektiven Rechte des

Stadtarchiv 2021

Einzelnen dulden. Daraus wiederum resultiert nach allgemeinen Grundsätzen aber eine

Haftungsprivilegierung,

wonach der insoweit Duldungspflichtige grundsätzlich nur für die nicht naturtypischen bzw. nur für atypischen Gefahren haftet.

vgl. nur BGH, Urteil v. 02.10.2012 -VI ZR 311/11 m.w.N.; vertiefte Ausführungen zur Herleitung der Haftungsprivilegierung finden sich im finalen Sicherheitskonzept.

14 Die Haftungsprivilegierung schlägt auch auf die strafrechtliche Ebene durch. Denn mit der zivilrechtlichen Haftungsprivilegierung entfällt gleichzeitig auch der strafrechtliche Verschuldensvorwurf.

15 Abgesehen davon ist, sollte es gleichwohl zu einer Verurteilung kommen, einer etwaigen Strafverschärfung die rechtliche Grundlage entzogen. Denn die Rechtsprechung der Strafgerichte wendet den Strafverschärfungstatbestand des § 340 StGB (Körperverletzung im Amt) an, wenn die Rechtsbeziehungen öffentlich-rechtlich (also wie hier durch Satzung) geregelt sind.

vgl. LG Bad Kreuznach, Urteil v. 31.05.2012 – 1024 Js 6294/10 Ns – juris, Rz. 65

16 Wird die Satzung aufgehoben, besteht auch die Gefahr einer Strafverschärfung **nicht** mehr.

VI. Hausordnung

17 Die Satzung kann durch eine Hausordnung ersetzt werden. Diese kann sich im Wesentlichen an den Inhalten der bisherigen Satzung orientieren. Das bedeutet, dass die in der Satzung vorgegebenen Verhaltensregeln i.d.R. ohne größere Einschränkungen vgl. Ausführungen in (**Anlage 2**) übernommen werden können. Etwaig erforderliche disziplinarische Maßnahmen können mit Hilfe des Hausrechts ebenfalls durchgesetzt werden.

Stadtrat 07.11.2020

C Empfehlung

18 Um die oben beschriebenen Haftungsprivilegierungen für den in Rede stehenden kommunalen Badeplatz in Anspruch nehmen zu können, wird deshalb

empfohlen,

die bestehende Satzung durch Beschluss des Stadtrates zeitnah für die laufende Badesaison 2020

aufzuheben.

19 Für die Bürgerinnen und Bürger ändert sich – abgesehen von den intendierten Haftungserleichterungen zugunsten der AG - nichts. Der unentgeltliche Zugang bzw. die unentgeltliche Nutzung des Badeplatzes bleiben erhalten.

Stadtrat 24.11.2020

Für Rückfragen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Satzung stehen Ihnen die Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Georg Krafft
Rechtsanwalt

Eva-Maria Rönsberg
Rechtsanwältin und
Fachanwältin für Verwaltungsrecht

TACKE KRAFFT

TACKE KRAFFT Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB | Rindermarkt 3 und 4 | 80331 München

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Sachgebiet 24 – Immobilienmanagement
Hauptstr. 31
82256 Fürstenfeldbruck

Partner
Dr. Georg Krafft
Dr. Götz Tacke
Christian Koller
Fachanwalt für Medizinrecht
Lehrbeauftragter der TU München

Rechtsanwälte
Nicole Tassarek-Schröder
Eva-Maria Rönsberg
Fachanwältin für Verwaltungsrecht
Dr. Frank Zentz, LL.M. (Emory)
Fachanwalt für Medizinrecht
Fachanwalt für Bau- u. Architektenrecht
Anna Herzig
Fachanwältin für Medizinrecht
Dr. Julia Gräf
Fachanwältin für Medizinrecht

München, **6. August 2020**

Stadtrat 24.11.2020

Anlage 2: Vorabempfehlung

zum

Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer“

Hier: Erlass einer

„Hausordnung“

zur Regelung des Betriebs und der Benutzung des Pucher Meeres

für die

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
- Auftraggeberin (AG) -

von

Tacke Krafft PartG mbB
dort: RA Dr. Krafft
- Auftragnehmerin (AN) -

Ansprechpartner:
RA Dr. Georg Krafft
E-Mail:
georg.krafft@tacke-krafft.de

Assistenz:
Stefanie Grahl

Unser Zeichen:
45/20 KR01 SG

TACKE KRAFFT
Rechtsanwälte in
Partnerschaft mbB

Rindermarkt 3 und 4
80331 München
Tel. +49 89189443-0
Fax +49 89189443-33

www.tacke-krafft.de

Stadtsparkasse München
IBAN: DE18 7015 0000 0087 1637 54
SWIFT-BIC: SSKMDEMM

USt-ID: DE 814 151 157
AG München PR 536

A Vorbemerkung und Ergebnis

1 In unserer Vorabempfehlung „Aufhebung der Satzung" (**Anlage 1**) befürworten wir, die bestehende Satzung durch Beschluss des Stadtrates zeitnah aufzuheben. Hintergrund der Vorabempfehlung ist, eine Haftungsprivilegierung zugunsten der Stadt zu bewirken, soweit es um die Nutzung des Badeplatzes geht.

2 Ob und inwieweit bestimmte Regelungen der Satzung, die insbesondere den Nutzungsrahmen des Badeplatzes betreffen, hat die AN deshalb die rechtlichen Möglichkeiten geprüft, den bestehenden Satzungsregeln weiterhin Geltung zu verschaffen, auch wenn die Satzung aufgehoben wird, immer unter der Prämisse, dass die Haftungsprivilegierung zugunsten der AG erhalten bleibt.

3 Als Ergebnis unserer rechtlichen Überprüfung kann vorab festgehalten werden, dass die bisherigen Verhaltensregeln weitgehend in eine zivilrechtliche „Hausordnung" übergeleitet und den Nutzern des Badeplatzes gleichermaßen verbindlich vorgegeben werden können.

4 Den vorstehenden rechtlichen Befund leiten wir aus den folgenden rechtlichen Erwägungen ab:

B Rechtliche Herleitung und Ausgestaltungsmöglichkeiten des Hausrechts

I. Rechtsgrundlage „Hausrecht"

5 Rechtsgrundlage für das zivilrechtliche Hausrecht bilden nach einhelliger Auffassung in Literatur und Rechtsprechung die §§ 858 ff. BGB zusammen mit §§ 903, 1004 BGB.

> *BeckOK BGB/ Fritzsche, 53. Aufl. 2020, Rz. 3 zu § 858 BGB m.w.N.; BGH Urteil vom 10.10.2005 - II ZR 90/03 = NJW 2006, 377 (379), Rz. 23, 24; BGH, Urteil vom 20. 1. 2006 - V ZR 134/05 = NJW 2006 1054 (1054), Rz. 7*

6 Der Eigentümer einer Sache kann grundsätzlich mit der Sache nach Belieben verfahren, d.h. er hat die umfassende Befugnis zu tatsächlichen und rechtlichen Einwirkungen auf die Sache, §§ 858 ff. 903 BGB.

Stadt Titz 2021 16.1.22

BeckOK BGB/ Fritzsche, 53. Aufl. 2020, Rz. 17 zu § 903 BGB, m.w.N.

7 Dieses Recht ermöglicht seinem Inhaber, grundsätzlich frei darüber zu entscheiden, wem er den Zutritt zur Örtlichkeit erlaubt und wem er ihn verwehrt. Das schließt das Recht ein, den **Zutritt nur zu bestimmten Zwecken zu erlauben** und **die Einhaltung dieser Zwecke mittels eines Hausverbots** durchzusetzen.

Vgl. BGH, Urteil vom 20.01.2006 – V ZR 134/05 Rz. 7 = NJW 2006, 1054; BGH, Urteil vom 08.11.2005 -KZR 37/03, Rz 24, 25 = NJW 2006, 377

II. Kommunen als zivilrechtliche Eigentümer

8 Weder in der Rechtsprechung noch in der Literatur wurde bislang die Frage behandelt, ob die Kommunen ihr zivilrechtliches Hausrecht in Form einer Hausordnung an Gewässern und den dazugehörigen Uferabschnitten ausüben können.[1]

9 Anerkannt ist aber, dass Kommunen im Rahmen der – hier einschlägigen – **Daseinsfürsorge ein Formenwahlrecht** haben, mithin bestimmen können, ob sie sich bei der Zurverfügungstellung von öffentlichen Einrichtungen **zivilrechtlich oder hoheitlich** betätigen wollen.

Vgl. hierzu näher Rotermund/Krafft, Kommunales Haftungsrecht, 5. Auflage 2013 Rz. 14, 753 -, juris; OLG Hamm, Urteil vom 14.12.1994 – 13 U 103/94 –, juris

10 Spätestens durch die Aufhebung der Satzung und insbesondere durch die noch aufzustellende Hausordnung auf Grundlage der zivilrechtlichen Vorschriften, übt die AG ihre rechtlichen Befugnisse als zivilrechtliche Eigentümerin und Besitzerin aus.

[1] Fraglich könnte sein, ob sich das Hausrecht auch auf die Gewässerflächen selbst erstreckt, wenn die Kommune nicht Eigentümerin oder Besitzerin der Gewässerflächen am Badeplatz ist. Dies ist nach gutachterlicher Ansicht zu bejahen, da der gewässerrechtliche Gemeingebrauch nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts in einem untrennbaren funktionalen Zusammenhang mit den Uferflächen steht. Sie sind als „Zugang" zur Ausübung des grundrechtlich geschützten Gemeingebrauchs „Baden etc." erforderlich (BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16, Rz. 37 ff.). Umgekehrt müssen dann die hausrechtlichen Befugnisse, die an das Ufer anknüpfen, auch für die Gewässerflächen umfassen (Annexkompetenz).

Entwurf 17.12.2020

11 In dieser Transformation liegt auch **keine** unzulässige sogenannte **„Flucht ins Privatrecht"** der AG, mit dem Ziel sich ihrer öffentlich-rechtlichen Bindungen zu entziehen, wenn die Kommune bei der zivilrechtlichen Ausgestaltung **dem Grundrechtsschutz Rechnung trägt, ihr Ermessen sachgerecht ausübt, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, den Gleichheitssatz und die allgemeinen Verwaltungsgrundsätze** beachtet.

> *Vgl. Hölzl/Hien/Huber, Kommentar zur Gemeindeordnung mit Verwaltungsgemeinschaftsordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung für den Freistaat Bayern, Kommentar, Erl. 3.4 zu Art. 21 GO*

12 Das BVerfG hat im Jahre 2011 zudem festgestellt, dass die **Vorschriften des BGB** in ihrer Ausprägung als Hausrecht einer Aktiengesellschaft, deren Anteile ausschließlich von der öffentlichen Hand gehalten werden, grundsätzlich **geeignet sind, verbindliche Regeln für die Nutzer aufzustellen** und dabei sogar **Eingriffe in die Grundrechte Einzelner gerechtfertigt** sein können.

> *Vgl. BVerfG: Grundrechtsbindung öffentlich beherrschter Unternehmen – Versammlungsfreiheit im Flughafen BVerfG, Urt. v. 22. 2. 2011 – 1 BvR 699/06 = NJW 2011, 1201 (1206), Rz. 79*

13 Nichts anderes kann deshalb für die hier in Rede stehende Hausordnung eines kommunalen Badeplatzes gelten.[2]

III. Grenzen des Hausrechts

14 Das zivilrechtliche Hausrecht für einen kommunalen Badeplatz findet jedoch seine Grenzen in **öffentlich-rechtlichen Vorschriften**. Denn soweit es zur Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Zweckbestimmung (**Gemeingebrauch**) erforderlich ist, werden die aus dem zivilrechtlichen Eigentum fließenden Befugnisse an öffentlichen Sachen öffentlich-rechtlich **überlagert** („Theorie des modifizierten Privateigentums"). Insofern tritt das aus dem fortbestehenden Eigentum fließende Herrschaftsrecht zurück.

---

[2] Gestützt wird dieser Befund durch den Gesetzestext in Art. 21 Absatz 5 Satz 2 BayGO. Dort wird die Benutzung einer – wie hier – dem Gemeingebrauch dienenden öffentlichen Einrichtung unter anderem von einem vorherigen Anerkenntnis von Regeln abhängig gemacht (dazu näher unter Rz. 44).

161

Vgl. Finger/Müller: Privates Hausrecht auf öffentlichen Straßen? - Möglichkeiten und Grenzen des „Straßenpachtmodells" NVwZ 2004, 953 (955)

15 Folgende öffentlich-rechtliche Normen sind in diesem Zusammenhang relevant (s. Ausführungen Vorabempfehlung Rz. 5-7):

- Der Gemeingebrauch an Gewässern gemäß § 27 Absatz 4 Satz 1 BayNatSchG, § 25 WHG i.V.m. Art. 18 BayWG[3]
- Das Betretungsrecht der freien Landschaft gemäß § 59 Absatz 1 BNatSchG i.V.m. Art. 27 Absatz 1 und Art. 29 BayNatSchG[4]
- Das Recht auf Genuss der Naturschönheiten und der Erholung in der freien Natur gemäß Art. 141 Absatz 3 Satz 1 BV i.V.m. Art. 26 Absatz 1 BayNatSchG

Fischer-Hüftle/Egner/Messerschmidt/Mühlbauer, Naturschutzrecht in Bayern, Rz. 2 zu Art. 26 BayNatSchG

16 Diese Normen beschränken das Eigentum öffentlich-rechtlich i.S. **einer Sozialbindung** gemäß Art. 36 Absatz 1 BayNatSchG. Privatrechtlich begründet es **Duldungspflichten** (im konkreten Fall für die Kommunen), die dem Grundstückseigentümer der sonstigen Berechtigen gemäß **§§ 1004 Absatz 2, 858 Absatz 1 BGB** die Berufung auf zivilrechtliche Abwehransprüche verwehren.[5]

Objektiv
Arbeitspapier

---

[3] Art. 18 Absatz 1 Satz 1 BayWG: *„Jede Person darf unter den Voraussetzungen des § 25 WHG und soweit es ohne rechtswidrige Benutzung fremder Grundstücke geschehen kann und, soweit eine erhebliche Beeinträchtigung des Gewässers und seiner Ufer sowie der Tier- und Pflanzenwelt nicht zu erwarten ist, außerhalb von Schilf- und Röhrichtbeständen oberirdische Gewässer zum Baden, Waschen, Tränken, Schwemmen, Schöpfen mit Handgefäßen, Betrieb von Modellbooten ohne Verbrennungsmotoren, Eissport und Befahren mit kleinen Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft benutzen."*

[4] Art. 27 Absatz 1 BayNatSchG: *„Alle Teile der freien Natur, insbesondere Wald, Bergweide, Fels, Ödungen, Brachflächen, Auen, Uferstreifen und landwirtschaftlich genutzte Flächen, können von jedermann unentgeltlich betreten werden."*

Art. 29 BayNatSchG: *„Zum Betreten im Sinn dieses Teils gehören auch das Skifahren, das Schlittenfahren, das Reiten, das Ballspielen und ähnliche sportliche Betätigungen in der freien Natur."*

[5] Missverständlich insoweit die Kommentarstelle bei Drost Rz. 99 zu Art. 18 BayWG *„Weder der Eigentümer noch der Inhaber eines eigentumsgleichen Rechts oder der Besitzer können bei Gefahr oder Störung zum Schutz ihrer Rechtspositionen die Ausübung des Gemeingebrauchs selbst regeln, beschränken oder verbieten. Dazu ist auch nicht das wegen Eigentums- und Besitzstörung (§§ 862, 1004 BGB) angerufene Gericht in der Lage. Mit den Mitteln des Zivilrechts ist keine generelle Ausübung des Gemeingebrauchs erreichbar."* Gemeint ist vermutlich, dass der

Drost – Das neue Wasserrecht Rz. 18 zu Art. 18 BayWG; Klammerinhalt der Verständlichkeit halber vom Unterzeichner eingefügt.

17 Für das Recht auf Naturgenuss und der Erholung in Art. 26 Absatz 2 BayNatSchG i.V.m. Art. 141 Absatz 3 Satz 2 BV hat der Gesetzgeber dieses Recht allerdings unter den Vorbehalt gestellt, dass die daraus resultierenden Befugnisse **naturverträglich, eigentümerverträglich und gemeinverträglich** ausgeübt werden müssen.

18 Ein solcher Vorbehalt findet sich in den bundesrechtlichen oder landesrechtlichen Vorschriften zwar nicht. Jedoch gelten diese Grundsätze nach gutachtlicher Ansicht wegen der Vergleichbarkeit des rechtlichen Kontexts zwingend auch für die Ausübung des gewässerrechtlichen Gemeingebrauchs.

19 Ihrem Wesen nach normiert der oben beschriebene Vorbehalt grundrechtsimmanente Schranken.

20 **Gemeinverträglichkeit** bedeutet, dass das Wahrnehmen und Erleben von Natur und Landschaft nur dann ein Genuss und ein Element der Erholung ist, wenn sie nicht durch erhebliche Störungen beeinträchtigt wird. Eine Beeinträchtigung liegt vor, wenn Maßnahmen, die durch das Zusammenspiel der landschaftlichen Gegebenheiten eines bestimmten Bereichs bewirkte, Ausstrahlung auf Geist und Körper des Menschen negativ beeinflusst und so das Erlebnis und den Erholungswert mindert.

Fischer-Hüftle/Egner/Messerschmidt/Mühlbauer, Naturschutzrecht in Bayern, Rz. 4, 5, 13, 15, 23, 26 zu Art. 26 BayNatSchG

IV. Zwischenergebnis

21 Als Prämissen für zulässige Inhalte einzelner Regelungen einer Hausordnung ist demnach festzuhalten, dass sie auch Grundrechte einschränken können, soweit sie durch Erwägungen der Gemeinverträglichkeit gerechtfertigt sind. Ihre absolute

---

Gemeingebrauch zugunsten des Eigentümers oder dem Inhaber eines eigentumsgleichen Rechts oder Besitzer nicht eingeschränkt werden kann. Für diese Annahme spricht, dass diese Fundstelle mit der im Gutachten zitierte Fundstelle sich inhaltlich widersprechen.

Stadt Titz Entwurf

Schranke finden allerdings Bestimmungen einer Hausordnung im Kerngehalt des tangierten Grundrechts. Oder anders gewendet:

22 Die Ausübung eines Grundrechts (in seinen einzelnen Ausprägungen) darf durch eine Hausordnung nicht absolut verboten, sondern allenfalls modifiziert werden (z.B. temporäres oder örtliches Verbot).

23 Weitergehende grundrechtliche Einschränkungen, wie absolute Verbote, stehen unter dem Vorbehalt eines Rechtsaktes gemäß Art. 18 Abs. 3 BayWG bzw. einer sicherheitsrechtlichen Anordnung nach dem LStVG.

C Zwangsweise Durchsetzung des Hausrechts

24 Zwar ist die Stadt aufgrund der Sozialbindung des Eigentums (Rz. 3, 8, 10) grundsätzlich verpflichtet, jedermann das Eigentum d.h. den Badesee zur uneingeschränkten Nutzung zur Verfügung zu stellen. Sofern sich die Nutzer jedoch nicht naturverträglich, gemeinverträglich oder eigentumsverträglich (s. Rz. 17) verhalten, besteht die Möglichkeit, auch zivilrechtlich §§ 858 ff, 903, 1004 BGB bzw. strafrechtlich nach § 123 StGB das Hausrecht durchzusetzen.

25 Es dürfen jedoch nur zivilrechtliche Maßnahmen, d.h. durch Hinzuziehung der Polizei, ergriffen werden.

26 Gemäß Art. 21 Abs. 5 S. 2 BayGO kann die Benutzung einer – wie hier – dem Gemeingebrauch dienenden öffentlichen Einrichtung, die für jeder-mann zugänglich ist, unter anderem von der verbindlichen Anerkennung von Regeln abhängig gemacht werden. Ausweislich der Gesetzesbegründung zu dieser Vorschrift, hatte der Gesetzgeber zwar ein anderes Regelungsziel im Blick. Gleichwohl stützt der vorzitierte Passus unseren rechtlichen Befund, insbesondere wenn es darum geht, die Verbindlichkeit der aufgestellten Hausordnung zu begründen.

D Weiteres Vorgehen

Wir empfehlen, dass sich die AG eine abschließende Meinung darüber bildet, welche Regelungen sie für die Benutzung des Badeplatzes aufstellen möchte.

07.11.2020 Entwurf

Gerne sind wir bei der endgültigen Formulierung behilflich, sei es, dass die Regelungen Eingang in eine Hausordnung und/oder eine Beschilderung und/oder die schriftlichen Sicherheitshinweise finden.

Für etwaige Rückfragen stehen Ihnen die Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Georg Krafft
Rechtsanwalt

Stadtrat 24.11.2020

Allgemeine Informationstafel

„Sicherheitshinweise“

I. Vorbemerkung

1 Informationstafeln sollten es ermöglichen, dass Gefährdungen erkannt und von den Nutzern selbst angemessene Maßnahmen zu deren Vermeidung ergriffen werden. Informationstafeln sind an sämtlichen Eingängen und Zuwegungen zum Badeplatz angebracht werden.

2 Die Schilder können einseitig oder zweiseitig oder dreiseitig (Stele) ausgeführt sein. Die Maße, Proportionen und die genaue Form der Informationstafeln sind nicht verbindlich festgelegt. Hinsichtlich der Erkennbarkeit wird auf die Vorgaben der DIN ISO 20712-3 (insbesondere auch Anhang A) verwiesen.

3 Hinsichtlich der Farbwahl, Schriftart und Schriftgröße wird auf Ziff. 7.2. der DIN ISO 20712-3 verwiesen. Als Richtlinie kann vorgegeben werden, dass die Mindesthöhe eines Großbuchstabens 15 mm betragen sollte. Die Mindesthöhe von Symbolen sollte 65 mm betragen.

4 Die Gestaltung von Informationen auf einer Tafel sollte einheitlich sein; dies hilft, die Informationen zu verstehen. Auch das Gruppieren von Informationen in Kategorien macht Informationen verständlicher. Der Gestalter einer Informationstafel sollte die Information daher innerhalb der Tafel in Tabellenform strukturieren.

5 Zeichen mit zusätzlichem Text helfen außerdem dabei, sicherzustellen, dass die Bedeutung des Sicherheitszeichens vollständig verstanden wird. Zudem können zusätzliche Informationen vermittelt werden. Hinsichtlich der Einzelheiten bei der Anbringung von zusätzlichem Text wird auf den Anhang D zur DIN ISO 20712 -3 verwiesen.

II. Abnahme

6 Wir bitten Sie, uns die Entwürfe der Allgemeinen Informationstafel mit den Sicherheitshinweisen (s.u.) zuzusenden, nachdem sie ein Grafikbüro umgesetzt hat.

ENTWURF 16.12.2020

III. Gestaltungsvorschlag

SICHERHEITSHINWEISE

Willkommen auf dem Gelände „Pucher Meer“, einem öffentlichen Badeplatz mit Erholungsmöglichkeiten in der „freien Natur“ gem. Art. 141 Abs. 3 S. 1 der Bayerischen Verfassung.

Das Baden und die Nutzung des Geländes sind in den Grenzen des wasserrechtlichen Gemeingebrauchs sowie des Betretensrechts unentgeltlich erlaubt. Die Gewährleistung des Naturgenusses beinhaltet aber **nicht die uneingeschränkte Eignung für das Baden und Bewegen in der freien Natur**. Dies gilt auch für den Weg ins und aus dem Wasser.

Die Benutzung des Geländes sowie das Baden erfolgt

auf eigene Gefahr.

Bitte halten Sie sich nur auf den ausgewiesenen Wegen auf!

Bitte seien Sie deshalb besonders vorsichtig.

Im Notfall alarmieren Sie die Rettungskräfte und wählen Sie die Notrufnummer „112“.
Rund um den See befinden sich Rettungsstationen mit Schwimmreifen.

Die Wasserwacht ist nur gelegentlich vor Ort.
Bitte achten Sie auf die Beflaggung, die die Anwesenheit der Wasserwacht anzeigt.



Keine Badeaufsicht!
Kein Bademeister!
NO SURVEILLANCE!



Für Nichtschwimmer besteht aufgrund der Wassertiefe **Lebensgefahr**.

Lassen Sie Ihre Kinder nie unbeaufsichtigt.
Dies gilt auch für die seichteren Uferbereiche.



Auch im seichten Uferbereich können plötzliche Tiefenänderungen auftreten.

Lebensgefahr für Nichtschwimmer!

Lassen Sie Ihre Kinder nie unbeaufsichtigt.



Vor Sprüngen ins Wasser wird wegen Verletzungsgefahr eindringlich gewarnt.

Die Wassertiefe kann variieren (schwankender Wasserstand, Untiefen). Am Seegrund können sich u.a. Steine und Wurzelstöcke befinden.

Bitte bleiben Sie auf den ausgewiesenen Wegen (vgl. Lageplan)!

Stadtrat 24.11.2020

Anlage 4 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“

Hinweistafel

Lageplan und Hausordnung

I. Zum Lageplan

1 Der unten stehende Planvorschlag soll aufgrund seiner Übersichtlichkeit nur als Beispiel für den zukünftigen Übersichts- bzw. Lageplan des kommunalen Badeplatzes „Pucher Meer“ dienen.

2 Zu beachten ist, dass der Übersichtsplan auch sämtliche Einrichtungen zur Rettungsorganisation (Rettungsstationen, Station der Wasserwacht) ausweisen muss. Zudem ist der Übersichtsplan so zu gestalten, dass die Bereiche zur Badenutzung und Erholung farbig hervorgehoben werden und in deutlichem Kontrast zu den Bereichen stehen, die für die Öffentlichkeit nicht freigegeben sind. Dies gilt auch für die Wege (vergleiche Herleitung Beschilderungskonzept, Rz. 15).

3 Sofern sich die AG für die Aufhebung der Satzung und in einem weiteren Schritt für den Erlass einer Hausordnung entscheiden, können sich die AG im Wesentlichen an den Inhalten der bisher geltenden Satzung orientieren, sofern die Verhaltensregeln einem naturverträglichen, gemeinverträglichen und eigentümerverträglichen Umgang mit und in der freien Natur dienen sollen und die Grundrechte der Badenutzer dadurch nicht unangemessen eingeschränkt werden (vgl. Ausführungen **Anlage 2**).

II. Abnahme

4 Wir bitten Sie, uns die Entwürfe der Hinweistafel „Lageplan“ und ggf. „Hausordnung“ zur Prüfung und Abnahme zuzusenden, nachdem sie ein Grafikbüro umgesetzt hat.

0207 Tivi Reinigung

Anlage 4 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“

III. Gestaltungsvorschlag

LAGEPLAN (neu)

(Beispiel)



HAUSORDNUNG

Willkommen auf dem Gelände des „Pucher Meer“, einem öffentlichen Badeplatz mit Erholungsmöglichkeiten in der „freien Natur“ gem. Art. 141 Abs. 3 S. 1 der Bayerischen Verfassung. Um den Badeplatz zu erhalten, müssen sich die Nutzer dort naturverträglich, gemeinverträglich und eigentumsverträglich verhalten.

Die Stadt Fürstenfeldbruck übt auf dem Gelände des Badeplatzes das Hausrecht aus. Die Stadt behält sich vor, ihr Hausrecht im Falle von Verstößen gegen die nachfolgenden Regeln zivilrechtlich durchzusetzen (§§ 858 ff, 903, 1004 BGB) und zur Anzeige zu bringen (§§ 123, 303 StGB).

Es gelten die folgenden Regeln:

1. *Die Nutzung des Badeplatzes erfolgt auf eigene Gefahr.*
2. *Bitte bleiben Sie auf den im Lageplan ausgewiesenen Wegen.*

Bitte nehmen Sie Rücksicht auf Andere!

Anlage 5 zum Beschilderungskonzept für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“

Gefahrenstelle

„Plötzliche Tiefenänderungen in der südlichen Flachwasserzone“

I. Vorbemerkung

1 Die Wasserwacht hat mit E-Mail vom 24.07.2020 mitgeteilt, dass sie nicht über die Möglichkeiten verfüge, festzustellen, ob die südliche Flachwasserzone des Badeplatzes „Pucher Meer“ den Vorgaben der Richtlinie für Baggerseen DWA- 615 entspricht.

2 Vor diesem Hintergrund sprechen wir unsere Beschilderungsempfehlung (vgl. Rz. 7 ff.) unter der Bedingung aus, dass **kein** richtlinienkonformes Gefälle besteht:

II. Rechtliche Vorgaben

3 Das Gefälle in den Badeuferbereichen in **Baggerseen** soll nach dem aktuell geltenden Regelwerk der DWA-615 (vergleiche dort S. 33 und 36) im „**Nichtschwimmerbereich** (bis 1,35 m)“ max. 10% (1:10) betragen. Dieses Regelwerk kann grundsätzlich auch für natürliche Seen herangezogen werden.

4 Insbesondere dort, wo sich in der Nähe eines seichten Uferabschnitts - wie hier - eine künstliche Sandaufschüttung befindet, kann es erforderlich sein, sicherheitstechnische Maßnahmen für Kinder, die nicht schwimmen können, zu ergreifen, und zwar selbst dann, wenn an der betreffenden Stelle **kein Nichtwimmerbereich** ausgewiesen ist. Denn es kann zur Begründung einer insoweit bestehenden Verkehrssicherungspflicht genügen, dass die Kommune durch die ufernahe (künstliche) Anlage einen Anreiz geschaffen hat, dass z.B. Kinder dort ins (vermeintlich seichte) Wasser gehen. Entsprechendes gilt nach der Rechtsprechung des BGH auch für plötzliche Tiefenänderungen in Flachwasserzonen, in denen sich regelmäßig Kinder nur aufhalten.

5 Dies bedeutet, dass ab der Uferwasserlinie Richtung See ein entsprechend flaches Gefälle vorliegen muss und keine Abbruchkante gegeben sein darf. Stellt sich heraus, dass innerhalb des notwendigen Gefällebereichs (s.o.) eine Abbruchkante gegeben ist, die eine Gefahr für Leib und Leben von Kindern sein kann (was primär von der Situierung der Abbruchkante abhängt), bedarf es einer Warnung vor einer plötzlichen Tiefenänderung an bzw. vor dieser Stelle. Wir bitten daher höflich um aussagekräftige Messungen, um bestimmen zu können, ob und inwieweit eine Beschilderung erforderlich ist.

6 **Für den Fall, dass die weitere Prüfung ergibt, dass ein Gefälle von max. 10 % (1:10) bis 1,35 m in der südlichen Flachwasserzone nicht vorhanden ist oder nicht mit zumutbarem**

Stadtrat 24.11.2020

Aufwand hergestellt werden kann, legen wir eine Beschilderung „vor Ort“ nach der folgenden Maßgabe nahe:

III. Beschilderung

7 Es wird empfohlen, auf etwaige **plötzliche und für Nichtschwimmer gefährliche Vertiefungen** (Abbruchkanten), dort wo das Gefälle nach der DWA-615 endet, durch das folgende Piktogramm (DIN ISO 20712-1 - WSW 008) hinzuweisen:



Stand: 21.11.2020

IV. Situierung und bauliche Ausführung

8 Bei der Anordnung der Sicherheitszeichen ist darauf zu achten, dass die Sicherheitszeichen

- im normalen Sichtfeld auffallend untergebracht werden (Anbringung der Zeichen in Sichthöhe in mindestens 1,50 m Höhe über dem Boden),
- zu ihrer Umgebung im Kontrast stehen,
- bei besonderen Gefahrenstellen in der Nähe der Gefährdung sichtbar sind,
- im gesamten Wasserbereich an der gleichen Höhe angebracht werden,
- gegenüber anderen Zeichen vorrangig sichtbar sind und
- so angeordnet sind, dass sie selbst keine Gefährdung darstellen.

9 Das Piktogramm DIN ISO 20712-1 - WSW 008 kann vor der Abbruchkante im See angebracht werden. Das Piktogramm wird dazu an einem Rohrpfosten, der im See verankert ist, befestigt. Hinsichtlich der Einzelheiten - Höhe des Zeichens selbst, Montagehöhe, Erkennungsweite und Konstruktion – wird auf die Vorgaben der DIN ISO 20712-3 verwiesen.

10 Wird die oben beschriebene Ausführung nicht gewünscht, was aufgrund der damit verbundenen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nachvollziehbar wäre, ist eine optisch zurückgesetzte

Ausführung am Ufer denkbar. Die Details müssten dann noch zwischen den Gutachtern und den Entscheidungsträgern der AG abgestimmt werden.

Stadtrat 24.11.2020

Gefahrenstelle

„Steg und schwimmende Plattform“ der Wasserwacht

I. Vorbemerkung

1 Die Wasserwacht ist mit einem Steg ausgestattet, der auf eine schwimmende Plattform mündet (vgl. Rz. 19 ff. des Protokolls des Ortstermins vom 22.07.2020). Ausweislich der Rückmeldung der Wasserwacht vom 17.06.2020 werden Steg und Plattform trotz des schon ausgesprochenen Betretensverbots von Badegästen genutzt wird.

2 Für die Verkehrssicherheit dieser Gefahrenstelle ist primär die Wasserwacht verantwortlich, wenn sie den Steg nebst Plattform errichtet hat und/oder unterhält. Allerdings wäre die AG in diesem Fall nicht von der Gewährleistung der Verkehrssicherheit befreit. Denn sie hat grundsätzlich dem Badeverkehr eröffnet und muss daher damit rechnen, dass Badende – wenn auch verbotswidrig – mit dieser Gefahrenstelle in Berührung kommen. Ist sie nicht verkehrssicher gestaltet, trifft die AG jedenfalls die sogenannte sekundäre Verkehrssicherungspflicht, die an ein Überwachungsverschulden (in Bezug auf die primären Verkehrssicherungspflichten der Wasserwacht) anknüpft.

3 Die bauliche Ausführung des Steges unter Plattform selbst muss den einschlägigen technischen Vorschriften entsprechen. Die DIN-Konformität etc. wird von der AN unterstellt; sie wurde gutachterlich nicht geprüft.

II. Beschilderung des Stegs

4 Um die Sperrung der Gefahrenstelle für die Badenutzung zu verdeutlichen, empfehlen wir die Anbringung des folgenden Piktogramms nach DIN EN ISO 7010, Verbotszeichen, P024:



und zwar auch flächig auf dem Steg mit dem gesonderten Hinweis in Textform, dass die Nutzung des Steges ausschließlich der Wasserwacht vorbehalten ist.

5 Alternativ hierzu kann auch eine Beschilderung neben der Anlage an einem Rohrpfosten oder an einer zwischen zwei Rohrpfosten gespannten Absperrkette (welche die Sperrung zusätzlich verdeutlicht und nur während der befugten Benutzung des Steges etc. durch die Wasserwacht entfernt werden darf) gewählt werden.

6 Um auch Gefahren zu begegnen, die aus einem verbotswidrigen Verhalten resultieren, empfehlen wir aus dem die Anbringung des Schildes „Warnung vor Kopfsprüngen“ gem. DIN 4844-2 WSW006 (zur Situierung und baulichen Ausführung sogleich).



24.11.2020 Entwurf

III. Plattform

7 Die Besonderheit dieses Steges ist, dass er auf einer schwimmenden Plattform endet. Es besteht daher die jedenfalls nicht fernliegende Gefahr, dass Kinder versuchen, unter den Steg zu tauchen und deshalb (tödlich) verunglücken. Es wird deshalb empfohlen, vor dieser Gefahr durch ein Piktogramm (DIN EN ISO 7010/W016):



und durch die Aufschrift „**Nicht unter die Plattform tauchen**“ zu warnen (zur Situierung und baulichen Ausführung sogleich).

IV. Situierung und bauliche Ausführung

8 Bei der Anordnung der Sicherheitszeichen ist darauf zu achten, dass die Sicherheitszeichen

- im normalen Sichtfeld auffallend untergebracht werden (Anbringung der Zeichen in Sichthöhe),
- zu ihrer Umgebung im Kontrast stehen,
- bei besonderen Gefahrenstellen in der Nähe der Gefährdung sichtbar und
- so angeordnet sind, dass sie selbst keine Gefährdung darstellen.

9 Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf die übrigen Vorgaben der DIN ISO 20712-3 verwiesen.

10 Es wird empfohlen, das Schild „**Betretensverbot**“ zwei Mal anzubringen, und zwar mittig am Anfang des Steges und auf der Plattform, unmittelbar nach Ende des Steges (ebenfalls mittig).

11 Das Schild „**Warnung vor Kopfsprüngen**“ kann mittig auf der Plattform angebracht werden, um zu verdeutlichen, dass es für alle Seiten der Plattform gilt.

12 **Alternativ** zur flächigen Anbringung, können die Piktogramme im Fall voraussichtlich **zu starker Sonneneinstrahlung** und dadurch bedingter u.U. zu starker Erhitzung der Metallschilder (Verbrennungsgefahr!) auch auf Rohrpfosten o.ä. neben dem Steg vertikal angebracht werden.

13 Erfahrungsgemäß wird das oben vorgeschlagene **Piktogramm mit dem Totenkopfsymbol** von den Benutzern als sehr drastisch wahrgenommen. Nach gutachterlicher Ansicht kann sich die Anbringung des Piktogramms auf eine kleinere Ausführung seitlich, rund um die Plattform (ein Piktogramm/Seite, jeweils nebst Text) beschränken. Im Ergebnis muss sichergestellt sein, dass Kinder, vor der Gefahr des Untertauchens gewarnt werden.

14 Ein physischer Untertauchschutz wird **nicht** empfohlen, da dieser die Gefahr des Ertrinkens noch erhöht, sollte ein Kind die Plattform verbotswidrig untertauchen.

Gefahrenstelle

„Slipanlage“ der Wasserwacht

I. Vorbemerkung

1 Slipanlagen sind wegen ihres Bestimmungszweckes nicht auf einen gefahrlosen Zugang zum Wasser ausgelegt. Es wird deshalb empfohlen, das Betreten/die Benutzung der Slipanlage für Badenutzer zu untersagen.

II. Beschilderung der Slipanlage

2 Um die Sperrung zu verdeutlichen empfehlen wir die Anbringung des folgenden Piktogramms nach DIN EN ISO 7010, Verbotszeichen, P024:



und zwar auch flächig auf der Slipanlage. Ist eine solche Befestigung wegen zu starker Sonneneinstrahlung und der dadurch bedingten Verbrennungsgefahr nicht ratsam, kann auch eine Beschilderung neben der Anlage an einem Rohrpfosten oder an einer zwischen zwei Rohrpfosten gespannten Absperrkette (welche die Sperrung zusätzlich verdeutlicht und nur während der befugten Benutzung der Slipanlage entfernt werden darf) gewählt werden.

Stadtrat 24.11.2020

Anlage 8 des Beschilderungskonzepts für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“

Gefahrenstelle

„Betongusssteine im östlichen Uferbereich“

I. Vorbemerkung

1 Am Boden des „Pucher Meeres“ liegen (wie im Protokoll vom 22.07.2020 unter Rz. 24 festgestellt) im Uferbereich unterhalb der Wasserlinie Betongusssteine.

2 Wir empfehlen dringend (!) eine zeitnahe Beschilderung/Kennzeichnung, da es sich um eine nicht unerhebliche Gefahrenstelle handelt. Insofern dürfen wir auf unsere E-Mail vom 28.07.2020 verweisen.

II. Beschilderung der Gefahrenstelle

3 Es wird daher empfohlen, die Gefahrenstelle mit dem Warnzeichen „Warnung vor Objekten im Wasser nach DIN ISO 20712-1-WSW 007“ zu beschildern.



4 Ungefähr mittig der Gefahrenstelle befürworten wir die Anbringung des obigen Piktogramms auf einem Rohrpfosten.

5 Der tatsächliche räumliche Umgriff der Gefahrenstelle sollte ergänzend durch Bojen markiert werden.

24.11.2020 Entwurf

Anlage 9 des Beschilderungskonzepts für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“

Gefahrenstelle

„Plötzliche Tiefenänderung im östlichen Uferbereich“

I. Vorbemerkung

1 Die Wasserwacht hat mit E-Mail vom 24.07.2020 mitgeteilt, dass sie nicht über die Möglichkeiten verfüge, festzustellen, ob die südliche Flachwasserzone des Badeplatzes „Pucher Meer“ den Vorgaben der Richtlinie für Baggerseen DWA- 615 entspricht.

2 Vor diesem Hintergrund sprechen wir unsere Beschilderungsempfehlung (vgl. Rz. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** ff.) unter der Bedingung aus, dass **kein** richtlinienkonformes Gefälle besteht:

II. Rechtliche Vorgaben

3 Das Gefälle in den Badeuferbereichen in **Baggerseen** soll nach dem aktuell geltenden Regelwerk der DWA-615 (vergleiche dort S. 36) im „**Nichtschwimmerbereich** (bis 1,35 m)“ max. 10 % (1:10) betragen. Dieses Regelwerk kann grundsätzlich auch für natürliche Seen herangezogen werden.

4 Denn insbesondere in der Nähe eines seichten Uferabschnitts kann es erforderlich sein, sicherheitstechnische Maßnahmen für Kinder, die nicht schwimmen können, zu ergreifen, und zwar selbst dann, wenn an der betreffenden Stelle **kein Nichtwimmerbereich** ausgewiesen ist. Stellt sich heraus, dass innerhalb des notwendigen Gefällebereichs (s.o.) eine Abbruchkante gegeben ist, die eine Gefahr für Leib und Leben von Kindern sein kann (was primär von der Situierung der Abbruchkante abhängt), bedarf es einer Warnung vor einer plötzlichen Tiefenänderung an bzw. vor dieser Stelle. Denn es kann nach der Rechtsprechung des BGH eine plötzliche Tiefenänderungen in Flachwasserzone genügen, um eine Verkehrssicherungspflicht der Kommune zu bejahen, wenn und soweit sich in diesem Bereich regelmäßig Kinder aufhalten. Wir bitten daher höflich um aussagekräftige Messungen, um bestimmen zu können, ob und inwieweit eine Beschilderung erforderlich ist.

5 **Für den Fall, dass die weitere Prüfung ergibt, dass ein Gefälle von max. 10 % (1:10) bis 1,35 m in der südlichen Flachwasserzone nicht vorhanden ist oder nicht mit zumutbarem Aufwand hergestellt werden kann, legen wir eine Beschilderung „vor Ort“ nach der folgenden Maßgabe nahe:**

Stand: 27.11.2020

Anlage 9 des Beschilderungskonzepts für den kommunalen Badeplatz „Pucher Meer“

III. Beschilderung

6 Es wird empfohlen, auf etwaige **plötzliche und für Nichtschwimmer gefährliche Vertiefungen** (Abbruchkanten), dort wo das Gefälle nach der DWA-615 endet, durch das folgende Piktogramm (DIN ISO 20712-1 - WSW 008) hinzuweisen:



IV. Situierung und bauliche Ausführung

7 Bei der Anordnung der Sicherheitszeichen ist darauf zu achten, dass die Sicherheitszeichen

- im normalen Sichtfeld auffallend untergebracht werden (Anbringung der Zeichen in Sichthöhe in mindestens 1,50 m Höhe über dem Boden),
- zu ihrer Umgebung im Kontrast stehen,
- bei besonderen Gefahrenstellen in der Nähe der Gefährdung sichtbar sind,
- im gesamten Wasserbereich an der gleichen Höhe angebracht werden,
- gegenüber anderen Zeichen vorrangig sichtbar sind und
- so angeordnet sind, dass sie selbst keine Gefährdung darstellen.

8 Das Piktogramm DIN ISO 20712-1 - WSW 008 kann vor der Abbruchkante im See angebracht werden. Das Piktogramm wird dazu an einem Rohrpfosten, der im See verankert ist, befestigt. Hinsichtlich der Einzelheiten - Höhe des Zeichens selbst, Montagehöhe, Erkennungsweite und Konstruktion – wird auf die Vorgaben der DIN ISO 20712-3 verwiesen.

9 Wird die oben beschriebene Ausführung nicht gewünscht, was aufgrund der damit verbundenen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nachvollziehbar wäre, ist eine optisch zurückgesetzte Ausführung am Ufer denkbar. Die Details müssten dann noch zwischen den Gutachtern und den Entscheidungsträgern der AG abgestimmt werden.

Stadtrat 24.11.2020

Gefahrenstelle

Badeinsel(n)

I. Vorbemerkung

1 Haftpflichtfälle im Zusammenhang mit Badeinseln, die zu einer Haftung des Verkehrssicherungspflichtigen geführt hätten, sind selten. Die Rechtsprechung hat bislang nur die Fallgruppen einer nicht ausreichenden Sprungtiefe und der fehlenden Rutschfestigkeit der Beplankung behandelt. Anerkannt ist, dass die Badeinsel selbst verkehrssicher sein muss. Es gilt insbesondere für ihre kippsichere Verankerung und Fixierung, die so ausgeführt sein muss, dass sich niemand daran verhaken kann, sollte die Badeinsel bestimmungswidrig untertaucht werden.

2 Im Übrigen gibt es keine Entscheidung darüber, dass der Verkehrssicherungspflichtige deswegen haftpflichtig gemacht wurde, weil er durch die Situierung einer Badeinsel einen Anreiz dazu gegeben hat, dass Badegäste zu einer Badeinsel schwimmen.

3 **Gleichwohl wird empfohlen, die Badeinsel(n) nicht zu weit vom Ufer zu situieren. Sollte die Distanz zwischen Ufer und Badeinsel so weit sein, dass diese nur von ausdauernden bzw. geübten Schwimmern (hin und zurück) bewältigt werden kann, müssen die Sicherheitshinweise ggf. insoweit ergänzt werden.**

4 Im Übrigen dürfen wir noch auf unseren Vorläufigkeitsvorbehalt verweisen (vergleiche Herleitung Beschilderungskonzept, Rz. 16), dem die nachfolgenden Empfehlungen unterliegen.

II. Bauliche Ausführung und Situierung (Sprungtiefe)

5 Für das Verhältnis Wassertiefe und „Höhe“ der Badeinsel (Sprungtiefe) können die Regelungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) zu Startsockeln analog herangezogen werden.

6 Die DGUV empfiehlt für Startsockel eine Wassertiefe von mindestens 1,80 m über eine Länge von 5 m. Legt man diese Bestimmungen zugrunde, muss im Sprungbereich von Badeinseln (ebenso wie bei Badestegen) eine Wassertiefe von mindestens 1,80 m vorhanden sein - vorausgesetzt, der Abstand zwischen Absprungebene und Wasseroberfläche ist nicht größer als bei einem Startsockel.

Entwurf 2020 Ltr Pr 181

7 Wie groß der Abstand zwischen Startsockel und Wasseroberfläche sein darf, wird weder durch die genannte DGUV Regel noch durch die DIN über Schwimmbadgeräte vorgegeben. Letztere verweist insoweit aber auf die Regelungen des Weltschwimmverbandes. Danach muss der Abstand zwischen 0,50 m und 0,75 m betragen. Sofern also eine Badeinsel mehr als 0,75 m über die Wasseroberfläche hinausragt, muss das Wasser im Sprungbereich tiefer als 1,80 m sein.

8 Ist demnach

- die Sprungtiefe ausreichend **und**
- befinden sich auch **keine aufstehenden festen Gegenstände** (Wurzelstöcke, Findlinge etc.) im Sprungbereich der Insel(n), mit denen der „Springer“ bei einem Kopfsprung kollidieren könnte,

muss vor (Kopf)Sprüngen ins Wasser **nicht gewarnt** werden.

9 Die Tiefenermittlung der AG ergab, dass auch in wohl unmittelbarer Nähe des Ufers eine Wassertiefe von durchschnittlich 4m gegeben ist.

10 Dies zu Grunde gelegt, kann eine ausreichende Sprungtiefe im Sprungbereich der Badeinsel gewährleistet sein, **immer vorausgesetzt, dass ihr Bewegungsradius begrenzt ist.**

III. Ggf. Beschilderung und ihre bauliche Ausführung

11 Kann eine ausreichende „Sprungtiefe“ etc. **nicht gewährleistet** werden (siehe oben Rz. 5), wird **dringend empfohlen** das Schild DIN 4844-2 WSW006 (Vor Sprüngen ins Wasser wird wegen Verletzungsgefahr eindringlich gewarnt) an allen vier Seiten der Badeinsel(n) anzubringen



(Schild DIN 4844-2 WSW006)

und zwar flächig auf der Beplankung der Badeinsel.

Gerichtsfest 24.11.2020

IV. Ausführung der Badeinseln im Übrigen

12 Badeinseln müssen der einschlägigen DIN entsprechen. Dabei dürfte es sich – mangels direkt anwendbarer technischer Regeln – wohl um die DIN für Schwimmbadgeräte handeln.

13 Einer Ausführung der Oberfläche in Kunststoff ist möglicherweise deshalb der Vorzug zu geben, weil sich vom Holz witterungs- und temperaturbedingt Splitter lösen können.

14 Die Badeinsel(n) müssen kippsicher fixiert sein. Die Verbindung zwischen Verankerung und der Insel muss so ausgeführt sein, dass sich z.B. Kinder, die die Befestigung der Insel näher untersuchen wollen, sich unter Wasser „verhaken" können.[1]

15 Ferner muss die Verankerung (z.B. durch Grundgewichte) so ausgeführt sein, dass die Badeinsel(n) – einmal ausgebracht – weitgehend „standorttreu" bleibt/bleiben.

16 Einer Ausführung der Oberfläche in Kunststoff ist möglicherweise deshalb der Vorzug zu geben, weil sich vom Holz witterungs- und temperaturbedingt Splitter lösen können.

17 Zu empfehlen ist weiter eine Überprüfung durch den TÜV in Bezug auf Rutschfestigkeit und sonstige Zulassungskriterien (Verbindungen, statischer Nachweis der Verankerung, Kippsicherheit etc.). Manche Hersteller bieten nicht nur die die Lieferung der Badeinsel, sondern auch die Abnahme der Badeinsel durch den TÜV an.

18 Im Übrigen würden wir eine kleinere Ausführung empfehlen. Je größer die Ausführung (z.B. 4 m mal 4 m), desto eher ist mit einer größeren Anzahl von Badenden auf der Badeinsel zu rechnen, was selbstgefährdendes bzw. nicht bestimmungsgemäßes Verhalten auf der Badeinsel (z.B. Lagerfeuer) fördern könnte.

19 Hinzu kommt, dass durchaus mit Besuchern der Badeinseln in der Nacht zu rechnen sein dürfte. Je größer die Badeinsel ist, desto eher lädt sie zum nicht bestimmungsgemäßen Verhalten und Verweilen ein, was ein gewisses Gefährdungspotenzial begründen könnte. Damit ist zwar nicht gesagt, dass schon die Größe der Badeinseln haftungsbegründend wirkt. Allerdings sollte nach dem Prinzip des sichersten Weges ein insofern unnötiges Risiko vermieden werden.

---

[1] Ein Verbot des „Untertauchens" der Badeinsel(n), analog zur Beschilderung der Gefahrenstelle „Steg/Plattform" der Wasserwacht (vgl. Anlage 6) ist nach gutachtlicher Ansicht nicht erforderlich. Denn die Badeinsel(n) wird/werden voraussichtlich nicht von Kindern frequentiert werden, die die Gefahr, die mit dem Untertauchen verbunden ist, nicht beurteilen können bzw. nicht schwimmen und tauchen können. Nur für den Fall, dass die Badeinsel in Reichweite weniger im Schwimmen und Tauchen geübter Kinder situiert werden soll, sollte eine entsprechende Beschilderung angebracht werden.

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2217/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Erlass einer Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Fürstenfeldbruck über die Benutzung des Erholungsgebietes "Pucher Meer" (Pucher-Meer-Satzung - PMS)		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	32-175	Erstelldatum	14.10.2020
Verfasser	Brodschelm, Thomas	Zuständiges Amt	Amt 3 Amt 2
Sachgebiet	32 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Integration, Sozia-les, Jugend und Sport	Vorberatung	16.11.2020	Ö
2	Stadtrat	Entscheidung	24.11.2020	Ö

Stadtrat 24.11.2020

Anlagen:	1) Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Fürstenfeldbruck über die Benutzung des Erholungsgebietes „Pucher Meer“ (Pucher-Meer-Satzung – PMS) 2) Vorabempfehlung zum Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer“ hinsichtlich der Aufhebung der Satzung vom 06.08.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

1. die in Anlage 1 beigefügte Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Fürstenfeldbruck über die Benutzung des Erholungsgebietes „Pucher Meer“ (Pucher-Meer-Satzung – PMS).

2. die Benutzung des Erholungsgebietes „Pucher Meer“ künftig mittels privatrechtlicher Hausordnung zu regeln, die sich im Wesentlichen an den Inhalten der bisherigen Satzung orientieren soll.

Stadtrat
24.11.2020

Referent/in	Kellerer / CSU		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		keine		
Umweltauswirkungen		keine		
Finanzielle Auswirkungen		Nein		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Im Rahmen der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für das „Pucher Meer“ empfiehlt die beauftragte Kanzlei TACKE KRAFFT Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB, München, unter anderem die Aufhebung der Pucher-Meer-Satzung (Rn. 18 der Vorabempfehlung zum Sicherheitskonzept vom 06.08.2020 in Anlage 2).

Die Benutzung des Erholungsgebietes „Pucher Meer“ wird bis dato mittels einer öffentlich-rechtlichen Benutzungssatzung geregelt.

Durch die Aufhebung der Satzung resultiert nun „nach allgemeinen Grundsätzen aber eine Haftungsprivilegierung, wonach der insoweit Duldungspflichtige (*hier: Stadt Fürstenfeldbruck*) grundsätzlich nur für die nicht naturtypischen bzw. nur für atypische Gefahren haftet. Die Haftungsprivilegierung schlägt auch auf die strafrechtliche Ebene durch. Denn mit der zivilrechtlichen Haftungsprivilegierung entfällt gleichzeitig auch der strafrechtliche Verschuldensvorwurf.“ (vgl. Rn. 13 und 14 der Vorabempfehlung zum Sicherheitskonzept vom 06.08.2020 in Anlage 2).

Für die Bürgerinnen und Bürger bzw. Benutzerinnen und Benutzer hat die Aufhebung der Satzung keine wesentlichen Änderungen zur Folge, da der unentgeltliche Zugang bzw. die unentgeltliche Nutzung des Erholungsgebietes erhalten bleiben (Rn. 19 der Vorabempfehlung zum Sicherheitskonzept vom 06.08.2020 in Anlage 2).

Für die Aufhebung der Pucher-Meer-Satzung ist eine entsprechende Satzung zu erlassen (Art. 48 Satz 1 Landesstraf- und Verordnungsgesetz – LStVG – analog), welche in der Anlage 1 beigefügt ist.

Die Benutzung des Erholungsgebietes „Pucher Meer“ soll künftig nicht mehr öffentlich-rechtlich mittels Satzung sondern über eine privatrechtliche Hausordnung geregelt werden, die sich inhaltlich an der Pucher-Meer-Satzung orientieren soll.

Die Verwaltung kommt somit zu eingangs formuliertem Beschlussvorschlag.

Stadtrat 24.11.2020

Satzung zur Aufhebung der Satzung der Stadt Fürstenfeldbruck über die Benutzung des Erholungsgebietes „Pucher Meer“ (Pucher-Meer-Satzung – PMS)

Die Stadt Fürstenfeldbruck erlässt aufgrund der Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2020 (GVBl. S. 350) geändert worden ist, folgende

S A T Z U N G

§ 1
Aufhebung einer Satzung

Die Satzung der Stadt Fürstenfeldbruck über die Benutzung des Erholungsgebietes „Pucher Meer“ (Pucher-Meer-Satzung – PMS) vom 23. Oktober 1997, zuletzt geändert durch Stadtratsbeschluss vom 04. Juli 2006, wird aufgehoben.

§ 2
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Fürstenfeldbruck, den ……

Erich Raff
Oberbürgermeister

ENTWURF Stadtrat 24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

TACKE KRAFFT

TACKE KRAFFT Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB | Rindermarkt 3 und 4 | 80331 München

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Sachgebiet 24 – Immobilienmanagement
Hauptstr. 31
82256 Fürstenfeldbruck

Partner
Dr. Georg Krafft
Dr. Götz Tacke
Christian Koller
Fachanwalt für Medizinrecht
Lehrbeauftragter der TU München

Rechtsanwälte
Nicole Tassarek-Schröder
Eva-Maria Rönsberg
Fachanwältin für Verwaltungsrecht
Dr. Frank Zentz, LL.M. (Emory)
Fachanwalt für Medizinrecht
Fachanwalt für Bau- u. Architektenrecht
Anna Herzig
Fachanwältin für Medizinrecht
Dr. Julia Gräf
Fachanwältin für Medizinrecht

München, 6. August 2020

Stand 24.11.2020

Anlage 1: Vorabempfehlung

zum

Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer“

hinsichtlich der

Aufhebung der Satzung

für die

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
- Auftraggeberin (AG) -

von

Tacke Krafft PartG mbB
dort: RA Dr. Krafft
- Auftragnehmerin (AN) –

Ansprechpartner:
RA Dr. Georg Krafft
E-Mail:
georg.krafft@tacke-krafft.de

Assistenz:
Stefanie Grahl

Unser Zeichen:
45/20 KR01 SG

TACKE KRAFFT
Rechtsanwälte in
Partnerschaft mbB

Rindermarkt 3 und 4
80331 München
Tel. +49 89189443-0
Fax +49 89189443-33

www.tacke-krafft.de

Stadtsparkasse München
IBAN: DE18 7015 0000 0087 1637 54
SWIFT-BIC: SSKMDEMM

USt-ID: DE 814 151 157
AG München PR 536

A Vorbemerkung und tatsächliche Prämissen

1 Die AG hat der AN den Auftrag erteilt, ein Sicherheitskonzept für das „Pucher Meer" zu entwerfen. Aus zeitlichen Gründen sind die AG und die AN übereingekommen, dass zunächst ein vorläufiges Sicherheitskonzept erstellt wird, um eine möglichst haftungssichere Zurverfügungstellung der Badenutzung des kommunalen Badeplatzes „Pucher Meer" für die Bürgerinnen und Bürger für die laufende Badesaison im Jahr 2020 zu gewährleisten.

2 Teil des vorläufigen Sicherheitskonzepts ist die folgende Vorabempfehlung. Mit ihrer Umsetzung wird eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der Ziele des (endgültigen) Sicherheitskonzepts für das „Pucher Meer" geschaffen.

3 Laut Auskunft der AG ist die Benutzung des „Pucher Meer" durch Satzung geregelt. Sie gilt nach wie vor. Die Geltung einer Satzung ist eine entscheidende rechtliche Prämisse für das Sicherheitskonzept und die Frage der Haftung der Entscheidungsträger und sonstigen Verantwortlichen.

4 Dazu im Einzelnen wie folgt:

B Herleitung der Vorabempfehlung „Aufhebung der Satzung"

I. Baden in Gewässern

5 Das „Recht auf das Baden" in oberirdischen Gewässern, zu denen auch das „Pucher Meer" zählt, kann nach Rechtsprechung und Literatur auf mehrere Rechtsgrundlagen gestützt werden, und zwar

- auf den gewässerrechtlichen Gemeingebrauch, Art. 18 BayWG,
- auf die Bestimmungen der Bayerischen Verfassung, Art. 141 Abs. 3 S. 1 BV,
- sowie auf die grundgesetzlich garantierte allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs.1 S. 1 GG.

vgl. nur BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356 m.w.N.

Stadtrat 24.07.2020

II. Zugang zum Ufer

6 Das Recht auf freien Zugang zum Ufer des „Pucher Meer", kann ebenfalls auf mehrere Rechtsgrundlagen gestützt werden, und zwar auf

- das freie Betretensrecht, § 59 Abs. 1 BNatSchG,
- die Bestimmungen der Bayerischen Verfassung, Art. 141 Abs. 3 S. 1 BV,
- sowie auf die grundgesetzlich garantierte allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 S. 1 GG.

vgl. auch BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 36 ff.

III. Grundrechtsbindung

7 Die AG ist als kommunale Gebietskörperschaft und als Teil der vollziehenden Gewalt an Recht und Gesetz (Art. 20 Abs. 3 GG) einschließlich der Grundrechte (Art. 1 Abs. 3 GG) gebunden.[1]

Vgl. BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 28

IV. Rechtliche Konsequenzen einer Widmung als kommunaler Badeplatz

8 Es ist grundsätzlich möglich, eine Gewässerfläche sowie Teile des Ufers für Badezwecke zu widmen und insoweit den Umfang des gesetzlichen Gemeingebrauchs sowie der verfassungsrechtlichen Freiheitsrechte des Einzelnen einzuschränken. Dies kann dadurch geschehen, dass die entsprechenden Gewässer- und Uferflächen als kommunale öffentliche Einrichtung für die Badenutzung („kommunaler Badeplatz") gewidmet werden.

9 Eine Widmung liegt allerdings nicht schon in der Ausstattung und faktischen Bewirtschaftung von Grundstücken und Gewässerflächen als Bäder, sondern setzt als hoheitlicher, dinglich wirkender Rechtsakt eine ausdrückliche Regelung der

[1] Ihrer öffentlich-rechtlichen Bindung könnte sich die AG auch dann nicht entziehen, wenn sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben einer privatrechtlich organisierten Eigengesellschaft bedienen würde (BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 28).

Stand: 17.12.2020

Zweckbestimmung der Sache und ihrer Nutzung durch Rechtssatz oder dinglichen Verwaltungsakt voraus. Zur Widmung kommunaler Einrichtungen ist entweder der Erlass einer Satzung oder eine hoheitliche Einzelfallregelung durch den Stadt-/Gemeinderat als zuständiges Stadt-/Gemeindeorgan erforderlich. Pachtverträge können die Widmung nicht ersetzen.

Vgl. BVerwG, Urteil v. 13.09.2017 – 10 C 7/16 = BVerwGE 159, 337-356, Rz. 42 f.

10 Als Konsequenz einer solchen Widmung muss die Gebietskörperschaft die Nutzung des Areals nur noch im Rahmen der Widmung dulden bzw. zulassen. Damit korrespondiert aber eine **Verkehrseröffnung** im Umfang der Widmung. D.h.: **Verkehrssicherungspflichten** werden in diesem Fall

aus dem Widmungszweck (!) hergeleitet und

nicht

aus der (duldungspflichtigen) Ausübung des gesetzlichen Gemeingebrauchs bzw. der rechtlich garantierten Freiheitsrechte.

11 Nach der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts München ist unter dem Regime einer „widmenden" Satzung allenfalls eine Reduzierung des Verschuldensmaßstabs auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit möglich, sofern die Nutzung unentgeltlich gewährt wird.

vgl. OLG München, Urteil v. 13.12.2018 – 1 U 2262/18, n.v.

12 Allerdings ist - abgesehen von dem Charakter einer Einzelfallentscheidung der vorzitierten Rechtsprechung des Oberlandesgerichts München - fragwürdig, ob die AG eine Haftungsbeschränkung auf der Verschuldensebene für sich in Anspruch nehmen möchte und im Einzelfall auch tatsächlich kann.

V. Rechtliche Konsequenzen des Fehlens einer Widmung

13 Fehlt eine Widmung durch Satzung, muss der Verfügungsbefugte zwar die Ausübung der landes- und verfassungsrechtlich geschützten subjektiven Rechte des

194

Einzelnen dulden. Daraus wiederum resultiert nach allgemeinen Grundsätzen aber eine

Haftungsprivilegierung,

wonach der insoweit Duldungspflichtige grundsätzlich nur für die nicht naturtypischen bzw. nur für atypischen Gefahren haftet.

vgl. nur BGH, Urteil v. 02.10.2012 -VI ZR 311/11 m.w.N.; vertiefte Ausführungen zur Herleitung der Haftungsprivilegierung finden sich im finalen Sicherheitskonzept.

14 Die Haftungsprivilegierung schlägt auch auf die strafrechtliche Ebene durch. Denn mit der zivilrechtlichen Haftungsprivilegierung entfällt gleichzeitig auch der strafrechtliche Verschuldensvorwurf.

15 Abgesehen davon ist, sollte es gleichwohl zu einer Verurteilung kommen, einer etwaigen Strafverschärfung die rechtliche Grundlage entzogen. Denn die Rechtsprechung der Strafgerichte wendet den Strafverschärfungstatbestand des § 340 StGB (Körperverletzung im Amt) an, wenn die Rechtsbeziehungen öffentlich-rechtlich (also wie hier durch Satzung) geregelt sind.

vgl. LG Bad Kreuznach, Urteil v. 31.05.2012 – 1024 Js 6294/10 Ns – juris, Rz. 65

16 Wird die Satzung aufgehoben, besteht auch die Gefahr einer Strafverschärfung **nicht** mehr.

VI. Hausordnung

17 Die Satzung kann durch eine Hausordnung ersetzt werden. Diese kann sich im Wesentlichen an den Inhalten der bisherigen Satzung orientieren. Das bedeutet, dass die in der Satzung vorgegebenen Verhaltensregeln i.d.R. ohne größere Einschränkungen vgl. Ausführungen in (**Anlage 2**) übernommen werden können. Etwaig erforderliche disziplinarische Maßnahmen können mit Hilfe des Hausrechts ebenfalls durchgesetzt werden.

07.02.17 14:42

C Empfehlung

18 Um die oben beschriebenen Haftungsprivilegierungen für den in Rede stehenden kommunalen Badeplatz in Anspruch nehmen zu können, wird deshalb

empfohlen,

die bestehende Satzung durch Beschluss des Stadtrates zeitnah für die laufende Badesaison 2020

aufzuheben.

19 Für die Bürgerinnen und Bürger ändert sich – abgesehen von den intendierten Haftungserleichterungen zugunsten der AG - nichts. Der unentgeltliche Zugang bzw. die unentgeltliche Nutzung des Badeplatzes bleiben erhalten.

Für Rückfragen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Satzung stehen Ihnen die Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Georg Krafft
Rechtsanwalt

Eva-Maria Rönsberg
Rechtsanwältin und
Fachanwältin für Verwaltungsrecht

Stadtrat 24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2290/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Grundschule West II, Geschäftsordnung der Lenkungsgruppe		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:		Erstelldatum	09.11.2020
Verfasser	Wegner, Bruno	Zuständiges Amt	Amt 4 Amt 3
Sachgebiet	45 Hochbau	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Entscheidung	24.11.2020	Ö

Anlagen:	Anlage 1 Geschäftsordnung Lenkungsgruppe

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. zur Wahrnehmung der Bauherrenaufgabe der Stadt Fürstenfeldbruck zur Planung und Realisierung des Neubaus der Grundschule West II eine Lenkungsgruppe zu installieren.

2. die in Anlage 1 beiliegende Geschäftsordnung wird genehmigt.

Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachbericht zur Sitzung des Stadtrats im November 2020

1. Planungsstand Neubau Grundschule West II

Der Neubau der Grundschule West II ist mit Gesamtkosten von ca. 24 Millionen Euro das umfangreichste und wichtigste Projekt, das die Stadt seit der Realisierung des Veranstaltungsforums Ende der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts angeht.

Für die Planung des Projekts sind am 22.05.20 Köhler Architekten und Landschaftsarchitekt Kübert beauftragt worden.
Mittlerweile konnten Fachplanerleistungen wie Brandschutzplanung und Bauphysik national ausgeschrieben und vergeben werden.
Da die für die weitere Planung maßgeblichen Fachplaner für Tragwerksplanung und HLS Planung zeitaufwendig europaweit ausgeschrieben werden müssen, wurden Berater für Holzbau und HLS vorgeschaltet, die kurzfristig beauftragt werden konnten.
Mit diesem Team war es möglich ohne Zeitverlust die Vorentwurfsplanung zu vertiefen. Im weiteren Verlauf fanden intensive Abstimmungsgespräche mit der Arbeitsgruppe und der Schulleitung statt. Das Ergebnis dieser positiven und zielführenden Zusammenarbeit spiegelt sich im Vorentwurf wieder.
Mit den Ergebnissen der Berater für Holzbau und HLS ist dieser Teil der Planungsphase abgeschlossen, das Ergebnis kann mit unwesentlichen Änderungen des Wettbewerbsentwurfs in die nachfolgende Entwurfsplanung übernommen werden. Zeitnah werden, auf der Basis der Voruntersuchung, Tragwerksplaner, HLS-Planer sowie Elektroplaner europaweit ausgeschrieben.

Fazit:
Die Planung ist mit den Nutzern und allen beteiligten Fachplanern abgestimmt. Der Kostenrahmen sowie der Terminplan werden Stand Nov. 2020 eingehalten.

Stadtrat 24.11.2020

2. Lenkungsgruppe Neubau Grundschule West II

2.1. Zweck der Lenkungsgruppe
Aufgrund der Bedeutung des Vorhabens soll die Planung und Realisierung des Neubaus Grundschule West II nicht wie üblich in der normalen Ämterstruktur, sondern in einer speziellen Projektstruktur stattfinden.
Aus diesem Grunde wurde in der Stadtverwaltung eine Arbeitsgruppe installiert. Deren Mitglieder sind gegenüber dem Oberbürgermeister weisungsgebunden. Hierbei handelt es sich um Personen der Verwaltung sowie externe juristische und fachlich-technische Berater.
Zur effektiven Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben für die weitere Planung und Realisierung des Bauvorhabens soll eigens eine Lenkungsgruppe als projektspezifisches Gremium geschaffen werden.
Damit sollen Kompetenzen mehrerer beschließender Ausschüsse gebündelt werden, die ansonsten nach § 9 Abs. 3 Nr. 1, 2, 4 und 5 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck in die Aufgabenbereiche des Haupt- und Finanzausschusses, des Planungs- und Bauausschusses, des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau sowie des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport fallen würden.
Soweit nach der Geschäftsordnung des Stadtrats Fürstenfeldbruck dieser selbst und nicht die vorgenannten beschließenden Ausschüsse zuständig sind, bleiben die bisherigen Zuständigkeitsregelungen der Stadt auch für dieses Projekt unverändert.
Gleiches gilt, soweit andere als die oben namentlich genannten beschließenden Ausschüsse zuständig sind. Die Lenkungsgruppe ist in diesen Fällen nicht zuständig.

Ebenfalls nicht zuständig ist die Lenkungsgruppe, soweit der Oberbürgermeister bereits kraft Gesetzes oder gemäß Ziff. A.IV. (§§ 15 ff.) der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck die Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit erledigt.
Neben der Bündelung der Aufgabenbereiche mehrerer beschließender Ausschüsse zur effektiveren Wahrnehmung der Bauherrnaufgaben soll durch die Lenkungsgruppe ein leistungsfähiges Team geschaffen werden, zu welchem der Oberbürgermeister, der 2. Bürgermeister, Stadtratsmitglieder aller Fraktionen / Fraktionsgemeinschaften, Planungs- und Finanzreferenten, aber auch Vertreter von Fachabteilungen der Kommunalverwaltung, des Nutzers, ein juristischer Projektmanager sowie Architekten gehören. Dabei wird zwischen stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Mitgliedern differenziert.
Zweck der Lenkungsgruppe ist zudem mit Blick auf deren Besetzung auch eine verbesserte Information des Stadtrats zum jeweiligen Projektstand. So soll die Lenkungsgruppe in ihren je nach Bedarf einzuberufenden Sitzungen nicht lediglich die erforderlichen Entscheidungen finden und Beschlüsse fassen. Darüber hinaus wird sie stets vom Vorsitzenden sowie von der Arbeitsgruppe zum wesentlichen, jeweils aktuellen Sachstand des Projektfortschritts informiert.

2.2. Geschäftsordnung der Lenkungsgruppe

Mit der Geschäftsordnung der Lenkungsgruppe soll ein gegenüber der Geschäftsordnung des Stadtrats Fürstenfeldbruck vereinfachtes Procedere zur Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für die Einberufung der Lenkungsgruppe, für Ladung, Festsetzung der Tagesordnung, Sitzungsverlauf, Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung.

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020

Geschäftsordnung für die Lenkungsgruppe der Stadt Fürstenfeldbruck zur Planung und Realisierung des Neubaus Grundschule West II

§ 1 Aufgaben der Lenkungsgruppe

(1) Aufgabe der Lenkungsgruppe ist die Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben der Stadt Fürstenfeldbruck zur Planung und Realisierung des Bauvorhabens Neubau Grundschule West II.

(2) Die Lenkungsgruppe ist zuständig, soweit bei den sich aus Abs. (1) ergebenden Angelegenheiten die Aufgabenbereiche des Haupt- und Finanzausschusses, des Planungs- und Bauausschusses, des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau sowie des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport betroffen wären (§ 9 Abs. 3 Nr. 1, 2, 4 und 5 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck). Diese Aufgabenbereiche werden projektbezogen auf den Oberbürgermeister übertragen, mit den Maßgaben der für die Lenkungsgruppe geltenden Regelungen.

(3) Sind nach der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck nicht die in Abs. (2) genannten beschließenden Ausschüsse zuständig, sondern der Stadtrat oder andere, in Abs. (2) nicht ausdrücklich genannte Ausschüsse, bleiben die bisherigen Zuständigkeitsregelungen der Stadt auch für dieses Projekt unverändert.

(4) Die Maßgaben dieser Geschäftsordnung für die Lenkungsgruppe gelten gegenüber dem Oberbürgermeister nicht, soweit dieser bereits kraft Gesetzes oder gemäß Ziff. A.IV. (§§ 15 ff.) der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck die Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit erledigt.

Stadtrat 24.11.2020

§ 2 Mitglieder der Lenkungsgruppe

(1) Die Lenkungsgruppe hat 16 stimmberechtigte Mitglieder einschließlich dem Vorsitzenden. Die Zusammensetzung dieser Mitglieder bestimmt sich wie folgt:

- Der/die jeweilige Oberbürgermeister/-in
- Der/die jeweilige 2. Bürgermeister/-in
- Der/die jeweilige Planungsreferent/-in
- Der/die jeweilige Finanzreferent/-in
- Jeweils ein/-e Stadtrat/-rätin der Fraktionen CSU, BBV, FW, Grüne, SPD, Fraktionsgemeinschaft Linke/Partei/ÖDP, wobei diese das jeweilige Stadtratsmitglied selbst benennen
- Der/die jeweilige Schulleiter/-in
- Der/die jeweilige städtische Projektleiter/-in
- Der/die jeweilige Amtsleiter/in 3, 4 und 5
- Der/die jeweilige externe jurist. Projektmanager/-in

Namentlich handelt es sich am Tage des Inkrafttretens dieser Geschäftsordnung um folgende Personen:

- Herr Erich Raff, Oberbürgermeister, Vorsitzender der Lenkungsgruppe
- Herr Christian Stangl, 2. Bürgermeister, Bündnis 90/Die Grünen
- Herr Christian Götz, Planungsreferent, BBV
- Herr Prof. Dr. Wollenberg, Finanzreferent, FDP
- Herr Dr. Johann Klehmet, BBV

- Herr Johann Schilling, CSU
- Herr Georg Stockinger, FW
- Herr Thomas Brückner, Grüne
- Herr Mirko Pötzsch, SPD
- Frau Dr. Alexa Zierl, Linke/Partei/ÖDP
- Herr Bruno Wegner, Projektleiter
- Frau Tanja Stock, Schulleiterin
- Herr Christian Kieser, Amtsleiter 3
- Herr Johannes Dachsel, Amtsleiter 4
- Herr Michael Maurer, Amtsleiter 5
- Herr Dr. Andreas Zöpfl, juristisches Projektmanagement

(2) Mit Ausnahme der Regelung in § 4 Abs. (1) ist keine Möglichkeit zur Stellvertretung einzelner Mitglieder vorgesehen.

(3) In der Regel sollen als nicht stimmberechtigte Mitglieder die Architekten Dipl.-Ing. Simon Winter und Dipl.-Ing. Horst Kübert (ARGE Köhler Kübert) bei der Wahrnehmung der Aufgaben der Lenkungsgruppe beigezogen werden.

§ 3 Verschwiegenheitspflicht

(1) Die Mitglieder der Lenkungsgruppe sind während der Dauer ihrer Mitgliedschaft und auch nach deren Ablauf verpflichtet, über vertrauliche Angaben und Geheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit in der Lenkungsgruppe bekannt geworden sind, sowie über interne Vorgänge in der Lenkungsgruppe (zum Beispiel Abstimmungsergebnisse, Stimmabgaben und Stellungnahmen der Mitglieder der Lenkungsgruppe) Stillschweigen zu wahren. Dies gilt nicht für interne Informationen von Stadtratsmitgliedern an ihre jeweilige Stadtratsfraktion.

(2) Zu den Beratungen hinzugezogene Sachverständige und andere Personen sind vom Vorsitzenden zu Stillschweigen im Sinne von Abs. 1 zu verpflichten.

(3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft sind alle vertraulichen Unterlagen an den Vorsitzenden herauszugeben.

Stadtrat 24.11.2020

§ 4 Vorsitz und Verantwortung für den Geschäftsgang

(1) Der Oberbürgermeister der Stadt Fürstenfeldbruck führt den Vorsitz in der Lenkungsgruppe. Im Verhinderungsfall wird er in seinen Aufgaben als Vorsitzender durch seine(n) jeweilige(n) Vertreter(in) im Amt vertreten.

(2) Der Vorsitzende bereitet die Beratungsgegenstände vor und beruft die Sitzungen ein. In den Sitzungen leitet er die Beratung und die Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus.

(3) Der Vorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Lenkungsgruppe. Erklärungen der Lenkungsgruppe gegenüber kommunalverfassungsrechtlichen Organen der Stadt, gegenüber der Arbeitsgruppe (§ 10) sowie gegenüber der Kommunalverwaltung werden von dem Vorsitzenden und der Bezeichnung „Lenkungsgruppe der Stadt Fürstenfeldbruck zur Planung und Realisierung des Neubaus Grundschule West II“ abgegeben.

§ 5 Sitzungen, Beschlussfähigkeit

(1) Die Lenkungsgruppe beschließt in Sitzungen.

Ist im Ausnahmefall eine Beschlussfassung in Sitzungen wegen außergewöhnlicher Umstände nicht möglich oder nicht adäquat praktikabel, kann eine Beschlussfassung durch mündliche Befragung außerhalb der Sitzungen oder im Umlaufverfahren durchgeführt werden.

(2) Die Lenkungsgruppe ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder seine Stellvertretung, anwesend und stimmberechtigt ist.

(3) Fehlt die Beschlussfähigkeit trotz wirksamer Ladung (§ 7 Abs. (1) und (2), gilt diese Ladung sogleich als weitere Ladung für eine Folgesitzung, bei welcher die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder nicht erforderlich ist. Der Vorsitzende benennt sämtlichen Mitgliedern mit angemessener Frist, mindestens 48 Stunden, den Termin für die Folgesitzung, wobei dies formlos erfolgen kann.

(4) Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Es können Personen, die nicht Mitglieder der Lenkungsgruppe sind, hinzugezogen werden, wenn deren Anwesenheit für die Behandlung des jeweiligen Beratungsgegenstandes erforderlich ist.

Stadtrat 24.11.2020

§ 6 Einberufung und Tagesordnung

(1) Die Einberufung der Lenkungsgruppe erfolgt durch den Vorsitzenden, so oft es die Geschäfte erfordern. Die Lenkungsgruppe tagt in der Regel einmal im Quartal.

(2) Der Vorsitzende kann eine einberufene Sitzung aus erheblichen Gründen aufheben oder verlegen.

(3) Der Vorsitzende setzt die Tagesordnung fest. In dieser sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen.

§ 7 Form und Frist der Einladung

(1) Die Mitglieder der Lenkungsgruppe werden elektronisch (E-Mail) unter Angabe des Sitzungstermins und Sitzungsorts samt Beifügung der Tagesordnung zu den Sitzungen eingeladen. Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des 2. Tages vor der Sitzung ergänzt werden. Der Tagesordnung können weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen beigefügt werden, soweit das sachdienlich ist und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit nicht entgegenstehen.

(2) Die Ladungsfrist beträgt fünf Tage (ohne Tag der Sitzung und Tag der Absendung). Sie kann in dringenden Fällen auf bis zu 48 Stunden verkürzt werden.

(3) Sind sämtliche Mitglieder der Lenkungsgruppe anwesend und wird kein Widerspruch erhoben, kann eine Sitzung auch ohne Einhaltung der Form- und Fristvorschriften abgehalten werden sowie die mitgeteilte Tagesordnung erweitert werden.

(4) Falls ein Mitglied der Lenkungsgruppe an einer Sitzungsteilnahme verhindert ist, so hat es den Vorsitzenden rechtzeitig vorher zu informieren.

§ 8 Sitzungsverlauf und Abstimmungen

(1) Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder der Lenkungsgruppe sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

(2) Der Vorsitzende leitet die Sitzungen. Er kann sich dabei an den Regelungen der §§ 30 – 33 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck Wahlperiode 2020 – 2026 orientieren.

(3) Abstimmungen der Lenkungsgruppe einschließlich Beschlussfassungen erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit sich aus dieser Geschäftsordnung nicht etwas anderes ergibt. Stimmenthaltung wird nicht als Stimmabgabe gewertet. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag; im Falle der Abwesenheit des Vorsitzenden die Stimme seines Stellvertreters (§ 4 Abs. 1 S. 2).

(4) Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Handaufheben. Ist einem Antrag nicht widersprochen worden, so kann der Vorsitzende dessen Annahme ohne förmliche Abstimmung feststellen.

§ 9 Sitzungsniederschrift

(1) Über die Sitzungen und Beschlüsse der Lenkungsgruppe ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem/der jeweiligen Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

(2) Die Niederschrift ist vom Projektleiter oder dessen Stellvertreter zu erstellen. Sie wird zu den Akten der Lenkungsgruppe genommen.

(3) Über die Sitzungen der Lenkungsgruppe ist eine Niederschrift als Ergebnisprotokoll anzufertigen. Sie muss enthalten:

- Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung
- die Namen der anwesenden Sitzungsteilnehmer
- die Feststellung der Ordnungsgemäßheit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
- die Gegenstände der Tagesordnung
- die in der Sitzung erörterten Tatbestände, soweit sie zum Verständnis der gefassten Beschlüsse notwendig sind,
- den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen
- den Wortlaut der gefassten Beschlüsse sowie das Ergebnis der Abstimmungen

(4) Eine Ablichtung der Ausfertigung der Niederschrift ist -von den nachfolgenden Ausnahmen abgesehen- allen Mitgliedern der Lenkungsgruppe möglichst innerhalb von vier Wochen nach Sitzung, spätestens aber mit der Einladung zum nächsten ordentlichen Sitzung zuzuleiten. Einwände gegen die Niederschrift sind möglichst frühzeitig und schriftlich an den Vorsitzenden zu richten. Über die Einwände entscheidet die Lenkungsgruppe in ihrer nächsten Sitzung.

(5) Für Beschlüsse der Lenkungsgruppe, die außerhalb von Sitzungen gefasst werden, gelten die vorstehenden Bestimmungen entsprechend mit der Maßgabe, dass in der Niederschrift auch die Art des Zustandekommens der gefassten Beschlüsse anzugeben ist.

Stadtrat 24.11.2020

§ 10 Arbeitsgruppe

(1) Die Arbeitsgruppe nimmt in Stabfunktion die operativen Bauherrenaufgaben zur Planung und Realisierung des Bauvorhabens Neubau Schule West II wahr. Ihre Aufgaben werden vom Oberbürgermeister im Rahmen seiner Zuständigkeit festgelegt.

(2) Der Arbeitsgruppe steht der Projektleiter vor. Der Vorsitzende der Lenkungsgruppe bestimmt den Projektleiter und die Mitglieder der Arbeitsgruppe. Er kann den Projektleiter und die Mitglieder der Arbeitsgruppe jederzeit abberufen und durch andere Personen ersetzen.

(3) Die Arbeitsgruppe hat der Lenkungsgruppe über alle wichtigen Geschäftsvorgänge und die wirtschaftliche Lage des Projekts zu berichten. Der Vorsitzende sowie die Lenkungsgruppe als Kollektivorgan können von der Arbeitsgruppe jederzeit die Erstattung eines Berichts verlangen.

(4) Die Arbeitsgruppe unterstützt den Vorsitzenden bei der Vorbereitung der Beratungsgegenstände (§ 4) und der Festsetzung der Tagesordnung (§ 6).

§ 11 Bericht an den Stadtrat

Die Lenkungsgruppe erstattet dem Stadtrat mindestens zweimal im Kalenderjahr schriftlich Bericht über ihre Tätigkeit.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt mit dem Tag der Beschlussfassung in Kraft.

Stadtrat
24.11.2020

Fürstenfeldbruck, den …… 2020

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2289/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Vergabe - Barrierefreier Ausbau von 2 Bushaltestellen im Stadtgebiet			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	SG 44	Erstelldatum	06.11.2020	
Verfasser	Herr Probst	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	44 Städtischer Tiefbau, Kläranlage	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat	Entscheidung	24.11.2020	Ö

Anlagen:	- Firmenliste für NICHTÖFFENTLICHEN TEIL

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Arbeiten für den Barrierefreien Umbau der Bushaltestellen Schöngeisinger Str./Auf der Lände (stadtauswärts) und Landsberger Str./Parsevalstr. (stadtauswärts) an die Fa. Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co. KG, Beethovenstr. 4, 86633 Neuburg/Donau zu einem Gesamtbruttopreis von 142.824,67 € zu vergeben.

Referent/in		Pötzsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen					
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung			Ja		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				142.824,67 €	
Folgekosten				€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Die Maßnahme „Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen an der Schöngeisinger Str./Auf der Lände (stadtauswärts) und an der Landsberger Str./Parsevalstr. (stadtauswärts)“ wurde vom Ingenieurbüro mit Gesamtkosten in Höhe von rund 92.000 €, welche auch der Förderung der Regierung von Oberbayern zugrunde liegen, geschätzt.

Die Arbeiten für o.g. Umbau wurden öffentlich ausgeschrieben. Zur Submission am 04.11.2020 haben fünf Firmen ein Angebot abgegeben.

Die Nachrechnung und Prüfung der Angebote ergab nachfolgende Reihenfolge:

Los 1 Schöngeisinger Str./Auf der Lände

1.	Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co. KG, Neuburg/Donau	68.672,87 €
2.	Bieter 2	81.593,90 €
3.	Bieter 3	81.905,75 €
4.	Bieter 4	82.034,80 €
5.	Bieter 5	96.699,17 €

Los 2 Landsberger Str./Parsevalstr.

1.	Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co. KG, Neuburg/Donau	74.151,80 €
2.	Bieter 2	83.483,61 €
3.	Bieter 3	83.902,83 €
4.	Bieter 4	83.958,59 €
5.	Bieter 5	103.155,90 €

Stadtrat 24.11.2020

Mindestbietender bei beiden Losen 1 und 2 ist die Fa. Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co. KG. Die Gesamtangebotssumme für beide Lose beträgt 142.824,67 € brutto. Gemäß Vergabeempfehlung wurde die Kostenberechnung der Bauarbeiten von 2019 um rund 55 % überschritten.

Barrierefreie Umbauten von Bushaltestellen werden durch eine Festbetragsförderung der Regierung gefördert. Hierbei spielt die tatsächliche Bausumme keine Rolle.

Da die Maßnahme bereits zum fünften Mal ausgeschrieben wurde und bisher keine preisgünstigeren Angebote eingegangen sind und auch nicht zu erwarten ist, dass sich die Baukosten für solche Arbeiten verringern werden, schlägt die Verwaltung vor, die Maßnahme an die Fa. Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co. KG, Beethovenstr. 4, 86633 Neuburg/Donau zu einem Gesamtbruttopreis von 142.824,67 € zu vergeben. Die benötigten Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Stadtrat
24.11.2020

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2231/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Sachantrag Nr. 193/2020-2026 ÖDP ZIERL Antrag auf Klimaneutralität bis 2035		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:		Erstelldatum	14.09.2020
Verfasser	Müller, Thomas	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Vorberatung	13.10.2020	Ö
2	Stadtrat	Entscheidung	24.11.2020	Ö

Anlagen:	1. Sachantrag Nr. 193 Klimaneutralität 2035 ZIERL ÖDP 2. Beschlussbuchauszug UVT vom 13.10.2020

Stadtrat 24.11.2020

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Sachantrag im Rahmen der weiteren strategischen Arbeit einfließen zu lassen und zu gegebenem Zeitpunkt den zuständigen politischen Gremien ein entsprechendes Klimaziel zur Entscheidung vorzulegen.

2. Die Behandlung des Sachantrags ist abgeschlossen.

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		hoch		
Umweltauswirkungen		hoch		
Finanzielle Auswirkungen		Nein		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Stadtrat 24.11.2020

Sachvortrag:

Sachstand:

Am 28.05.2020 ist der Sachantrag Nr. 193/2020-2026 von Frau Dr. Zierl (ÖDP) bei der Stadt eingegangen (siehe Anlage 1). Gegenstand ist ein Antrag auf einen Grundsatzbeschluss zur Klimaneutralität bis 2035. Im Wortlaut heißt es im Antrag:

„Der Stadtrat beschließt, dass Fürstenfeldbruck seine Treibhausgas-Emissionen bis spätestens 2035 unterm Strich auf Null reduziert. (bilanzielle Klimaneutralität)."

Der Antrag zielt auf den Beschluss einer neuen strategischen Zielsetzung für den Klimaschutz in Fürstenfeldbruck ab. Begründet wird dieser insbesondere dadurch, dass sich die Stadt ein neues Ziel im Bereich Klimaschutz setzen soll, das den aktuellen wissenschaftlichen Konsens bezüglich Klimaschutz anerkennt. Vorgeschlagen wird eine bilanzielle Klimaneutralität, dies bedeutet, dass auch nach 2035 CO2 ausgestoßen werden darf, jeder CO2-Austoß jedoch an anderer Stelle kompensiert werden muss. Das neue Ziel soll der im Jahr 2012 beschlossenen Zielsetzung, einer Senkung der jährlichen CO2-Emissionen um 35 % bis Ende des Jahres 2020, nachfolgen.

Am 23.06.2020 wurde Frau Dr. Zierl über die geplante Behandlung Ihres eingereichten Sachantrags für den UVA im Oktober informiert und die Entscheidung begründet. Zu diesem Termin sind auch die Behandlung des am 21.01.2020 eingereichten Positionspapiers von Stadtjugendrat und Umweltbeirat, sowie die Behandlung des Positionspapiers von Fridays for Future Fürstenfeldbruck geplant. Wesentlicher Grund für die geplante Behandlung des Sachantrags in der Sitzung des UVA im Oktober ist die inhaltliche Überschneidung des Sachantrags mit der Forderung von Fridays for Future Fürstenfeldbruck bezüglich der Zielsetzung „Klimaneutralität bis 2035". Das Positionspapier von Fridays for Future Fürstenfeldbruck wurde der Stadt am 13.03.2020 übergeben.

Stadtrat 24.11.2020

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Sachantrag von Frau Dr. Zierl greift wie Fridays for Future Fürstenfeldbruck mit der Zielsetzung „Klimaneutralität bis 2035" ein wichtiges Anliegen auf. Die Verwaltung stimmt mit der Einschätzung überein, dass sich die Stadt Fürstenfeldbruck im Bereich Klimaschutz strategisch für die weiteren Jahre aufstellen muss. Dabei stellt die geforderte Zielsetzung eine Konkretisierung des bereits gefassten Beschlusses in der Stadtratssitzung vom 21.07.2020 dar, der die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anerkennt. Die geforderte Zielsetzung benennt hierbei konkret das Jahr 2035 als Zeitpunkt, an dem eine bilanzielle Klimaneutralität zu erreichen ist.

Als Grundlage für die Berechnung der städtischen Emissionen und deren Einsparung wurde bisher eine CO2-Bilanzierung aus dem Jahr 2005 als sogenannte Basisinventarisierung herangezogen. Im Jahr 2015 erfolgte im Rahmen des vom Konvent der Bürgermeister geforderten Full-Monitorings eine weitere CO2-Bilanzierung, die durch ein externes Büro erstellt wurde. Die durchgeführten CO2 Bilanzierungen ergaben im Zeitraum von 2005 bis 2015 eine berechnete Einsparung der spezifischen CO2-Emissionen pro Einwohner von 17 %.

Nimmt man eine entsprechende Trendfortschreibung für die seit der letzten CO2-Bilanzierung 2015 vergangen rund fünf Jahre an, ergibt sich im Zeitraum von 2005 bis zum Ende des Jahres 2020 eine voraussichtliche geschätzte Einsparung von rund 25,5 %. Daraus lässt sich ableiten, dass das freiwillig selbst gesetzte Ziel der Stadt Fürstenfeldbruck, eine Senkung der jährlichen CO2-Emissionen um 35 %, nicht erreicht wird. Das Minimalziel, für das man sich im Rahmen des Konvents 2020 verpflichtet hat, eine Senkung der jährlichen CO2-Emissionen um mindestens 20 %, wird erreicht und leicht übertroffen. Die Stadt Fürstenfeldbruck hat somit in den vergangen Jahren einen achtbaren Erfolg erzielt, weiteres ambitioniertes Handeln ist jedoch angebracht.

Die Verwaltung teilt die Einschätzung von Frau Dr. Zierl als Klimaschutzreferentin, sich zum jetzigen Zeitpunkt über neue Zielsetzungen im Bereich Klimaschutz für Fürstenfeldbruck zu verständigen. Diese Einschätzung haben auch der Stadtjugendrat und der Umweltbeirat, sowie die Bewegung Fridays for Future Fürstenfeldbruck durch die eingereichten Positionspapiere zum Ausdruck gebracht. In die gleiche Richtung zielt auch der bereits behandelte Sachantrag zum Thema Klimanotstand von Herrn Halbauer. Dieser mündete bereits im gemeinsam gefundenen Beschluss in der Stadtratssitzung vom 21.07.2020:

„Die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.“

Ein konkretes Ziel für die kommenden Jahre wurde darüber hinaus noch nicht beschlossen. Die Verwaltung möchte auf dem bereits gemeinsam gefunden Konsens im UVA und Stadtrat aufbauen und schlägt daher ein gemeinsam abgestimmtes koordiniertes Vorgehen vor, um die Stadt Fürstenfeldbruck auch strategisch auf die großen Herausforderungen beim Klimaschutz einzustimmen. In diesem Sinne werden im Tagesordnungspunkt zu den beiden eingereichten Positionspapieren auch Ideen und Anregungen von Stadtjugendrat, Umweltbeirat und Fridays for Future Fürstenfeldbruck vorgestellt und Vorschläge zur Einbettung in einen strategischen Prozess zum Klimaschutz gemacht.

Für den UVA im November hat die Verwaltung geplant Möglichkeiten aufzubereiten, in welchem Rahmen eine solche strategische Ausrichtung der Stadt Fürstenfeldbruck im Bereich Klimaschutz denkbar ist. Die Verwaltung ist grundsätzlich der Ansicht, dass eine ambitionierte Zielsetzung für eine erfolgreiche strategische Ausrichtung der Stadt Fürstenfeldbruck wichtig ist. Nur unter einem großen gemeinsamen Ziel können die nachgelagerten Oberziele, Unterziele und entsprechenden Maßnahmen zusammen wirken.

Eine Zielsetzung, wie die der bilanziellen Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 kann auf der obersten Ebene als sogenanntes Leitziel angesehen werden. Eine solche Zielsetzung hat daher einen sehr hohen Stellenwert. Die Verwaltung ist der Ansicht, dass ein solch wichtiges Ziel Ergebnis eines breit unterstützten Antrages oder Prozesses sein sollte. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass auch im Positionspapier von Fridays for Future die Klimaneutralität als Zielsetzung aufgeführt ist.

Stadtrat 24.11.2020

Kernaussage beider Anträge, sowohl von Seiten von Herrn Halbauer (Sachantrag Nr. 171 „Klimanotstand“), Frau Zierl (Sachantrag Nr. 193 „Klimaneutralität“), als auch die eingereichten Positionspapiere zum Klimaschutz, stellen aus Sicht der Verwaltung das Anliegen dar, **den Klimawandel als Herausforderung ernst zu nehmen und daraus konkretes entschlossenes kommunales Handeln abzuleiten**.

Dieser Einschätzung stimmt die Verwaltung zu. Auch die Verwaltung ist der Ansicht, dass das Handeln im Rahmen des Klimaschutzes weiter intensiviert werden muss. Dabei sind neben dem Klimaschutz, auch Aspekte der so genannten Klimaanpassung integriert zu betrachten. Die Klimaanpassung verfolgt dabei das Ziel, gegenüber Veränderungen die sich durch den Klimawandel ergeben widerstandsfähig zu sein. Das Fachwort hierfür lautet „Resilienz“.

Aus Sicht der Verwaltung sollte deshalb die Entscheidung über ein konkretes Ziel der CO2-Einsparung auf Ebene eines Leitziels, in die Ausarbeitung einer neuen sogenannten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie eingebettet sein. Einen ersten Entwurf zur Erarbeitung einer solchen Strategie stellt die Verwaltung im Rahmen des nächsten UVA vor. Die genannten Vorschläge von Fridays for Future Fürstenfeldbruck und Frau Zierl können hierbei als Vorschläge für ein so genanntes Leitziel aufgegriffen werden.

Stadtrat
24.11.2020

Abschließend kommt die Verwaltung zum oben formulierten Beschlussvorschlag.

Stadtrat
24.11.2020

Dr.-Ing. Alexa Zierl
Referentin für Klimaschutz und Energie
und Vorsitzende der Fraktion der ÖDP
im Stadtrat Fürstenfeldbruck
Oskar-von-Miller-Str. 14, 82256 Fürstenfeldbruck



TOP Ö 14

An Herrn Oberbürgermeister Erich Raff

28. Mai 2020

Betreff: Antrag Grundsatzbeschluss „Klimaneutral 2035“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Raff,

für die Fraktion der ÖDP stelle ich folgenden Antrag:

Der Stadtrat beschließt, dass Fürstenfeldbruck seine Treibhausgas-Emissionen bis spätestens 2035 unterm Strich auf Null reduziert (bilanzielle Klimaneutralität).

Mit freundlichen Grüßen

Stadtrat 24.11.2020

Begründung:

Das vom Stadtrat im Jahr 2012 beschlossene Klimaschutz-Ziel läuft dieses Jahr aus, es gilt also ein neues Ziel zu setzen. Seit 2012 hat sich vieles verändert: Die Folgen des Klimawandels sind schon jetzt auch bei uns sichtbar und mahnen uns zu deutlich mehr Engagement. Die Weltgemeinschaft hat sich 2015 mit dem Pariser Klimaabkommen einen neuen Rahmen für den Klimaschutz gesetzt und sich verpflichtet, die Erderhitzung gegenüber der vorindustriellen Zeit deutlich unter 2°, besser noch nahe 1,5° zu halten.

Um die Erderhitzung zu begrenzen, darf die Menschheit nur noch ein bestimmtes CO2-Budget ausstoßen. Wenn man dieses Budget fair auf alle Menschen aufgeteilt, ergibt sich für Deutschland, dass wir unsere CO2-Emissionen bis ca. 2037 unterm Strich auf Null bringen müssen (siehe Brief des Sachverständigenrats für Umweltfragen an das Klimakabinett der Bundesregierung vom 16.9.2019). Aus demselben Grund ist „Klimaneutralität bis 2035“ die zentrale Forderung von Fridays for Future.

Mit dem beantragten Grundsatzbeschluss stellen wir uns als Stadt Fürstenfeldbruck unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern und folgen dem Beispiel anderer Städte wie z.B. Bonn, das sich ebenfalls die Klimaneutralität 2035 zum Ziel gesetzt hat. Falls dieser Beschluss gefasst wird, gilt es im nächsten Schritt das „Wie“ zu debattieren. Hierzu schlagen wir vor, einen breit angelegten Beteiligungsprozess zu starten, da dieses Ziel nur gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern und mit den Unternehmen, Vereinen und Organisationen zu erreichen ist. Ebenso wichtig ist die Einbindung unserer Stadtwerke und die Zusammenarbeit mit Landkreis und Nachbarkommunen.

Eine Anmerkung: Der beantragte Grundsatzbeschluss zielt bewusst nicht auf eine absolute, sondern auf eine bilanzielle Klimaneutralität. Das heißt, auch 2035 darf es z.B. noch Erdgasheizungen, Dieselautos oder ähnliches geben. Deren Emissionen müssen aber an anderer Stelle ausgeglichen werden, damit unterm Strich die Null steht. Dieser Ausgleich kann auch zum Teil durch Begrünung bzw. Aufforstung geschehen, was gleichzeitig bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Hitzesommer, Starkregen etc.) hilft.

SRU Sachverständigenrat für Umweltfragen

Offener Brief
16.09.2019

Für die Umsetzung ambitionierter Klimapolitik und Klimaschutzmaßnahmen

An die Mitglieder des Klimakabinetts

Stadtrat 24.11.2020

Am 20. September trifft sich das Klimakabinett, um über klimapolitische Maßnahmen zu entscheiden. Der SRU möchte im Vorfeld die Bedeutung dieser Beschlüsse betonen: nachdem das nationale Klimaziel 2020 verfehlt wird, sind wirksame Maßnahmen umgehend notwendig, um das Ziel für 2030 zu erreichen. Mit Blick auf die Folgen des Klimawandels, die zunehmende öffentliche Diskussion über erfolgreichen Klimaschutz und den bevorstehenden Klimagipfel in New York ist es essenziell, den Willen Deutschlands auch auf internationaler Ebene erkennen zu lassen und durch ein Gesetz zu untermauern, mit dem der deutsche Beitrag zum Pariser Klimaabkommen konsequent verfolgt und erreicht wird.

Der Handlungsbedarf in der Klimapolitik ist erheblich. Dies gilt in doppelter Hinsicht. Zum einen muss die derzeit bestehende Umsetzungslücke geschlossen werden. Bislang beschlossene Maßnahmen reichen nicht aus, um die gesetzten Klimaziele einzuhalten. Zum anderen besteht darüber hinaus noch eine Ambitionslücke, weil die gesetzten Ziele keinen ausreichenden Beitrag Deutschlands zur Einhaltung der Pariser Klimaziele liefern. Vor allem in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft müssen deutlich effektivere Maßnahmen ergriffen werden.

Die Erwärmung der Erde wird vor allem durch die Gesamtmenge an emittierten Treibhausgasen bestimmt. Die entscheidende Messlatte für die deutsche Klimapolitik sollte daher ein nationales Klimabudget sein, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen werden dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten. Im jüngsten Sonderbericht des UN-Weltklimarats IPCC wird das ab 2018 verbleibende weltweite Budget für CO2-Emissionen mit 800 Milliarden Tonnen CO2 beziffert (für einen Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung von 67 %). Daraus ergibt sich für Deutschland unter Vernachlässigung der historischen Emissionen und bei gleichmäßiger Aufteilung auf die Weltbevölkerung ein verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen Tonnen CO2 ab 2020. Bei fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre dieses Budget in weniger als 9 Jahren (2028) verbraucht, bei einer linearen Reduktion nach etwas mehr als 17 Jahren (2037). Ein längerer Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität (z. B. bis 2050) erfordert überproportionale Reduktionserfolge in

(Brief des Sachverständigenrats für Umweltfragen an das Klimakabinett vom 16.9.2919)

den nächsten Jahren. Dieses Budget lässt sich auch auf Sektoren verteilen. Dabei kann berücksichtigt werden, dass Klimaschutz in den verschiedenen Sektoren unterschiedlich schnell umsetzbar ist.

Ein Klimaschutzgesetz sollte dazu beitragen, sowohl die Umsetzungs- als auch die Ambitionslücke in den einzelnen Sektoren zu schließen. Das Gesetz sollte zum einen Maßnahmen zur Zielerreichung zusammenfassen, zum anderen aber auch Klimapolitik institutionell stärken. Hierfür ist aus Sicht des SRU erforderlich, dass der Umsetzungsfortschritt wissenschaftlich überprüft wird und bei festgestellten Defiziten klimapolitische Maßnahmen folgen. Die deutschen Klimaziele sollten sukzessive an das für das Pariser Klimaabkommen wissenschaftlich notwendige Ambitionsniveau angepasst und durch unabhängige Expertinnen und Experten am Maßstab des Klimabudgets evaluiert werden.

Der SRU empfiehlt, die Kohleverstromung so zu reduzieren, dass ein mit dem Klimaabkommen von Paris im Einklang stehendes Emissionsbudget eingehalten wird. Zudem sollte die Nutzung fossilen Erdgases schrittweise auslaufen, wozu bereits heute die politischen und planerischen Weichen zu stellen sind. Nur so können Fehlinvestitionen in fossile Technologien vermieden werden, die einer langfristigen Transformation entgegenstehen. Parallel muss der Ausbau erneuerbarer Energien deutlich beschleunigt werden.

Im Gebäudesektor ist es aus klimapolitischer Sicht zwingend notwendig, den CO2-Ausstoß sowohl in der Bauindustrie als auch im Betrieb der Gebäude zu senken. Ein besonderes Augenmerk ist auf den Gebäudebestand zu legen. Hier bedarf es aus Sicht des SRU langfristiger Strategien für energetische Sanierungspfade und erneuerbare Energieversorgung unter Berücksichtigung von sozialen Aspekten. Auf Quartiersebene können Klimaschutzmaßnahmen breiter eingesetzt und Synergien genutzt werden. Die Verabschiedung eines ausgewogenen Gebäudeenergiegesetzes ist für die Erreichung der Klimaschutzziele im Bausektor von elementarer Bedeutung. Mit Blick auf den Klimawandel sollten Maßnahmen der Klimaanpassung in Städten deutlich gestärkt werden.

Stadtrat 24.11.2020

Auch im Verkehrssektor müssen die Treibhausgasemissionen schnell gesenkt werden. Das vom Bundesverkehrsministerium Anfang September 2019 vorgestellte Maßnahmenpaket reicht nicht aus, um das Klimaschutzziel des Verkehrssektors zu erreichen. Es müssen Entscheidungen getroffen werden, die einen zügigen Umstieg auf erneuerbare Energien ermöglichen und dazu führen, dass fossile Kraftstoffe durch alternative Antriebe ersetzt werden. Dabei sind die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien und die Rohstoffverfügbarkeit zu berücksichtigen. Maßnahmen, die der SRU hier für sinnvoll hält, sind z. B. eine Zulassungsquote für Elektrofahrzeuge, ambitionierte CO2- und Effizienz-Grenzwerte, eine streckenabhängige Pkw-Maut sowie ein allgemeines Tempolimit. Diese Maßnahmen müssen begleitet werden von einer konsequenten Kreislaufwirtschaftspolitik, die eine langfristige und nachhaltige Rohstoffverfügbarkeit sicherstellt. Die Ausweitung des Anbaus von Biosprit-Pflanzen bzw. deren verstärkten Import halten wir aus Gründen des Biodiversitäts- und Ökosystemschutzes nicht für sinnvoll.

In der Landwirtschaft können unter anderem Maßnahmen zur Stickstoffminderung und zum Schutz von kohlenstoffspeichernden Böden zum Erreichen der Sektorziele beitragen.

(Brief des Sachverständigenrats für Umweltfragen an das Klimakabinett vom 16.9.2919)

Der SRU sieht zudem eine grundlegende Reform des derzeitigen Steuer- und Abgabensystems als notwendig an. Ein Schwerpunkt sollte beim Abbau umweltschädlicher Subventionen liegen. Bei der zügig einzuführenden CO2-Bepreisung ist sicherzustellen, dass sie ein wirksames Preissignal setzt und sozialverträglich ausgestaltet wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Claudia Hornberg
Vorsitzende des SRU

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) berät die Bundesregierung seit 45 Jahren in Fragen der Umweltpolitik. Die Zusammensetzung des Rates aus sieben Professorinnen und Professoren verschiedener Fachdisziplinen gewährleistet eine wissenschaftlich unabhängige und umfassende Begutachtung, sowohl aus naturwissenschaftlich-technischer als auch aus ökonomischer, rechtlicher und gesundheitswissenschaftlicher Perspektive.

Prof. Dr. Claudia Hornberg (Vorsitzende)
Professorin für Umwelt und Gesundheit an der Universität Bielefeld

Prof. Dr. Manfred Niekisch (stellvertretender Vorsitzender)
Professor für Internationalen Naturschutz

Prof. Dr. Christian Calliess
Professor für öffentliches Recht, insbesondere Umweltrecht, und Europarecht am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Claudia Kemfert
Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Lucht
Professor am Geographischen Institut der Humboldt Universität zu Berlin,
Ko-Leiter der Abteilung Erdsystemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker
Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen

Prof. Dr.-Ing. Vera Susanne Rotter
Professorin im Fachgebiet Kreislaufwirtschaft und Recyclingtechnologie an der Technischen Universität Berlin

Geschäftsstelle
Dr. Julia Hertin
+49 30 263696-0 | info@umweltrat.de
Luisenstraße 46, 10117 Berlin
www.umweltrat.de | @umweltrat

Stadtrat 24.11.2020

Stadtrat
24.11.2020